CDU

Damit Hessen **stark** bleibt.

Programm der CDU Hessen zur Landtagswahl 2018.

Damit Hessen **stark** bleibt.

Damit Hessen **stark** bleibt!

Hessen ist ein starkes Land. Die Menschen leben gern hier, fühlen sich wohl und lieben ihre Heimat. Deswegen muss Hessen auch in Zukunft stark bleiben.

Die CDU steht für eine stabile und klare Politik. Uns leiten dabei das christliche Wertefundament, ein respektvolles Miteinander in der Gesellschaft und ein starker Rechtsstaat. Leistung von Stärkeren und Solidarität für Schwächere sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir stehen als Volkspartei mit liberalen, konservativen und christlich-sozialen Wurzeln für eine Politik, die allen Bürgern zugutekommt. Das ist das besondere an der CDU.
Dafür steht auch unser Programm für die Zukunft:

- **Hessen ist ein familien- und kinderfreundliches Land. Mit der Beitragsbefreiung ab dem Sommer sparen Eltern in den drei Kindergartenjahren im Schnitt pro Kind 5.000 Euro. Für uns gilt: Kinderlärm ist Zukunftsmusik.**

- **Die Wirtschaft brummt in Hessen. Das bringt neue Arbeitsplätze – das ist die beste Sozialpolitik. Erstmals seit über 25 Jahren liegt die Arbeitslosenquote unter der Fünf-Prozent-Marke. Diesen Weg für sichere Arbeitsplätze setzen wir fort.**

- **Wir stehen für Vielfalt, Verlässlichkeit und Wahlfreiheit an den Schulen und in der Bildung. Entscheidend ist das Wohl der Kinder und ihre individuelle Förderung nach ihren Fähigkeiten. Es bleibt dabei: Eine Einheitsschule wird es mit uns nicht geben.**

- **Erstmals seit fast 50 Jahren haben wir einen Haushalt ohne neue Schulden. Mehr noch: Wir zahlen jetzt alte Schulden zurück und verzichten auf Steuererhöhungen. Das ist nachhaltige und solide Finanzpolitik. Das sichert die Zukunft unserer Kinder.**

- **Hessen gehört heute bei der inneren Sicherheit zu den Spitzenländern in Deutschland. Sicherheit ist eine Grundverpflichtung des Staates und ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Deshalb wird die innere Sicherheit auch in Zukunft ein Kernstück unserer Politik sein.**

- **Investitionen in Infrastruktur, Forschung, Wissenschaft und Digitalisierung sind Investitionen in die Arbeitsplätze von morgen. Dafür stehen wir genauso wie für eine moderne Verwaltung, die nur ein Ziel kennen darf: bürgernah, für alle da.**

- **Wir stehen für die Bewahrung der Schöpfung. Umwelt und Wirtschaft sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig für eine gute Zukunft unseres Landes. Heimat Hessen bedeutet für uns: Wir wollen eine gute Zukunft für alle Menschen in den Städten genauso wie auf dem Land.**

Hessen braucht eine stabile Regierung, die kraftvoll und erfolgreich für die Zukunft und den Zusammenhalt unseres Landes arbeitet. Das gewährleistet nur die CDU.

Für diese Politik stehe ich ein. Zukunft braucht Erfahrung. Darum bitte ich um Ihr Vertrauen.

Ihr

Volker Bouffier

Inhaltsverzeichnis

Wie wir unseren Kindern in Hessen eine gute Zukunft sichern
Unsere Ziele 07
Unsere Maßnahmen
.... für die Schulen 09
.... für die Hochschulen 22

Wie wir in Hessen sicher leben
Unsere Ziele 25
Unsere Maßnahmen
.... für die Innere Sicherheit 28
.... für Recht und Justiz 36
.... zur Steuerung und Begrenzung von Migration und Flüchtlingen 39

Wie wir in Hessen arbeiten und wovon wir leben
Unsere Ziele 43
Unsere Maßnahmen
.... für den Arbeitsmarkt 46
.... für die Wirtschaft 47
.... für die Forschung 51
.... für die Digitalisierung 52
.... für den Finanzplatz 55
.... für Finanzpolitik und Steuern 58

Wie wir in Hessen wohnen
Unsere Ziele 61
Unsere Maßnahmen
.... für unsere Heimat 63
.... für die Wohnungspolitik 68
.... für Verkehr und Mobilität 72

Wie wir Hessen sozial fortentwickeln
Unsere Ziele 77
Unsere Maßnahmen
.... für Familien und Kinder 79
.... für Frauen 81
.... für Senioren 82
.... für die Gesundheit 83
.... für die Pflege 86
.... für Menschen mit Behinderung 87
.... für eine verlässliche Sozialpolitik 88

Wie wir in Hessen zusammenleben

Unsere Ziele ... 89
Unsere Maßnahmen
.... für die Stärkung von Identität und Werten ... 91
.... für die Integration ... 92
.... für Heimatvertriebene und Spätaussiedler ... 93
.... für das Ehrenamt ... 94
.... für Kunst und Kultur ... 95
.... für Kirchen und Religionsgemeinschaften ... 97
.... für den Sport ... 98

Wie wir die Lebensbedingungen in Hessen schützen und bewahren

Unsere Ziele ... 101
Unsere Maßnahmen
.... für die Energiepolitik ... 103
.... für die Landwirtschaft ... 106
.... für den Wald ... 110
.... für die Jagd ... 111
.... für den Verbraucherschutz ... 112
.... für Umwelt- und Naturschutz ... 113

Wie wir Hessen bürgernah und modern gestalten

Unsere Ziele ... 119
Unsere Maßnahmen
.... für Demokratie und Bürgernähe ... 121
.... für die Medien ... 122
.... für die Kommunalpolitik ... 123
.... für die Verwaltung ... 125
.... für Europa ... 127
.... für die Internationalität unseres Standorts ... 130

Virtuelles Programmhaus.

Arbeit
& Wirtschaft.

Bildung
& Zukunft.

Familie
& Heimat.

Land
& Umwelt.

Sicherheit
& Ordnung.

Danke für Ihre Beiträge.

Wie wir unseren Kindern in Hessen eine gute Zukunft sichern

Unter Führung der CDU hat sich Hessen von einem Bildungsabsteiger zu einem Spitzenland entwickelt. Nie waren so viele Lehrer an Hessens Schulen im Einsatz. Nie waren Qualität, Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit in unserer Bildung höher. Wir haben Hessen zum Land mit den wenigsten Schulabbrechern der Republik gemacht und die Ausgaben für Bildung bundesweit auf Rekordniveau gesteigert. Pro Kopf geben wir das meiste Geld für Bildung aller Flächenländer aus; bei den Hochschulausgaben liegen wir deutschlandweit auf Platz 2. Für uns ist klar: Es gibt keine Einheitsschüler. Und deshalb gilt unser Versprechen: Keine Einheitsschulen, sondern ein begabungsgerechtes Schulsystem – von der Förderschule bis zum Gymnasium.

Förderung nach Begabung und Talent statt Einheitsbrei
In jedem Kind schlummern Begabungen und Talente, die durch Bildung und Erziehung geweckt und entfaltet werden. Jedes Kind und jeder Jugendliche soll die besten Chancen bekommen und nutzen. Deshalb brauchen wir die größtmögliche Vielfalt an Angeboten bei höchstmöglicher Durchlässigkeit. Leistung muss sich lohnen. Man kann nicht alle Kinder über einen Kamm scheren. Deshalb erteilen wir Einheitsschulen und Einheitslehrern für alle Schulen eine klare Absage. Richtig bleibt auch: Der Staat kann nicht alle Probleme lösen. Die Erziehung ist zuerst Aufgabe der Eltern.

Schulfriede statt Dauerreform
Im Zentrum unserer Bildungspolitik stehen das Kind und der Jugendliche. Wir sind gegen ideologische Experimente auf dem Rücken von Schülern und Studierenden sowie Dauerreformen im Bildungssystem. Guter Unterricht in der Schule und gute Lehre an den Hochschulen sind entscheidend. Darum sollen sich unsere Lehrenden kümmern können. Wir stehen für Verlässlichkeit und Kontinuität. Unser Ziel ist die Erhaltung des Schulfriedens in ganz Hessen.

Die besten Hochschulen in und für Hessen
Wir werden Lehre und Forschung an den Hochschulen weiter auf Spitzenniveau fördern und insbesondere Exzellenzen ausbauen. Hessen soll Spitzenland bei Forschung und Lehre sein, damit hier weiterhin die Arbeitsplätze von morgen entstehen. Das bundesweit einmalige Forschungsförderprogramm LOEWE werden wir dazu fortführen. Der Hessische Hochschulpakt ist die Grundlage unserer Arbeit. Leistungsorientierte Mittelzuweisungen schaffen Anreize. Mit dem Bauprogramm HEUREKA verbessern wir Gebäude und Ausstattung der Hochschulen. Wir brauchen noch mehr Nachwuchswissenschaftler in Hessen. Unsere Stärke ist auch hier die Vielfalt: Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, öffentliche und private Einrichtungen schaffen für jeden ein passendes Angebot. Zu den Erfolgsmodellen gehört auch das duale Studium. Unser Ziel ist, noch mehr junge Menschen für ein duales Studium zu gewinnen.

Duale Ausbildung ist Trumpf
Eine Berufsausbildung hat für uns denselben hohen Stellenwert wie Abitur und Studium. Alle Abschlüsse bieten große Chancen für ein erfolgreiches Leben. Die ganze Welt lobt unsere duale Ausbildung. Sie ist ein Erfolgsmodell bei der Ausbildung von Fachkräften, verhindert Jugendarbeitslosigkeit und sichert eine an den praktischen Bedarfen ausgerichtete Qualifikation, die Schritt hält mit Veränderungen in der Arbeitswelt. Wir werden prüfen, inwiefern die Ausbildung für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen auch an das duale System angelehnt werden können, um mehr Praxisnähe herzustellen. Wir wollen die berufliche Ausbildung weiter stärken und mit einer breit angelegten Informationskampagne dafür sorgen, dass ihre Vorzüge und Aufstiegschancen in der ganzen Gesellschaft, aber besonders bei Familien mit Kindern und Jugendlichen wieder breiter bekannt werden. Wir stehen zum Meisterbrief und zur Durchlässigkeit auch im Bereich der Ausbildung. Unsere erfolgreichen Maßnahmen vom Hochschulzugang für den Meister bis zu den Meisterprämien werden wir fortführen.

Für unsere Schüler nur die Besten
Mit uns wird die bundesweit vorbildliche Lehrerversorgung in Hessen fortgesetzt. An der 105-prozentigen Lehrerversorgung rütteln wir nicht. Deshalb werden wir auch künftig zusätzliche Lehrer in den Schuldienst einstellen, um weiterhin eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Dabei brauchen wir die besten Köpfe, begabtesten Pädagogen und stärksten Persönlichkeiten für den Lehrerberuf. Unsere Lehrer verdienen Respekt und Vertrauen. Mit ihrer Arbeit sind sie das Rückgrat unseres Bildungswesens. Wir wollen unsere Lehrkräfte hervorragend aus- und weiterbilden, sie von unterrichtsfernen Aufgaben entlasten und weiterhin gut bezahlen. Deswegen möchten wir die bestehenden Projekte für ein Praxissemester verpflichtend in den Regelbetrieb überführen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Hochschulen mit Lehramtsstudenten pädagogische Vorgespräche führen, um die Eignung der Studenten zu gewährleisten.

Deutsch ist Pflicht
Allen Kindern sollen an den Schulen grundlegende Werte und Regeln unseres Landes vermittelt werden. Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Pünktlichkeit, Nächstenliebe, Toleranz und Verantwortungsbereitschaft gehören dazu. Die natürliche Neugier, Kreativität und Bewegungsfreude sollen gefördert werden. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist unverzichtbare Grundvoraussetzung für ein Leben in Deutschland und damit auch für die Schule. Die Sprache auf Hessens Schulhöfen muss Deutsch sein. Wir wollen – für alle Kinder in Hessen – die Sprachfähigkeiten in Deutsch stärken. Dazu gehört der sichere Umgang mit Rechtschreibung. Schreiben nach Gehör und die Abschaffung von Ziffernnoten lehnen wir ab. Mit diesem klaren Kompass tragen die Schulen maßgeblich auch zur Integration bei.

Förderschulen erhalten – Hochbegabte fördern
Jedes Kind hat Anspruch auf Förderung – das gilt für Kinder mit Behinderungen oder besonderem Förderbedarf ebenso wie für Hochbegabte. Die Förderschulen mit ihren spezialisierten Angeboten sind eine große Errungenschaft, die wir stärken wollen. Wir wollen keine Inklusion mit der Brechstange, sondern mit Augenmaß zum Wohle aller betroffenen Kinder. Überforderung muss verhindert werden. Wir wollen uns noch mehr um Spitzenleistungen an den Schulen und Hochschulen kümmern, damit Innovation gelingt. Wir werden Hochbegabte in Hessen weiterhin fördern und die Verbindung zwischen Schule und Hochschule weiter verbessern.

Ganztagsangebote ausbauen
Immer mehr Eltern sind voll berufstätig und wünschen sich, ihre Kinder ganztags betreut zu wissen. Deshalb haben wir verlässliche Schulzeiten eingeführt und den Pakt für den Nachmittag geschmiedet. Diesen Weg gehen wir weiter. Ganztägige Betreuung und Beschulung sind keine Themen für ideologischen Streit. Es darf keinen Ganztagszwang für alle Kinder geben. Es gilt die Wahlfreiheit der Eltern. Wir wollen Möglichkeiten erhalten, den Kindern am Nachmittag Raum und Zeit außerhalb der Schule zu geben, denn auch Aktivitäten in Feuerwehren, Sportvereinen und ähnlichen Organisationen dürfen nicht zu kurz kommen.

Bildung im digitalen Zeitalter
Unsere Schulen und Hochschulen sind Teil der neuen digitalen Welt und bereiten darauf vor. Wir rüsten unsere Schulen und Hochschulen für die Herausforderungen der Zukunft. In Hessen werden wir eine Digitalisierungs-Offensive für Bildung umsetzen. Dazu zählt nicht nur eine fächerübergreifende Strategie für die Lehrpläne, sondern auch eine neue Lehrerfortbildung. Klar ist dabei: Digitale Medien im Unterricht und in der Lehre sind kein Selbstzweck. Der verantwortliche Umgang in der digitalen Welt setzt voraus, dass junge Menschen Chancen wie Risiken vermittelt bekommen. Auch das liegt in der Verantwortung von Ausbildung.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für die Schulen

Grundsätze

- Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik stehen das Kind, der Jugendliche und der junge Erwachsene. Mit uns wird es auch in der Zukunft weder Einheitsschulen noch Einheitslehrer geben, denn es gibt auch keine Einheitskinder. Die **Bewahrung des erfolgreichen und bewährten gegliederten Schulsystems** hat für uns oberste Priorität.

- Wir stehen für eine **breite Palette schulischer Bildung** – von der Gesamtschule über die Realschule bis zur Privatschule und von der Mittelstufenschule über Gymnasien und Hauptschulen bis zu Förderschulen sowie den ergänzenden Angeboten.

- In den Ballungsräumen ebenso wie im ländlichen Raum setzen wir auf ein **verlässliches, zukunfts- und bedarfsorientiertes sowie möglichst wohnortnahes Bildungsangebot**.

- In der Sekundarstufe I wollen wir in den kommenden fünf Jahren **keine Strukturreform**. Wir setzen auf Ruhe und nicht auf permanente Veränderung. Die Gestaltung des Bildungsangebots soll für Eltern und Schüler überschaubar bleiben und den demographischen Entwicklungen und der Wahlfreiheit der Eltern Rechnung tragen.

- Wir halten an der bundesweit einmaligen **105-prozentigen Unterrichtsversorgung** im Landesschnitt fest, bei der die Schulen über die Verwendung der zusätzlichen 5%-Versorgung weitgehend eigenständig verfügen können.

- Wir wollen überdies auch in der kommenden Legislaturperiode **neue Lehrerstellen** schaffen, um die Unterrichtsqualität weiter zu steigern und den gesellschaftlichen Herausforderungen und Veränderungen zu begegnen.

- Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels stellen wir den **Erhalt einer intakten Schullandschaft** inklusive wohnortnaher Grundschulen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen.

- Kinder und junge Menschen sind wissenshungrig und neugierig. Leistung, Motivation und Ansporn sind dazu wichtige Lernmerkmale. Wir bekennen uns daher weiterhin zur **Beibehaltung von Zifernoten** und schließen in letzter Konsequenz auch das **„Sitzenbleiben“** als pädagogische Maßnahme nicht aus.

- Wir werden die **Ganztagsangebote weiter bedarfsorientiert ausbauen**. Wir setzen auf eine Vielfalt von freiwilligen, offenen, teilgebundenen und gebundenen Ganztagsangeboten. Der Ausbau des erfolgreichen „Paktes für den Nachmittag“ im Sinne von Wahlfreiheit, Angebotsvielfalt und Bedarfsorientierung hat für uns Priorität.

- Als faire Partner treten wir für den Erhalt von **Schulen in freier Trägerschaft** ein. Sie sind Teil unseres vielfältigen Angebots und haben Anspruch auf eine bedarfsgerechte Finanzausstattung, die bei Bedarf an neue Herausforderungen angepasst werden muss. Wir werden ein neues Ersatzschulfinanzierungsgesetz umsetzen.

- Die sanitären Anlagen an hessischen Schulen werden von Grund auf saniert. Dazu wollen wir umgehend ein Landesprogramm auflegen, um die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Verantwortung für die Schulgebäude zu unterstützen. Unser Ziel ist, dass **Schultoiletten** in ausreichendem Maße vorhanden und an jeder hessischen Schule in hygienisch einwandfreiem Zustand sind.

Grundschulen

- Werte, Normen und soziale Kompetenz werden bereits in der Grundschule vermittelt. Wir müssen für ein Lernklima sorgen, das einer **Verrohung der Gesellschaft** frühzeitig und **entschieden entgegentritt**.

- Die wohnortnahe Schule und ihre Erreichbarkeit in einer altersangemessenen, zumutbaren Entfernung ist nach unserer Überzeugung ein Kernauftrag einer zeitgemäßen Schulpolitik. Wir werden mit aller Kraft weiterhin dafür eintreten, dass die Schulwege nach unserem Motto **„Kurze Beine – kurze Wege“** möglichst kurz bleiben.

- Wo die Geburtenzahlen keine eigenständige Grundschule mehr tragen, werden wir uns für die Ausweitung von Verbundschulen einsetzen. Daneben unterstützen wir im Falle zu geringer Schülerzahlen das Modell der **Kombiklassen** bei gleichzeitigem Angebot von ausreichend Differenzierungsstunden für die Fächer Deutsch und Mathematik. Auch das hilft dabei, kleine Schulen dezentral zu erhalten.

- Um die Qualität der Grundschulen weiter auszubauen und die unverzichtbaren Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen künftig noch stärker zu gewichten, wollen wir **die Fächer Mathematik und Deutsch** durch je **eine zusätzliche Stunde stärken** und das Erlernen der verbundenen Schreibschrift fördern. Grundschülerinnen und -schüler lernen von Anfang an, richtig zu schreiben.

- Naturerlebnisse, Experimente und Erkundungen wecken die Motivation von Kindern. Wir plädieren daher für die **Aufwertung des Sachunterrichts** und werden dabei den Regional- und Heimatbezug weiter stärken.

- Wir unterstreichen die Bedeutung **der dritten Sportstunde** an den Grundschulen. In Zusammenarbeit mit Sportvereinen können hier zusätzliche Angebote für den Nachmittag geschaffen werden. Zur Entlastung der Sportlehrer bei der Aufsicht im Schwimmunterricht werden wir geschulte Schwimmleiter bspw. der DLRG zulassen.

- Wir wollen die **Verzahnung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule durch eine qualifizierende und qualifizierte Schulvorbereitung** weiter verbessern und an bestehende Schulversuche anknüpfen.

- Im Hinblick auf die Qualitätssicherung der Gymnasien wird künftig stärker der Notendurchschnitt in der vierten Klasse berücksichtigt. Wir halten an der **Grundschulempfehlung** fest, wo bei am Ende der Elternwille maßgebend bleibt.

- Wir werden mit einer **breit angelegten, strukturierten Elterninformation** spätestens zu Beginn der Jahrgangsstufe 4 dafür sorgen, dass hessenweit die Viertklässlereltern rechtzeitig vor der Wahl des Bildungsgangs an der weiterführenden Schule über die Vorzüge, Chancen und Anschlussmöglichkeiten der nichtgymnasialen und beruflichen Bildung orientiert sind und Gelegenheit zu Fragen und Austausch mit Experten erhalten. Dabei werden den Eltern alle Schulformen vorgestellt und mit vertiefenden Informationen zu Bildungs-/Ausbildungswegen und zu beruflichen Chancen durch berufliche Schulen, Kammern und die Bundesanstalt für Arbeit verbunden. Insbesondere werden wir die erweiterten Informationsbedürfnisse von Familien berücksichtigen, die noch nicht lange in Deutschland leben und unser Schul- und Ausbildungssystem nicht kennen.

Gymnasien und Abitur

- Wir stehen für den **Erhalt des Gymnasiums in seiner Funktion für die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife**. Jedweder Bestrebung, diese eigenständige Schulform in ihrer Substanz anzutasten, werden wir entschieden entgegentreten.

- Wir wollen das **Abitur hinsichtlich seiner Qualität weiter stärken**. Es muss nach wie vor der verlässliche Gradmesser für die Studierfähigkeit der Schüler sein. Dazu werden wir qualitätssteigernde Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Experten umsetzen. Für die Gestaltung des Landesabiturs sollen auch inhaltliche und organisatorische Vorschläge praktisch tätiger Lehrer stärker berücksichtigt werden. Um mehr Transparenz zwischen den Schulen herzustellen, streben wir an, die durchschnittlichen Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen zu veröffentlichen.

- Verbunden mit einem klaren Bekenntnis zum Bildungsföderalismus befürworten wir **mehr Vergleichbarkeit bei den Abitur-Abschlüssen unter den Ländern, ohne dabei inhaltliche Abstriche** vornehmen zu müssen. Die gemeinsam getroffenen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz sind deutschlandweit verbindlicher umzusetzen.

- Eine einheitliche Stundenzahl für den Wahlunterricht – unabhängig von G8 und G9 – und die Einführung von verbindlichen Qualitätskriterien für den Wahlunterricht ergänzen den qualitätsorientierten Anspruch der Gymnasien und der Gesamtschulen. Als konkrete Maßnahme streben wir die **Wiedereinführung der 3. Fremdsprache als Wahlpflichtfach** an.

- Wir sprechen uns für eine intensive **frühzeitige Kooperation mit den abgebenden Grundschulen** und der Lernbegleitung und Beratung der Eltern und Schüler der Jahrgangsstufen 4 bis 6 aus. **Querversetzungen** in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sollen leichter ermöglicht bzw. umgesetzt werden können.

- Weiterhin befürworten wir auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem Schulversuch die **Möglichkeit eines Parallelangebots von G8/G9 für alle Gymnasien** und die Flexibilisierung der Ausgestaltungsmöglichkeiten.

- Der Weg zur Schule soll für Schüler kein Hindernis darstellen. Wir werden daher prüfen, ob eine Kostenübernahme der Beförderung für die 10. Klassen der G8-Schüler im hessischen Schulgesetz (HSchG) aufgenommen werden kann. Weiterhin soll geprüft werden, ob eine Fahrtkostenübernahme für die gesamte Sekundarstufe II und auch für Berufsschüler möglich ist.

Digitalisierung und Medienbildung

- Mit einem **Hessischen Digitalpakt Bildung** werden wir für alle hessischen Schulen ein digitales Grundangebot schaffen (u.a. Anbindung an das schnelle Internet, freies WLAN, IT-Hardware). Zudem wollen wir prüfen, inwiefern kostenlose Softwarelizenzen zur Verfügung gestellt werden können. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für das neue digitale Lernen. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem „Digitalpakt Schule“ der Bundesregierung.

- Einer **fundierten Lehrerbildung** in diesem Bereich kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Lehrer brauchen dazu verpflichtende Module und Inhalte im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Nur so können die digitalen Kompetenzen der Schüler umfassend gefördert werden.

- Wir werden die **Curricula** schrittweise **weiterentwickeln**.

- Das **Fach Informatik** wollen wir in diesem Zuge stärken. Wir werden in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Lehrstühlen an den hessischen Hochschulen dieses Fach mit Blick auf die zunehmende Digitalisierung modernisieren.

- Die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft ist von so entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Landes, dass das Verständnis für sie auch in der Schule von Anfang an geweckt werden muss. Wir wollen daher insbesondere die **Medienkompetenz von Grundschülern weiter stärken**. Darüber hinaus können auch der Unterricht mit digitalen Lernplattformen und altersgerechte Programmiertechniken zu diesem Verständnis beitragen.

- Die Digitalisierung darf nicht das **Primat des Lernens und der Pädagogik** überlagern. Eine einseitige Investition in die technische Infrastruktur zu Lasten von Inhalten, Qualität und Didaktik lehnen wir ab. Vielmehr müssen der Ausbau der technischen Infrastruktur und die Gewährleistung von Qualitätsinhalten in einem ausgewogenen Verhältnis zueinanderstehen. Unser Ziel ist der flächendeckende Ausbau mit WLAN sowie die Verbesserung der IT-Ausstattung der hessischen Lehrer.

- Wir setzen uns ein für einen **verantwortungsvollen Umgang mit Smartphones** an Schulen und wollen der Einhaltung des Jugendmedienschutzes besondere Aufmerksamkeit widmen. Daher soll grundsätzlich an hessischen Schulen – vor allem im Unterricht und auf dem Schulhof – ein Smartphone-Verbot gelten.

- Kinder und Jugendliche müssen für die mit der Digitalisierung verbundenen Risiken (Fake News, Mobbing, Gewalt im Netz) sensibilisiert werden. Wir wollen dazu unter anderem die Ausbildung von Schülern zu **„digitalen Schülerlotsen“ bzw. „Medien-Scouts**“ ausbauen, damit möglichst flächendeckend junge Menschen ihren Mitschülern das entsprechendes (Problem-)Bewusstsein vermitteln können.

- Wir werden das erfolgreiche Landesprogramm **Schule@Zukunft** fortsetzen und weiterentwickeln und auch künftig Projekte und Kooperationen mit externen Partnern, bspw. das **Mentorenprogramm „digitale Helden“**, fördern und unterstützen.

- Zusätzlich sollen verpflichtende Unterrichtseinheiten zur **Medienkompetenz** in den unterschiedlichen Sekundarstufen eingeführt werden, in welchen nicht nur der sinnvolle Umgang mit sozialen und digitalen Medien vermittelt wird, sondern darüber hinaus auch Einführungen in das Programmieren gelehrt sowie Präsentationstechniken, Textverarbeitung und weitere Medienkompetenzen erlernt werden.

Starke und Schwache gleichermaßen fördern

- Alle Kinder sind uns gleich viel wert. Unsere Bildungspolitik richtet sich an jedes Kind – egal ob **lernschwach oder hochbegabt.** Wir werden daher unsere Politik fortsetzen und Angebote für verschiedenste Begabungen flächendeckend in Hessen vorhalten.

- Um Schulen, die im Landesvergleich unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, gezielt zu unterstützen, haben wir anhand von objektiven Kriterien eine zusätzliche **sozialindizierte Lehrerzuweisung** eingeführt. Damit stehen an diesen Schulen zusätzliche Lehrer zur Bewältigung der besonderen Aufgaben zur Verfügung. Dieses Modell wollen wir in den nächsten fünf Jahren stärken und **fortsetzen**.

- Die Unterstützung der Schulen z.B. in Form von multiprofessionellen Teams, bestehend aus **Schulsozialarbeitern, sozialpädagogischen Fachkräften und Schulpsychologen**, bauen wir aus.

- Wir werden dazu unser **Programm für 700 zusätzliche Sozialarbeiter** zur Unterstützung der Lehrer an Hessens Schulen verstetigen.

- Die Klassenkonferenz wollen wir stärken. Spricht sie sich für die Teilnahme einer Schülerin oder eines Schülers an einem **Förderkurs** aus, so plädieren wir für eine **verpflichtende Teilnahme**.

- Wir wollen, dass noch weniger Schüler die Schulen ohne Abschluss verlassen. Erfolgreiche Programme wie **„Praxis und Schule“ (PuSch)** ermöglichen Schülern mit erheblichen Lern- und Leistungsrückständen an allgemeinbildenden wie auch an beruflichen Schulen ihren Hauptschulabschluss. Derartige Programme werden wir daher ausbauen und flächendeckend anbieten. Praxistage sollen zukünftig vermehrt in Unternehmen oder Behörden stattfinden.

- Ein weiteres Erfolgsmodell sind die seit 2007 durchgeführten zentralen **o.camps** und die schulbezogenen **Osterferiencamps.** Dieses Format wollen wir bedarfsgerecht durch die Ausweitung von kostenfreien und freiwilligen Fördermöglichkeiten fortführen.

- Ein erfolgreiches Schulsystem setzt **Durchlässigkeit** voraus. Deshalb wollen wir weiterhin Hürden abbauen, um leistungsstarken Schülern im mittleren Bildungsgang den Wechsel auf das Gymnasium während und am Ende der Sekundarstufe I zu ermöglichen.

- Ebenso wollen wir das Potential und die vielfältigen Talente hochbegabter und leistungsstarker Schüler gezielt fördern. Wesentlich ist dabei der **Ausbau der Hochbegabtenförderung und der Förderung leistungsstarker Schüler** durch den Aufbau entsprechender Kapazitäten in ganz Hessen.

- Die Internatsschule Schloss Hansenberg als Leuchtturm unserer **Hochbegabten- und Begabtenförderung** mit Schwerpunkt im MINT-Bereich sowie in der ökonomischen Bildung werden wir zu einem Innovations- und Beratungszentrum für Begabtenförderung ausbauen. Dieses soll als Kern eines Netzwerks mit zwanzig weiteren Schulen auch andere Schulen in ihrer Entwicklung unterstützen, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler landesweit beraten und innovative Konzepte zur Begabtenförderung zur Verfügung stellen.

- Gleichzeitig setzen wir uns ein für eine **Stärkung von Schulsportzentren** neben der Carl-von-Weinberg-Schule in Frankfurt und der Uplandschule in Willingen als Eliteschulen des Sports.

Wertevermittlung

- **Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung und Demokratieerziehung** sind entscheidende Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine zielgerechte Extremismusprävention. Keine Tradition kultureller, religiöser, familiärer oder welcher Art auch immer darf den Verfassungstext relativieren. Die Grundrechte der Verfassung haben absolute Geltung. Es gilt Recht vor Kultur. Insbesondere die Scharia und ein archaisches Verständnis von Ehre haben in Hessen nichts verloren. Die Schulen tragen dazu bei, die Kinder und Jugendlichen in deren Geist zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen.

- **Politische und historische Bildung** und die daraus erlangten Erkenntnisse sind die Voraussetzung für das Verständnis politischer Prozesse und politischer Urteilsfähigkeit. Dies sind die Voraussetzungen für Partizipation und Bürgerbeteiligung des mündigen Bürgers in einer Demokratie, welches existenziell für unseren demokratischen Rechtsstaat und das beste Mittel gegen extremistische Tendenzen ist.

- Unabhängig vom kulturellen Hintergrund ist deshalb bereits im Klassenraum und in der Schule auf eine **Gleichstellung von Frauen und Männern** zu achten. Dies gilt insbesondere für ein angemessenes Verhalten von jungen Männern und auch von Eltern gegenüber Lehrerinnen.

- Wir werden **Gewalt an Schulen** mit präventiven, wenn nötig auch mit praktisch-polizeilichen Mitteln klar entgegentreten. Schulen in Hessen sind waffenfreie Zonen. Weiterhin werden wir die Schritte zum Kampf gegen Drogenkonsum an hessischen Schulen forcieren. Für Extremfälle werden wir mit einem Konzept „Schutzmann auf dem Schulhof“ Abhilfe schaffen.

- Überdies treten wir für eine **konsequente Durchsetzung der Schulpflicht** ein. Die Schule und ihre Belange haben klaren Vorrang vor der Betonung kultureller Eigenheiten. Dies gilt insbesondere für einen gemeinsamen Sport- bzw. Schwimmunterricht von Jungen und Mädchen oder gemeinsam durchzuführende Wandertage und für das Beschulen von Kindern zu Hause.

- Bei **notorischen Schulschwänzern** muss eine verbindliche Meldung an die Jugendämter erfolgen; die Zahlung des Kindergeldes ist nach Möglichkeit an die Vorlage der Schulbesuchsbescheinigung zu koppeln.

- Insgesamt wollen wir noch nachhaltiger die Wertevermittlung im Sinne des Grundgesetzes in den Schulen umsetzen. Es ist unser Ziel, möglichst allen Schülern die Inhalte der sogenannten Rechtsstaatklassen näher zu bringen. Wir treten daher für einen **Ausbau des Faches „Politik und Wirtschaft“** ein. Ebenso wie auch Geschichte soll dieses Fach nicht abwählbar sein.

- Wir werden eine Weiterentwicklung der Wahlmöglichkeiten der Schülervertretungen umsetzen und befürworten eine **Direktwahl** auf der Ebene der Schulträger. Ebenfalls sprechen wir uns für die Möglichkeiten einer Online-Beteiligung für alle Schüler bei der Direktwahl aus, um dadurch politisches Engagement weiter zu fördern.

- In ihrer Schullaufbahn sollen alle Schüler das **Kommunalparlament** ihrer Stadt oder Gemeinde, die Vertretung des jeweiligen Landkreises sowie den **Hessischen Landtag** kennenlernen. Auch die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung werden verstärkt an den Schulen beworben. Ebenso soll der Besuch einer europäischen Institution als fester Bestandteil in hessische Lehrpläne aufgenommen werden.

- Wir bekennen uns zum bekenntnisorientierten **Religionsunterricht nach Art. 7 des Grundgesetzes** an den Schulen und zum Fach Ethik.

- Wir werden uns dafür einsetzen, die flächendeckende Versorgung mit **Ethikunterricht** in Hessen sicherzustellen.

- Wir wollen weiterhin ein **religiöses Angebot für muslimische Schüler**. Kooperationspartner, die keine Gewähr dafür bieten, dass der Unterricht unserer verfassungsrechtlichen Ordnung und unserem freiheitlichen Wertesystem entspricht, akzeptieren wir als Partner nicht. Unterrichtsangebote, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir beenden.

Deutsche Sprache und Integration

- Die **Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundlage** von Bildung in fast allen Schulfächern und darüber hinaus unerlässlich für ein Leben in unserem Land. Nicht nur im Unterricht sowie in den Schulgebäuden, sondern auch auf den Schulhöfen ist die deutsche Sprache zu pflegen.

- Zur Durchsetzung von **„Deutsch auf Schulhöfen“** streben wir nach dem Vorbild anderer Länder Vereinbarungen zwischen Schule, Schülervertretung und Eltern an.

- Aufgrund der einschlägigen Erfolgsbilanz wollen wir den **Vorlaufkursen** für schulpflichtig werdende Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse bzw. mit festgestelltem Sprachförderbedarf in Zukunft einen **verbindlichen Charakter** geben. Jedes Kind muss zu Beginn der Schule ausreichende Deutschkenntnisse haben.

- Wir werden unser Augenmerk auf eine korrekte Rechtschreibung und Schreibschrift von Beginn an in allen Unterrichtsfächern richten. Die Bildungssprache Deutsch muss am Ende der 4. Klasse in Wort und Schrift bestmöglich von allen Schülern beherrscht werden. Deshalb sprechen wir uns für eine **verbindliche Korrektur von Rechtschreibfehlern in allen Fächern vom 1. Schuljahr an** aus**.**

- Die Methode **„Schreiben nach Gehör“ lehnen wir ab** und wollen verpflichtende Diktate auf die Klassen 7 bis 9 ausweiten. Darüber hinaus soll die **dauerhafte Implementierung des Grundwortschatzes** zur Förderung von Deutsch als Bildungssprache beitragen. Ein ausschließliches Schreiben auf elektronischen Geräten lehnen wir ab.

- Wir treten für eine **Vorgabe in der Anzahl der Pflichtlektüren im Fach Deutsch** ein **–** auch in der Sekundarstufe I und in den Jahrgängen 3 und 4 der Grundschule.

- Im Rahmen eines stringenten Förderkonzeptes, das in der Grundschule beginnt, wollen wir außerdem **verpflichtende zweistündige Förderkurse in den Klassenstufen 5 und 6**, erteilt durch qualifizierte Lehrkräfte. Ebenso soll in Ergänzung der Stundentafel in diesen beiden Jahrgangsstufen durch eine zusätzliche Lese- und Rechtschreibestunde die Bildungssprache Deutsch gestärkt werden.

- **Herkunftssprachlichen Unterricht** werden wir nur nach festen Gütekriterien zulassen. Es soll keinen Unterricht durch Konsulatslehrkräfte geben. Wir treten für striktere Anerkennungsregeln ein.

- Wir sorgen dafür, dass Schüler aus **Integrationsklassen** auch weiterhin erst nach bestandener Deutschprüfung in den Regelunterricht übernommen werden. Dies ist für einen funktionierenden Regelunterricht im Sinne der Schüler unerlässlich. Einen Automatismus nach zwei Jahren lehnen wir ab.

- Integrationspolitisch sinnvoll sind erfolgreich etablierte **Familienklassen**, wie z.B. im Lahn-Dill-Kreis. Kinder und ihre Eltern gehen dort an einem Vormittag pro Woche gemeinsam zur Schule. Wir wollen die Einführung einer Familienklasse in Form eines Schulversuchs durch das Land Hessen finanziell unterstützen, wenn eine Grundschule dies wünscht und die Voraussetzungen vor Ort dies zulassen.

- Im Hinblick auf eine gelingende Integration kommt dem **Ausbau und der Weiterentwicklung unseres schulischen Gesamtsprachförderkonzeptes** eine entscheidende Rolle zu. Die Weiterqualifizierung von Lehrkräften im Bereich Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache und die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen stellen für uns eine wesentliche Grundlage dar. Auch die Eltern sind bei den Herausforderungen der Integration stärker in die Pflicht zu nehmen.

Lerninhalte fortentwickeln

- Wir wollen die Bedeutung und den hohen Stellenwert Europas und seiner christlich-jüdisch geprägten Kultur im Zuge der Globalisierung den hessischen Schülern umfassend vermitteln. Für uns ist das Thema „Europa“ ein wesentlicher Bestandteil der politischen Bildung; der **Ausbau der Europaschulen** stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Ziel dar. Darüber hinaus wollen wir Schulen ermutigen und besonders fördern, die sich der **europäischen Mehrsprachigkeit** – einschließlich der „alten“ europäischen Kultursprachen Latein und Griechisch – verschrieben haben. Wir setzen uns dafür ein, dass weiterführende Schulen mit diesem Schwerpunkt als sogenannte Profilschulen besondere Möglichkeiten zur Erweiterung der Stundentafel und zum Ausbau eines entsprechenden Fächerangebots erhalten und ein breites Spektrum profilbezogener Aktivitäten verlässlich anbieten.

- Die **Ausweitung von bilingualem Unterricht**, v.a. in Englisch, Spanisch und Französisch, trägt ebenfalls zu einem vertiefenden europäischen Bewusstsein bei. Auch die Schüleraustausche, deren Ausbau wir anstreben, leisten hier einen wichtigen Beitrag.

- Wir wollen die kulturelle Bildung stärken und setzen uns daher dafür ein, in den weiterführenden Schulen sogenannte **Profilschulen mit ausgeweiteter Stundentafel in Kunst, Theater und Musik** einzurichten. Wir werden dazu die Zusammenarbeit mit den hessischen Staatstheatern und Landesmuseen forcieren.

- Wir prüfen die Einführung eines **Besuchs-Patenschaftsprogramms** für alle Schulformen, um mehr Schülern einen nachhaltigen Zugang zu kulturellen Institutionen (Theater, Museen, Konzerten) zu ermöglichen.

- Ebenso forcieren wir die sogenannten **MINT-Fächer** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), die für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung sind. Wir werden daher weitere Profilschulen auch mit ausgeweiteter Stundentafel in den entsprechenden MINT-Fächern gründen.

- Wir treten für eine fächerübergreifende **Berücksichtigung von Unterrichtsinhalten wie Ernährung und ökonomische Alltagskompetenzen** (z.B. im Bereich Finanzen, Versicherungen, Kreditwesen, Steuern) ein.

- Gemeinsam mit dem Landessportbund wollen wir bei den Kindern den Spaß an Sport und Bewegung dadurch fördern, dass wir **besondere Talente** schon in der Schule durch Talentsichter erkennen und diesen Angebote machen. Das fördert mittelbar auch den Spitzensport in Hessen.

- Wir möchten **verpflichtende** und regelmäßig stattfindende **Erste-Hilfe-Kurse für Schüler** an allen weiterführenden hessischen Schulen alle zwei Jahre integrieren. Hierbei sollen den Schülerinnen und Schülern altersgerecht die grundlegenden Sofort- und Basismaßnahmen beim Umgang mit verletzten und erkrankten Personen vermittelt werden.

- Das Ehrenamt spielt in unserer Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Wir wollen auch in Schulen bereits dafür werben, **für ein Ehrenamt einzustehen** (z. B. in der freiwilligen Feuerwehr). Junge Menschen, die sich engagieren, sichern auf Dauer die soziale Kultur Hessens.

- Demokratische Streitkräfte sind Partner unserer Schulen. Wir treten für einen **Ausbau der Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der Bundeswehr** im Unterricht ein.

Lehrkräfte und Lehrerbildung

- Der **Stärkung des Berufsbildes von Lehrern** und deren ideeller Unterstützung in der Öffentlichkeit kommt eine wichtige Rolle zu. Wir brauchen auch künftig Lehrerpersönlichkeiten, die Vorbild sind und Orientierung geben können.

- In diesem Zusammenhang sind auch die **disziplinarischen Möglichkeiten der Lehrkräfte** und Schulen zu erweitern und die Autorität gegenüber aggressiven Schülern und Eltern zu stärken.

- Eine **Attraktivitätsoffensive für den Lehrerberuf** soll für mehr Wertschätzung in der Öffentlichkeit sorgen. Die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Verbänden und Organisationen, der Wirtschaft und den Hochschulen werden wir in diesem Sinne ausbauen. Das Gleiche gilt für die außerschulischen Lernorte.

- Wir setzen uns für eine den vielfältigen und verantwortungsvollen Herausforderungen des Lehrerberufs angemessene Besoldung und den **Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten in allen Schulformen** ein. Funktionsstellen für besondere Aufgaben sollen der Erweiterung und somit der Entlastung der Schulleitungen dienen.

- Wir wollen einen Ausbau weiterer **Unterstützungssysteme für unsere Schulen**. Um die Schulen bei ihren anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben möglichst wirkungsvoll und effizient zu unterstützen, arbeiten die Schulaufsicht, die Schulpsychologie und die pädagogische Unterstützung unter enger Einbindung der Fachberater fach- und berufsgruppenübergreifend zusammen.

- Die Auslobung eines **Hessischen Lehrerpreises** im Sinne einer Anerkennungskultur trägt zur Aufwertung des Lehrerberufs bei. Engagierte Lehrer sollen für besondere und erfolgreiche Projekte, durch die einzelne Schüler, Klassen oder die Schule als Ganzes gefördert werden, ausgezeichnet werden.

- Entlastungsmöglichkeiten für unsere Schulleitungen und Lehrkräfte sehen wir im Bereich der Verwaltung. Wir streben eine **Entbürokratisierung** durch Straffung und Abschaffung von Berichtspflichten ist an. Gleiches gilt für IT-Systeme.

- Der Einsatz von **Schulassistenzkräften** zur Entlastung von Schulleitung und Lehrkräften sowie zur Unterstützung im administrativen Bereich stellt für uns eine wichtige Maßnahme dar. Die Übernahme von **Schulsekretariaten in den Landesdienst** soll ebenfalls zu einer Entlastung der Lehrkräfte beitragen.

- Die Pilotprojekte zum **Einsatz von „Schulgesundheitsfachkräften“**, die an Schulen sowohl für notwendige medizinische Versorgung von Schülern, als auch für gesundheitliche Prävention und als Vertrauensperson für die Schüler wirken, werden wir verstetigen.

- Wir treten für eine **Weiterentwicklung der Lehrerbildung** ein. Überdies wollen wir die Praxisanteile während des Lehramtsstudiums weiter ausbauen. Aktuelle Herausforderungen wie z.B. Medienbildung oder Digitalisierung sowie neue Entwicklungen in der Didaktik und gesellschaftliche Veränderungen müssen stärker verankert werden.

- Wir halten an der **Staatsprüfung** als Abschluss der 1. Phase der Lehrerausbildung fest. Dabei befürworten wir die Einführung von **zentralen Aufgabenstellungen**.

- Um die **didaktische Eignung künftiger Lehramtsstudierender** festzustellen, sprechen wir uns für ein verpflichtendes Praktikum in einer allgemeinbindenden Schule vor der Einschreibung aus. Darüber hinaus soll es auf freiwilliger Basis möglich sein, eine eignungsdiagnostische Feststellung zu Beginn des Studiums durchzuführen.

- Die didaktische Befähigung für den Lehrerberuf ist grundlegend für die Qualität des Unterrichts. Wir sprechen uns daher für die **Beibehaltung des 21-monatigen Referendariats** aus.

- Hinsichtlich einer weiteren Qualitätssteigerung an unseren Schulen setzen wir uns nach dem überaus erfolgreichen Start unserer **Schulleiterqualifizierungsreihe** für eine Ausweitung der Konzepte auf andere Berufsgruppen, z.B. Führungskräfte der Staatlichen Schulämter oder Leiter der Studienseminare, ein.

Förderschulen und Inklusion

- Oberstes Ziel der **Beschulung von Kindern mit Behinderungen** ist deren Integration in die Gesellschaft und die Führung eines möglichst selbstbestimmten Lebens. Dabei ist jedes Kind individuell zu betrachten. Eine Einheitslösung für alle lehnen wir auch hier ab.

- Wir treten für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Als oberster Grundsatz leitet uns dabei immer das Kindeswohl. Inklusion muss ideologiefrei und mit Augenmaß geschehen, denn **Inklusion hat ihre Grenzen**.

- Bei Kindern, die nicht lernzielgleich unterrichtet werden können, die aufgrund von Misshandlungen und psychischer Beeinträchtigungen besonderer Schon- und Rückzugsräume bedürfen oder die durch Verhaltensauffälligkeiten und aggressives Verhalten die Durchführung des Regelunterrichtes massiv erschweren, stößt die Inklusion auf **offenkundige pädagogische Grenzen** der Beschulbarkeit.

- **Förderschulen** sind daher ein **wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des hessischen Schulsystems**. Sie stellen nach wie vor ein erfolgreiches und attraktives Bildungsangebot mit kleinen Klassen, optimaler Förderung und gesicherten Übergängen dar, leisten mit den sehr gut ausgebildeten Förderschullehrkräften eine hervorragende Arbeit und sind zum Erhalt von sonderpädagogischer Fachlichkeit unerlässlich.

- Das bewährte Förderschulsystem muss von daher auch im Sinne der Wahlfreiheit bestehen bleiben. **Wir stehen zu den Förderschulen** und werden keine Schließung von Förderschulen betreiben. Die verstärkte **Ausbildung von Förderschullehrern** werden wir sicherstellen.
- Bei der **inklusiven Beschulung** muss das Wohl aller Kinder berücksichtigt werden. Dies schließt auch

die nicht-behinderten Kinder in einer inklusiven Schulklasse ein. Wir werden daher die diagnostischen Instrumente vor und nach der Einschulung sowie die Entscheidungskompetenzen der betroffenen Schulen stärken und eine Überprüfung der inklusiven Beschulbarkeit ermöglichen.

- Mit der weiteren Ausgestaltung der **inklusiven Schulbündnisse** – ebenfalls orientiert am Kindeswohl – schaffen wir neue Möglichkeiten für eine inklusive Beschulung, ohne die Schulen und die Schulträger zu überfordern. Ungeachtet dessen werden wir eine Evaluierung der bestehenden Strukturen durchführen.

Berufliche Bildung

- Besondere Beachtung verdient die Berufsschullandschaft in Hessen: Die **duale Ausbildung** besitzt eine **gleichwertige Stellung** mit der akademischen Ausbildung. Wir werden sie daher auch in der Zukunft in den Fokus unseres bildungspolitischen Handelns setzen. Wir befürworten eine möglichst wohnortnahe berufliche Ausbildung.

- Die Qualität der dualen Ausbildung in unserem Land ist beispielhaft in Europa. Neben dem Erhalt der hohen Standards in den Berufsschulen wollen wir möglichst auch die Anzahl der **Berufsschulstandorte sichern**.

- Es ist zu prüfen, in wieweit ein **Fach/Baustein „Digitalisierung in der Arbeitswelt“** eingeführt werden kann.

- Durch die Bildung von **Landes- und Bezirksfachklassen** wollen wir die Unterrichtsqualität durch fachgerechte Beschulung weiter steigern. Dabei legen wir großen Wert darauf, diese Klassen vorwiegend im ländlichen Raum an den Kreisberufsschulen zu bilden, um eine Ausbildung in der Fläche zu gewährleisten. Die Lehrerzuweisung muss diesem Prinzip folgen. Sie muss ausdrücklich die Bildung von kleinen Klassen in wenig gefragten Ausbildungsberufen dadurch ermöglichen, dass auskömmliche Stellenanteile hierfür zugewiesen werden.

- Den in Hessen im Schuljahr 2017/18 eingeführten Schulversuch der „**Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BüA)“** wollen wir als Erfolgsmodell ausbauen und weiterentwickeln. Zudem wollen wir als einen weiteren Bestandteil der Berufsschulen die **Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung** stärken.

- Wir setzen uns für eine **Ausweitung des „Gütesiegels Berufs- und Studienorientierung Hessen“ (BSO)** ein und wollen innerhalb der Sekundarstufe I die **Berufsorientierung** weiter fördern, um so den Jugendlichen vielseitige und bedarfsgerechte Perspektiven zu ermöglichen.

- Wir plädieren daher auch für eine Stärkung der **Mittelstufenschulen** mit ihrem berufsbezogenen Unterricht an beruflichen Schulen, da sie Haupt- und Realschülern durch starke Praxis- und Berufsorientierung gute Zukunftsperspektiven eröffnen.

- Außerdem werden wir die Berufsorientierung vor allem in gymnasialen Bildungsgängen stärken und verbessern.

- Im Interesse unserer Schüler wollen wir eine **Optimierung und Standardisierung** (z.B. einheitliche Formulare und Zugangsbedingungen, einheitliche Bewerbungsfristen) **der Übergangsprozesse** in eine weiterführende bzw. berufliche Schule auch nach der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10.
- Den Übergang auf die weiterführende Schule wollen wir weiter verbessern. Die **beruflichen Bil-**

dungsangebote sind noch stärker herauszustellen, denn nicht allen Eltern ist bewusst, dass der Weg zu einem Studium nicht ausschließlich über den gymnasialen Bildungsgang führt.

- Das Programm „**JOBLINGE**“, mit dem junge Menschen in der Praxis für den Arbeitsmarkt qualifiziert werden, werden wir fortsetzen.

- Nicht nur junge Menschen bedürfen der **Förderung beim Erwerb eines Berufsabschlusses**. Auch älteren Menschen, welche noch keinen Berufsabschluss erwerben konnten, wollen wir einen realisierbaren Weg bieten, berufsbegleitend einen solchen Berufsabschluss nachzuholen, der sie langfristig vor zukünftiger Arbeitslosigkeit schützt und ihnen auf lange Sicht soziale Teilhabe gewährleistet. Hierzu soll die Landesregierung für Hessen eine gemeinsame Strategie mit den Sozialpartnern und Kammern zur Förderung einer verstärkten Inanspruchnahme des Bundesprogrammes erarbeiten.

- Wir wollen die berufliche Bildung stärken und werden dazu das Förderprogramm „**Meisterbonus**“ ausdehnen auf weitere IHK-Abschlüsse, Abschlüsse in der hessischen Landesverwaltung (z. B. Verwaltungsfachwirt) sowie auf verschiedene Abschlüsse und Qualifizierungen nach der Handwerksordnung. Es soll eine 50-prozentige Kostenübernahme (für den fachlichen Teil) erfolgen.

- Wir werden **weitere duale Studiengänge** zusammen mit dem Handwerk erschließen und ausbauen.

- Die Vielzahl der Ausbildungsgänge und Studiengänge führt nicht nur zu einem sehr hohen Grad der Spezialisierung, sondern erschwert den Schülern auch eine angemessene Auswahl. Deshalb streben wir **mehr Transparenz und Übersichtlichkeit** an.

Weiterbildung

- **Lebenslanges Lernen** erlangt vor dem Hintergrund einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft zunehmende Bedeutung. Der Pakt für Weiterbildung wird deshalb fortgeführt weiterentwickelt werden.

- Lebensbegleitendes Lernen wird eine Grundvoraussetzung sein, um der schnellen technologischen Entwicklungen erfolgreich zu begegnen. Deshalb wollen wir die betriebliche Fort- und Weiterbildung weiter stärken. Dabei setzen wir auch auf die Kompetenz der Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen. Die Beschäftigten dürfen ihre Neugier auf technologische Entwicklungen nicht verlieren. Vielmehr gilt es, sie zu motivieren, sich fortlaufend weiterzubilden. Dazu braucht es individuell passende Weiterbildungsangebote für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber.

- Die **Stärkung der Weiterbildung** und des lebensbegleitenden Lernens im ländlichen Raum wird hierbei besonders berücksichtigt. Inhaltliche Schwerpunkte sollen sein: Berufliche und politische Bildung, digitale Bildung Erwachsener, Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung sowie Integration von Migranten.

- Das bewährte Konzept **HESSENCAMPUS** als wichtiger Teil des Systems lebensbegleitenden Lernens und insbesondere der Bildungsberatung in Hessen wird fortgeführt und soll, falls die betroffenen Kommunen dies wünschen, durch den Abschluss weiterer regionaler Kooperationsvereinbarungen ausgebaut werden.

- Wir werden prüfen, ob **weitere Förderprogramme auch für Weiterbildungsmaßnahmen** aufgelegt

werden können.

- Einen der wesentlichen Träger von **Weiterbildungsangeboten** sehen wir in den **Hochschulen**, die zukünftig ihre Kompetenzen in diesem Bereich noch stärker einbringen sollen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Weiterbildungsangebote in ihrer ganzen Vielfalt bedarfsgerecht angeboten werden können, sowohl berufsbegleitend wie in Vollzeit, sowohl als Bachelor oder Master wie auch als Zertifikat.

.... für die Hochschulen

- Unser Anspruch bleibt es, **Spitzenland in Forschung und Lehre** zu bleiben. Innovationen von heute sichern die Arbeitsplätze von morgen. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen in diesem Bereich weiterführen.

- Wir stehen für verlässliche, gut ausgestattete Hochschulen. In der Fortschreibung des **Hessischen Hochschulpaktes 2021 - 2025** soll die vertrauensvolle und langfristige Zusammenarbeit mit den Hochschulen fortgesetzt werden. Unser Ziel dabei ist es, Hessens Spitzenniveau in Deutschland zu verteidigen.

- Forschung und Lehre sind die zentralen Säulen der Hochschulen. Zunehmende Bedeutung erlangt die **„Third Mission“**, die Hochschulen in der Gesellschaft verankert. Kinderunis, Weiterbildungsangebote oder Gründerförderung sind Beispiele für ein erweitertes Leistungsangebot der Hochschulen.

- Wir bekennen uns zur verfassungsmäßig verankerten Wissenschaftsfreiheit und der **Bedeutung der Hochschulen für die Zukunft unseres Landes**. Die Wahrung der Autonomie der Hochschulen bleibt dabei für uns eine herausragende Maxime.

- Das **System der leistungsorientierten Budgetierung** werden wir dabei weiterentwickeln, ohne seine Anreizfunktion zu schwächen. Dem Studienerfolg in der Regelstudienzeit soll weiterhin eine wichtige Funktion zukommen. Die Mittel zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (sogenannte „QSL-Mittel“) werden zukünftig in voller Höhe in die Grundfinanzierung eingehen.

- Bei den Verhandlungen zum **Hochschulpakt 2020 mit dem Bund** muss die Planungshoheit bei den Ländern liegen.

- Unter unserer Führung hat sich durch massive bauliche Investitionen das Erscheinungsbild der Hochschulen grundlegend gewandelt. Diesen Zukunftsweg gehen wir weiter. Mit einem Programm **HEUREKA III** werden wir von 2027 bis 2030 zusätzlich eine Milliarde Euro für die Fortsetzung des erfolgreichen Hochschulbauprogramms und zum weiteren Abbau des Sanierungsbedarfs an den hessischen Hochschulen bereitstellen. Gleichzeitig werden wir das Programm „HEUREKA II“ im Zeitraum 2021 bis 2026 um 500 Millionen Euro verstärken.

- Die **Gremienstrukturen** der Hochschulen wollen wir nicht verändern. Allerdings werden wir – gemeinsam mit den Hochschulen – prüfen, welche rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen vorliegen müssen, um Gremienwahlen online durchführen zu können.

- Wir wollen die Zuschüsse für die **Studentenwerke** weiter ausbauen. Ab 2020 soll der jährliche Zuschuss um eine Million Euro für allgemeine Zwecke steigen. Zusätzlich wird es spezielle Mittel für Kinderbetreuung an den Hochschulen geben.

- Die **Förderung von Wohnungen für Studierende** bleibt ein Schwerpunkt der Wohnungsbauförderung des Landes. Dazu werden wir das erfolgreiche Programm „Studentisches Wohnen“ fortsetzen und weiter erhöhen.

- Wir wollen erreichen, dass mehr unbefristete **Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau** geschaffen werden, und darauf hinwirken, dass die Hochschulen im Rahmen ihrer Autonomie den Mittelbau insgesamt stärken.
- Die **Qualität der Lehre** spielt eine entscheidende Rolle für Studienleistungen und Studienerfolg. Sie ist daher wesentlicher Teil der Bemühungen, die Studienerfolgsquoten insgesamt zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch Anreize für (Teil-)Systemakkreditierungen an weiteren hessischen Hochschulen setzen.

- An dem Modellversuch zur befristeten **Verleihung des Promotionsrechtes** an forschungsstarke Fachgebiete von **Hochschulen für angewandte Wissenschaften** halten wir fest und werden ihn zu gegebener Zeit auswerten. Eine qualitätsgesicherte Entfristung des Verleihungsrechts bei erfolgreicher Evaluation streben wir an.

- Das **duale Studium** in Hessen werden wir weiterhin unterstützen, auch um seine regionale Präsenz gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren zu stärken und bedarfsgerecht auszubauen.

- Den Pilotversuch zum **Orientierungsstudium** wollen wir fortsetzen. Stärker noch als bislang sollen die Hochschulen überdies die Studienberatung und Studienorientierung als permanenten Prozess begreifen. Wir unterstützen es, diesen adressatengerecht weiter auszubauen.

- Den derzeitigen Modellversuch der **Hochschulzugangsberechtigung für beruflich Qualifizierte** werden wir fortsetzen. Dieses deutschlandweit einmalige Modell stärkt die Rolle des beruflichen Bildungswesens. Es bleibt weiterhin unser erklärtes Ziel, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen auszubauen und die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung zu gewährleisten.

- Gemeinsam mit dem Bund wollen wir das **BAföG ausbauen** und die Leistungen deutlich verbessern.

- Wir werden die Anschlussfinanzierung des Bund-Länder-Programmes zur Förderung des **wissenschaftlichen Nachwuchses** gewährleisten. Wir werden die dazu gestarteten Initiativen unserer Hochschulen weiter unterstützen.

- Wie schon im aktuellen hessischen Hochschulpakt werden wir auch für die Zeit ab 2021 eine zukunftsträchtige und verantwortungsvolle **Personalentwicklung an den hessischen Hochschulen** sicherstellen.

- Die Stipendienkultur in Deutschland hat in den vergangenen Jahren einen großen Aufschwung erlebt. Dazu gehört insbesondere auch das **Deutschlandstipendium**. Wir unterstützen diesen erfreulichen Prozess an unseren Hochschulen.

- Die Arbeit mit den **Alumni der Hochschulen** sichert den Austausch von Menschen, die ihren beruflichen Erfolg der Hochschule verdanken, mit ihrer Alma Mater. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die zunehmenden Aktivitäten der hessischen Hochschulen, die diesen Weg keineswegs nur finanziell, sondern vor allem auch ideell nutzen.

- Mit einem neuen „**Digitalpakt Hochschule**“ werden wir den digitalen Wandel auch in Wissenschaft, Forschung und Lehre begleiten. Der Ausbau der Hochleistungsrechnerinfrastruktur zählt ebenso dazu wie freies WLAN an den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

- Wir werden uns auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die Studierenden und Schüler in Hessen **digitale Lerninhalte** rechtssicher, unbürokratisch und kostenfrei nutzen können und der Zugang zu urheberrechtlich geschützten Schriftwerken unkompliziert möglich ist.

- Auch an den Hochschulen ermöglicht die Digitalisierung völlig neue Formen des Lernens und des wissenschaftlichen Arbeitens. Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir Modelle der Kombination von präsenzorientierten und orts- bzw. zeitunabhängigen Lern- und Studienformen (z.B. sogenannte **„Inverted Classroom-Angebote“)** umsetzen.

Wie wir in Hessen sicher leben

Freiheit gibt es nur mit Sicherheit. In Hessen hat unter Führung der CDU die Sicherheit oberste Priorität. Unsere Sicherheitspolitik fußt auf Erfahrung, Verantwortung und klaren Prinzipien. Die Kriminalität ist in Hessen auf den niedrigsten Stand seit fast 40 Jahren gesunken. Bundesweit liegen wir damit auf Platz 3. Gleichzeitig werden so viele Verbrechen aufgeklärt wie noch nie. Mit unserer Einstellungsoffensive bei Justiz und Polizei haben wir Maßstäbe gesetzt. Wir haben so viele Polizisten in Ausbildung wie noch nie. Wir werden die Personalstärke der Polizei auf hohem Niveau halten und bei Bedarf weiter ausbauen, nicht zuletzt angesichts neuer Herausforderungen. Und wir tun alles dafür, unsere Polizei modern auszustatten.

Null Toleranz gegenüber Verbrechern
Wir wollen die Aufklärungsquote von Straftaten weiter erhöhen und unsere Spitzenposition beim Kampf gegen Kriminelle weiter ausbauen. Es darf keine Entkriminalisierung von Straftaten geben, auch nicht beim Ladendiebstahl und sogenannter „Kleinkriminalität“. Die Menschen müssen in ihren eigenen vier Wänden sicher leben, daher wird der Kampf gegen Wohnungseinbrüche weiterhin ein Schwerpunkt der hessischen Innenpolitik sein. Auf Straßen, Plätzen, auf dem Schulweg, beim Einkauf oder in den Öffentlichen Verkehrsmitteln müssen sich Menschen sicher bewegen können.

Mehr Polizei auf Straßen und Plätzen
„Die Polizei – mein Freund und Helfer“ – auf dieses bewährte Leitbild sollen sich die Menschen weiterhin verlassen können. Mehr Personal für die Polizei ist ein Mehr an sichtbarer Präsenz auf unseren Straßen und Plätzen. Eine gute Bezahlung und optimale Rahmenbedingungen sind unerlässlich, um auch in Zukunft engagierte Menschen für diesen Dienst an der Gemeinschaft zu gewinnen. Ebenso wollen wir eine angemessene Ausstattung von Bundespolizei an Bahnhöfen und Flughäfen. Die Polizeiwachen im ländlichen Raum stärken wir. Ebenso setzen wir mehr Polizei in Innenstädten und Problemvierteln ein. Wir werden verhindern, dass in unserem Land sogenannte „No-Go-Areas“ entstehen.

Fahndung und Ausstattung auf der Höhe der Zeit
Unsere Polizei muss in der Ausstattung, aber auch in den Methoden, immer auf der Höhe der Zeit sein. Der Rechtsstaat darf nicht hinter den technischen Möglichkeiten seiner Feinde zurückstehen. Wir brauchen die jeweils neusten Ermittlungsmöglichkeiten, um Gefahren abzuwehren und Täter zu ergreifen. Das Polizeigesetz wird daher weiter modernisiert, auch mit Blick auf die Herausforderungen im digitalen Zeitalter. Wir setzen auf präventive Maßnahmen, um Straftaten zu verhindern. Die Videoüberwachung ist ein sinnvolles Instrument, um Täter zu überführen und abzuschrecken.

Polizei, Strafvollzug, Feuerwehr und Rettungskräfte verdienen Respekt
Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte verdienen Anerkennung, Schutz und Respekt für ihren gefährlichen Einsatz. Wer den Kopf für diesen Staat hinhält, hat die volle Unterstützung unserer Gesellschaft verdient. Keiner darf wegsehen, wenn Hilfskräfte angegriffen oder an ihrem Einsatz gehindert werden. Hierzu hat Hessen auf Bundesebene die Einführung des „Schutzparagraphen“ vorangetrieben und die „Schutzschleife“ als Symbol der Unterstützung aufgelegt. Wir werden nicht nachlassen uns dafür einzusetzen, dass Angriffe auf Polizei-, Strafvollzugs- und Rettungskräfte mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr geahndet werden müssen. Unsere Gesellschaft muss sich auch klar dafür einsetzen, dass Angriffe und Bedrohungen nicht nur gegenüber Hilfskräften, sondern auch deren Familien ein tabu sind.

Den Rechtsstaat stark halten
Wir stehen zu unserem freiheitlichen Rechtsstaat, auf den sich die Menschen verlassen können. Angesichts neuer Herausforderungen in der digitalen Welt, neuer Kriminalitätsformen und terroristischer Gefahren werden wir mit einer angemessenen Zahl von Richtern und Staatsanwälten reagieren. Ein besonderes Augenmerk muss auf der Bekämpfung der Jugendkriminalität liegen. Die Gesetze müssen verschärft werden, damit nicht weiter für Terror im Internet öffentlich geworben wird. Wir wollen gerade in diesem Bereich neue Wege bei der Prävention und Wiedereingliederung gehen.

Extremismus und Terror kompromisslos bekämpfen
Extremisten jedweder Richtung sind Gegner unseres Staates. In Hessen stoßen sie auf unseren erbitterten Widerstand. Gefährder gehören hinter Schloss und Riegel, das heißt in polizeilichen Präventivgewahrsam, solange dies verfassungsrechtlich möglich ist. Mit unseren konsequenten Maßnahmen gegen Hassprediger und Salafisten haben wir entschlossen gehandelt. Wir werden unsere Anstrengungen ausbauen und die nationale und internationale Zusammenarbeit gegen den Terror verbessern. Dazu zählt auch ein moderner, gut ausgestatteter Verfassungsschutz. Er ist Teil unseres wehrhaften Rechtsstaates.

Opferschutz vor Täterschutz
Es muss der Grundsatz gelten: Opferschutz vor Täterschutz. Noch stärker als bisher werden wir dafür Sorge tragen, dass die Opfer von Gewalt unsere Solidarität erfahren. Gerade auch die Opfer von Sexualdelikten, Hassgewalt und häuslicher Gewalt haben wir im Blick. Keine Toleranz darf es gegenüber Gewalt gegen Kindern geben – wer sich nicht selbst helfen kann, verdient unseren Schutz in besonderem Maße.

Auch Sicherheit muss 4.0 sein
Die Sicherheit steht in Zeiten der Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Kriminelle werden immer mehr mit digitalen Methoden versuchen, Institutionen, Menschen und Gruppen zu schädigen. Sie stoßen in Hessen auf eine starke Cybersicherheitsstruktur, die auch zukünftig modern ausgestattet und optimal vernetzt sein wird. Diese werden wir ebenso ausbauen wie neue Methoden, um digitalen Langfingern auf die Schliche zu kommen. Sicherheit muss zur neuen Sicherheit 4.0 weiterentwickelt werden. Mit dem europaweit führenden Cyber-Sicherheitszentrum „CRISP“ in Darmstadt verfügen wir über die dazu notwendige professionelle Expertise. Mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) haben wir zudem eine der schlagfertigsten staatsanwaltschaftlichen Einheiten in ganz Europa.

Für einen sicheren Justizvollzug
Wir stehen für einen sicheren und effektiven Justizvollzug. Wir haben den Justizvollzug erheblich personell gestärkt. Wo es notwendig ist, werden wir dies ebenso fortsetzen wie unser Sanierungs- und Investitionsprogramm für hessische Vollzugsanstalten. Bei der Resozialisierung setzen wir weiter auf effektive und innovative Konzepte, Das von uns geschaffene Netzwerk Deradikalisierung im Strafvollzug (NeDiS) werden wir ausbauen und so unsere Spitzenposition in Deutschland behaupten.

Zuzug steuern und begrenzen
Der Zuzug von Migranten und Flüchtlingen muss begrenzt und gesteuert werden. Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt. Die Klärung der Identität muss vor der Einreise stehen. Die Verfahren müssen zügig und verbindlich sein. Der Familiennachzug wird nicht allgemein, sondern nach einer sehr individuellen Prüfung erfolgen. Und insgesamt gilt: Asyl ist ein Recht auf Zeit. Wer sein Gastrecht missbraucht, indem er unsere Regeln missachtet, muss unser Land verlassen. Dies gilt in besonderem Maße für Straftäter. In unserem Land gelten unsere Regeln. Daher werden wir den Asylmissbrauch energisch bekämpfen. Wir wollen keine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme.

Bekenntnis zur Bundeswehr

Unser Respekt gilt den Frauen und Männern in der Bundeswehr, die für die Sicherheit und Freiheit unseres Landes auch von vielen Standorten in Hessen aus ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen. Wir betrachten uns als Garant für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Landeskommando Hessen der Bundeswehr, unserem Land und seinen Bürgern. Die Bundeswehr ist auf der Basis ihres Konzepts des Staatsbürgers in Uniform Partner unserer Schulen. Wir treten weiterhin für die Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr in den Schulen ein. Dies gilt auch für deren Auftreten im Unterricht als Experten für internationale Beziehungen hinsichtlich der werteorientierten Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für die innere Sicherheit

Modernste Ausstattung und Instrumente der Polizei

- Um den Polizeiberuf attraktiv zu halten, müssen Polizisten optimal ausgestattet werden. Wir werden mit einer weiteren **Ausstattungsoffensive** unsere Polizei technisch auf ein noch höheres Niveau bringen. Dazu gehört auch die landesweite Ausstattung aller Einsatzkräfte mit Bodycams, Tablets und Handys mit modernen Software-Apps, die Lagebilder, Ermittlungsinstrumente und vor allem Auskunftssysteme beinhalten. Wir werden zudem die Dienststellen mit weiteren Distanz-Elektroimpulsgeräten (sog. Taser) ausstatten.

- Wir wollen das Instrument der **Videoüberwachung** für eine effektive Gefahrenabwehr noch besser nutzen. An Gefahrenpunkten, wie etwa auf Flughäfen, Bahnhöfen, in Sportstätten, Einkaufszentren und Packstationen, wollen wir den Einsatz von intelligenter Videosicherheitstechnik ausweiten, um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser aufklären zu können.

- Mithilfe moderner Technik, wie zum Beispiel durch **Gesichtserkennung,** wollen wir öffentliche Fahndungen noch schneller zum Erfolg führen.

- Polizei- und Sicherheitsbehörden müssen mit **modernsten Ermittlungsmethoden und -instrumenten** arbeiten können. Dazu gehören verdachtsunabhängige Personenkontrollen, die Schleierfahndung, der Einsatz automatischer Kennzeichenlesegeräte ebenso wie die Einführung heimlicher Betretungsrechte zur Sicherstellung von TKÜ-Maßnahmen und die Überwachung der verschlüsselten Internetkommunikation von Tatverdächtigen unter Maßgabe klar geregelter Voraussetzungen. Dies erfordert eine rechtliche Gleichbehandlung von Telemediendienstanbietern wie Facebook oder WhatsApp mit Telekommunikationsanbietern. Hier haben wir bereits vieles für unsere Sicherheit erreicht. Regelungen zum so genannten IP-Tracking im Polizeieinsatz zur Verhinderung von Anschlags- und Amokgefahren, die Nutzung von LKW-Mautdaten und ein konsequenterer Einsatz von Videotechnik werden diese hervorragende Grundlage ergänzen.

- Wir wollen den Sicherheitsbehörden wieder die Möglichkeit zur **Abfrage von Telekommunikationsdaten** zur Ermittlung von in der Vergangenheit liegenden Standortdaten zur Verfügung stellen.

- Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, **Alkoholverbote im Öffentlichen Raum** auszusprechen und sogenannte **Waffenverbotszonen** in bestimmten Stadtgebieten insbesondere im Umfeld von Kindergärten, Schulen und dem ÖPNV, einzurichten, indem hierfür die bundesrechtlichen Grundlagen geschaffen werden.

- Im Rahmen der Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit garantieren wir den Erhalt der erfolgreichen Arbeit in den **Hessischen Polizeipferde- und Hundestaffeln.**

- Unsere Anstrengungen zur Vergütung von Mehrarbeitsstunden bei der **hessischen Polizei** setzen wir fort. Weitere Stellenhebungen bei der Polizei sollen auch in der Zukunft ein Maximum an Beförderungsmöglichkeiten ermöglichen.

- Neben der personellen und technischen Ausstattung werden wir gezielt die **Polizeiliegenschaften** weiter **ausbauen und modernisieren**, um für die Polizeibeamten ein modernes und zweckmäßiges Arbeitsumfeld sicherzustellen.

- Neben der personellen und technischen Ausstattung werden wir gezielt die **Polizeiliegenschaften** durch ein **Modernisierungsprogramm** weiter ausbauen und modernisieren, um den Polizeibeamten ein modernes und zweckmäßiges Arbeitsumfeld zu schaffen.

Kriminalitätsbekämpfung auf der Höhe der Zeit

- Das Sicherheitsgefühl der Menschen im Alltag ist uns ein Kernanliegen. Für das Vertrauen in die Sicherheit ist die sichtbare Präsenz der Polizei ganz entscheidend. Die Menschen in Hessen erwarten verlässliche Ansprechpartner bei der Polizei vor Ort. Wir wollen daher **300 zusätzliche Stellen** schaffen, damit in jeder hessischen Kommune ein sog. **„Schutzmann vor Ort“** den Bürgern, der örtlichen Verwaltung sowie Gewerbetreibenden als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

- Damit in Hessen keine Angsträume oder No-Go-Areas entstehen, brauchen wir auch weiterhin genügend Polizisten auf der Straße. Sie müssen bei Tag und Nacht sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens sein, um Straftaten zu verhindern und Kriminelle schneller fassen zu können. Wir wollen daher **zusätzliche 300 Stellen** schaffen, um gezielt Innenstadtbereiche besser vor **Straßenkriminalität** zu schützen, aggressives Betteln und Belästigungen zu verbannen und Veranstaltungen zu schützen.

- Wer Diebstähle oder Angriffe im öffentlichen Personennahverkehr, Verwahrlosungen von Haltestellen, verschmutzte Verkehrsanlagen oder Schmierereien erlebt, fühlt sich nicht sicher. Wir treten dem entschieden entgegen und wollen durch **weitere 300 Stellen** eine noch stärkere Präsenz der Polizei im öffentlichen Personennahverkehr schaffen. Die Präsenz von Ordnungskräften wirkt auf potentielle Täter abschreckend, vorbeugend und trägt zur Aufklärung bei. Wir setzen auf Sicherheit durch Stärke.

- Das **Erfolgsmodell des freiwilligen Polizeidienstes** wollen wir deshalb fortsetzen und weiter ausbauen.

- Jeder **Wohnungseinbruchsdiebstahl** ist ein empfindlicher Eingriff in die Privatsphäre, den wir nicht akzeptieren. Wir wollen unsere erfolgreiche Offensive gegen diese Form der Kriminalität fortsetzen und weiter ausbauen. Um besser gegen gut organisierte Einbrecherbanden vorzugehen, wollen wir die **DNA-Analyse sowie die Telekommunikationsüberwachung** bei diesen Straftaten zulassen.

- Kriminelle Clans und Rockergruppen sowie die Mafia werden in Hessen auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. Wir dulden keinen **Menschen-, Drogen-, Waffenhandel oder andere Formen der Organisierten Kriminalität**.

- Nach der Verschärfung des Strafrechts zur **Ahndung illegaler Autorennen** werden wir gemeinsam mit dem Deutschen Motorsportbund, dem ADAC und weiteren Akteuren ein hessisches Präventivprogramm für jugendliche Raser auflegen.

- Wir wollen **Drogenkriminalität** weiter wirksam bekämpfen. Die Grenze für den straflosen Eigenbesitz von Drogen werden wir nicht aufweichen.

- Wir werden weiterhin **altersgruppenspezifische Kriminalität** durch Präventionsarbeit und gezielte Verfolgung bekämpfen. Vom **Cybergrooming** an Minderjährigen – hier wollen wir schon den Versuch unter Strafe stellen – bis hin zu Betrugsmaschen gegen Senioren wie dem **Enkeltrick**, sind wir bei der Verfolgung auf der Höhe der Zeit.

Maßnahmen auf Bundesebene

- Wir setzen uns für eine bundesweite verbindliche **Wiedereinführung der Buchführungspflicht im Pfandleihgewerbe** und Gebrauchtwarenhandel ein, um den Absatz von Diebesgut zu erschweren. Dies dient insbesondere der Bekämpfung der Eigentumskriminalität bzw. der Hehlerei.

- Wir setzen uns für ein **zentrales Bundesmelderegister** ein. Eine moderne und bürgernahe Verwaltung zeichnet sich im Zeitalter der Informationstechnik und Digitalisierung durch medienbruchfreie Verfahren und einen reibungslosen Datenaustausch aus. Um auch im Meldewesen der rasanten Entwicklung Stand zu halten und die Leistungen für die Bürger sowie Unternehmen effizienter zu gestalten, werden wir ein zentrales Bundesmelderegister schaffen. Damit soll ein verbesserter Datenaustausch/-abgleich mit anderen Registern, z.B. dem Ausländerzentralregister, verbunden werden.

- Wir wollen die **Regelungen der Strafprozessordnung zur DNA-Identitätsfeststellung** so ändern, dass auch äußere Körpermerkmale, wie zum Beispiel Augenfarbe und Haarfarbe, bei schweren Verbrechen ausgelesen und zur Überführung von Straftätern verwendet werden dürfen.

- Wir wollen eine tragfähige Rechtsgrundlage zur **Vorratsdatenspeicherung** unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichtes schaffen.

- Wir wollen die Strafbarkeit im Bereich der **Kindesentführung** und für die **Verschaffung kinderpornografischen Materials** verschärfen.

- Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine stärkere **Zusammenarbeit bei der Durchführung von nachrichtendienstlichen Maßnahmen**, wie beispielsweise der Telekommunikationsüberwachung, ein.

- Wir unterstützen die Anstrengungen der EU zur Herstellung der **Vernetzung der Informationssysteme**: Die bisher getrennten Daten in EURODAC, dem Visa-Informationssystem, dem Schengen-Informationssystem und dem zu entwickelnden Einreise-/Ausreise-System und dem Europäischen Reise-Informations- und Genehmigungssystem (ETIAS) sowie auch das einheitliche Polizeisystem INPOL müssen so verknüpft werden, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden durch eine Nachfrage alle zur Verfügung stehenden Informationen abfragen können.

- Wegen der Ausrüstungsdefizite bei der durch den Bund zu gewährleistenden **Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder** fordern wir eine Erhöhung der Finanzmittel des Bundes.

- Wir setzen uns dafür ein, durch den Bund bessere Möglichkeiten zur Ausgestaltung des hessischen **Versammlungsgesetzes** zu schaffen und für eine Reform des Vereinsgesetzes, um extremistische Bestrebungen unter dem Deckmantel des Versammlungs- oder Vereinsgesetzes besser unterbinden zu können.

- **Einbürgerungen von Extremisten** müssen verhindert oder – soweit rechtlich möglich – rückgängig gemacht werden. Wer für eine Terrormiliz gekämpft hat und neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, muss die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Hierfür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen.

- Wir wollen die **Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen** bundesgesetzlich unter Strafe stellen. Für die Unterstützung von terroristischen Vereinigungen wollen wir eine Versuchsstrafbarkeit einführen. Wenn sich erhärtet, dass Extremisten in Deutschland aus bestimm-

ten Staaten ideologische Unterstützung erhalten, sind weitere adäquate Abwehrinstrumente wie beispielsweise Einreiseverbote für salafistische Prediger aus dem Ausland erforderlich.

Opferschutz und Prävention

- In Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Opferschutzverbänden werden wir an der stetigen Verbesserung der **Opferbetreuung** arbeiten. Wir stellen sicher, dass Opfer von Gewalt angemessen unbürokratisch entschädigt werden und setzen die vorhandenen Instrumente wie die psychosoziale Prozessbegleitung für Frauen und Kinder weiter fort.

- Wir werden den Zugang zu **Opferschutzangeboten** verbessern. Das Adhäsionsverfahren werden wir stärken.

- Wir wollen Einrichtungen und Projekte fördern und stärken, die sich **Hassgewalt entschieden entgegenstellen** und durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung leisten.

- Wir werden den Opferschutz auch auf die **Unterstützung von Menschen nach Terroranschlägen** vorbereiten.

- Die **Präventionsarbeit** werden wir weiter ausbauen. Kriminalprävention ist aktiver Opferschutz. Wir werden die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Extremismus und Internetkriminalität mittels moderner Medien gestalten. Die Gruppe der Älteren werden wir stärker in die Präventionsarbeit einbeziehen.

Kampf gegen Extremismus und Stärkung des Verfassungsschutzes

- Mit der vollzogenen **Aufstockung des Verfassungsschutzes** sind wir für die Aufgaben der Zukunft, die Bekämpfung aller Formen des Extremismus und die sich aus der globalen Gefährdungslage und dem Flüchtlingszuzug erwachsenen Herausforderungen bestens gewappnet. Hierzu zählen neben Rechts- und Linksextremisten sowie islamischen Fundamentalisten auch die sogenannten „Reichsbürger", die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung in Frage stellen und den Bestand der Bundesrepublik Deutschland bekämpfen.

- Wir wollen auch im Hessischen Verfassungsschutzgesetz Regelungen zur **Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) und zur Onlinedurchsuchung** im Einklang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz einführen.

- Wir werden beim **Vorgehen gegen Hassprediger und Gefährder** alle vereins-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Instrumente ausschöpfen und bei Bedarf erweitern.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die **Sicherheitsbehörden der Länder** und der EU-Mitgliedstaaten ihre Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder automatisiert untereinander austauschen.

- Wir wollen **Gefährder länger als bisher in Präventivgewahrsam** nehmen. Die präventiven Eingriffsbefugnisse gegen Gefährder wie Hausarreste, Vermögenseinziehung, Online-Durchsuchung und Wohnraumüberwachung wollen wir insgesamt ausbauen.
- Wir werden darauf hinwirken, die beteiligten Behörden zu verpflichten, bei der Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei im **Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum des Bundes und der Länder (GTAZ)** ausreichend Personal zur Verfügung zu stellen.

- Auch **Extremismus, der unter dem Deckmantel der Kultur** daherkommt, muss erkannt und konsequent bekämpft werden.

- Wir wollen auf Bundesebene eine gemeinsame **Verbunddatei zum gewaltorientierten Linksextremismus** nach dem Vorbild der bestehenden Verbunddateien zum Antiterror und Rechtsextremismus einführen.

- Nachdem wir in Hessen bereits erfolgreich spezielle Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus und gegen Salafismus aufgelegt und umgesetzt haben und diese mit großer Kraft weiterverfolgen, wollen wir **Präventionskonzepte** erarbeiten, die sich speziell **gegen Linksextremismus** richten und zur gesellschaftlichen Aufklärung über dessen Gefahren beitragen.

- Wir halten es für notwendig, dass der Verfassungsschutz – orientiert an der Strafmündigkeit – künftig **Jugendliche bereits ab 14 Jahren überwachen** darf.

Bekämpfung von Cyberkriminalität

- Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und hessischen Wirtschaft wird durch gezielte Spähangriffe fremder Nachrichtendienste und internationaler Konkurrenz schwer geschädigt. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sind häufig nur unzureichend geschützt. Um die steigende **Wirtschaftskriminalität im Cyberbereich** effektiv zu bekämpfen, stellen wir unsere Staatsanwaltschaften und Ermittlungsbehörden modern auf.

- In der **Landesverwaltung haben wir auf die Herausforderungen im Cyberraum** bereits frühzeitig reagiert und umfassende Sicherheits- und Maßnahmenprogramme eingerichtet. Dies setzen wir fort.

- Das gemeinsame IT-Zentrum **„Hessen3C" (Hessen Cyber Competence Center)** werden wir weiterentwickeln, um durch die Bündelung fachlicher Expertise von Polizei, Landeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz und weiteren IT-Spezialisten optimal auf Cyberkriminalität reagieren zu können. Dazu gehört auch der Aufbau einer **schnellen Notfall-Eingreiftruppe** (Computer Emergency Response Team). Datenschutz und IT-Sicherheit gehören zusammen. In einem Hessischen IT-Sicherheitsgesetz werden wir die rechtlichen Grundlagen für eine effiziente Cybersicherheit schaffen. Die besondere Expertise des europaweit führenden Cyber-Sicherheitszentrums CRISP in Darmstadt werden wir nutzen. Die gebündelten Kompetenzen sollen Bürgern, Wirtschaft, Kommunen und Verwaltung gleichermaßen zu Gute kommen.

- Die polizeiliche Ermittlungsarbeit, Spurensicherung und effektive Strafverfolgung müssen auch im Internet auf der Höhe der Zeit sein. Wir werden deshalb eine **Taskforce Digitalforensik** beim Hessischen Landeskriminalamt einrichten. Wir wollen zudem eine Rechtsgrundlage schaffen, die es ermöglicht, grenzüberschreitend beweiserhebliche Daten zu sichern.

- Wir setzen uns dafür ein, europaweit verpflichtende Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit von mit dem Internet verbundenen Alltagsgeräten **(Internet der Dinge)** zu entwickeln und ein europaweit gültiges Zertifizierungssystem aufzubauen. Wir wollen, dass bundesweit eine Ausweitung der Produkthaftung (Pflicht zur Einhaltung von Mindeststandards für die IT-Sicherheit, Pflicht zur Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit durch Updates) vorgenommen wird und Zertifizierungssysteme entwickelt werden. Zudem soll eine „Schwarze Liste" für Hersteller und Produkte, die korrumpiert wurden, veröffentlicht werden. Wir setzen uns für die Einführung einer Haftung der Verantwortlichen für Produkte künstlicher Intelligenz ein, wenn hieraus Rechtsverstöße resultieren.

- Bewährte deutsche und europäische IT- und Datensicherheitsstandards müssen in der globalisierten Welt gestärkt und erhalten werden sowie insbesondere bei der Herstellung und Auslieferung von Produkten durchgesetzt werden **(„Security by design and default").**

- Wir wollen unsere Bürger wirksam vor **Botnetzen**, dem illegalen Kapern und Vernetzen von Computern zu kriminellen Handlungen, schützen, indem wir eindeutige Rechtsgrundlagen schaffen, die es gestatten, infizierte Rechner zu säubern und die Kommandoserver abzuschalten. Den digitalen Hausfriedensbruch wollen wir ebenso wie das Betreiben krimineller Infrastrukturen im Netz unter Strafe stellen.

- Wir wollen eine **Rechtsgrundlage schaffen, um zur Durchführung einer Quellen-Telekommunikationsüberwachung oder einer Online-Durchsuchung** Daten verdeckt durchsuchen sowie die Wohnung, in der sich das informationstechnische Zielsystem befindet, ohne Einwilligung betreten und durchsuchen zu können.

- Wir wollen, dass der Bund künftig auch mit **Gegenangriffen auf Cyberattacken** reagieren darf. Dieses Instrument ist angesichts steigender Gefahren im Internet und wiederholter Bedrohungslagen erforderlich.

- Wir wollen den **Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf E-Mails** regeln und hierfür die Regeln zur Postbeschlagnahme in § 99 StPO zur Anwendung bringen.

- Wir wollen die **Kriminalität im Darknet** bekämpfen. Deshalb werden wir es verdeckten Ermittlern im Internet ermöglichen, digitale Identitäten von Straftätern zu beschlagnahmen und weiterzuführen, um so effektiv gegen die Darknet-Kriminalität vorgehen zu können. Das Betreiben krimineller Handelsplätze im Darknet stellen wir unter Strafe. Internetzugangsanbieter werden wir verpflichten, alle zur Identifizierung der Kunden benötigten Daten vorzuhalten und Stillschweigen über polizeiliche Ermittlungsarbeiten zu wahren.

- Wir wollen durch die **Einführung des Marktortprinzips für ausländische Internetdienste** in der StPO die Rechtsdurchsetzung und die Effektivität der Strafverfolgung von Cybercrime-Straftaten verbessern. Ausländische Provider sollen verpflichtet werden, in Deutschland Ansprechstellen für die Strafverfolgungsbehörden zu unterhalten.

- Wir wollen den **Strafrahmen für den Besitz von Kinderpornographie** von drei auf fünf Jahre erhöhen, um Kinder im Internet besser zu schützen, die Effektivität der Strafverfolgung pädophiler Täter zu erhöhen und Wertungswidersprüche im StGB zu beseitigen.

- **Handynutzer müssen** – egal ob als Vertragskunden oder mit Prepaid-Geräten – **identifizierbar sein**. Dies wollen wir sowohl mit Blick auf die Bekämpfung des Terrors als auch im Kampf gegen die Internetkriminalität sicherstellen.

- Wir werden weiter intensiv gegen **Hasskommentare im Netz** vorgehen. Das Netz darf nicht dazu beitragen, dass Menschen im Schutz der Anonymität Straftaten und Beleidigungen begehen.

Stärkung des Brand- und Katastrophenschutzes

- Die CDU Hessen steht seit jeher für eine **optimale Ausstattung des Brand- und Katastrophenschutzes**. Wir haben hier in den vergangenen Jahren massive Mittel investiert.

- Die derzeitige **Rekordförderung für den Brand- und Katastrophenschutz** muss fortgesetzt werden. Wir wollen die heutigen Fördersummen für Haupt- und Ehrenamt erhalten. Von der Förderung der Löschzwerge bis hin zu modernsten Atemschutzmasken für Einsatzkräfte sorgen wir für eine gute Ausstattung.

- Beim Bund werden wir darauf drängen, dass dieser seinen Verpflichtungen im Rahmen des **ergänzenden Katastrophenschutzes** besser gerecht wird. Die Konzeption ‚Zivile Verteidigung' des Bundes zur Sicherstellung von Verteidigungsfähigkeit und Zivilschutz wollen wir umsetzen.

- Damit ehrenamtliches Engagement im Brand- und Katastrophenschutz auch in Zukunft funktionieren kann, brauchen wir mehr junge Menschen in den Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und Hilfsorganisationen. Hierzu werden wir eine **Landesoffensive zur Nachwuchsgewinnung** starten. Auch werden wir die Zusammenarbeit von Feuerwehren und Kindertagesstätten und Schulen durch enge Kooperationen ausbauen, um erfolgreiche Jugendarbeit sowie Brandschutzerziehung und -aufklärung gleichermaßen zu erreichen. Die Ausbildungskapazitäten werden wir auf hohem Niveau erhalten und vor allem die vorbildliche Landesfeuerwehrschule und das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum weiter stärken. Um das Ehrenamt bei den Hilfskräften zu stärken, wollen wir unter anderem die Kampagnen zur gesellschaftlichen Unterstützung fortsetzen, unnötige Bürokratie abbauen und die so genannten Anerkennungsprämien zeitgemäß anpassen.

- Feuerwehren sind bereits heute durch die Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgabe, Menschen in Not schnell und effektiv Hilfe zu leisten, schon vor große Herausforderungen gestellt. Um ihnen die erforderlichen Freiräume für die Wahrnehmung dieser verantwortlichen Aufgabe zu schaffen, wollen wir verstärkt rechtliche Vorschriften überprüfen, um bürokratische Anforderungen soweit als möglich zu reduzieren. Dort wo auf Standards nicht verzichtet werden kann, sollen den **Feuerwehren Hilfestellungen** gegeben werden, wie diese Aufgaben künftig effektiver und weniger zeitaufwendig erledigt werden können.

- Wir wollen den Feuerwehren durch den Einsatz moderner Lichttechnik an Feuerwehrfahrzeugen, eine **bestmögliche Absicherung der Einsatzstelle** sowie eine effektive Ableitung des fließenden Verkehrs zum Schutz von Unfallbeteiligten und Einsatzkräften zu erreichen.

- Wir wollen gleiche **Voraussetzungen für die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen** im Feuerwehr- und Katastrophenschutz für Beschäftigte in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst schaffen.

.... für Recht und Justiz

- Nur ein starker Rechtsstaat sichert unsere Freiheit und Demokratie. Wir werden das **Hessische Justizaufbauprogramm** fortführen und unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften auf alle aktuellen Herausforderungen vorbereiten. Unser Ziel ist, Verfahren zu beschleunigen und moderne Arbeitsplätze für das 21. Jahrhundert zu schaffen. Dazu gehören **innovative Arbeitszeitmodelle** ebenso wie Hessenbüros und Heimarbeitsplätze. Wir werden zudem eine Nachwuchskampagne für die Hessische Justiz starten.

- Die **Häuser des Jugendrechts** werden wir weiter fördern und ausbauen. Dabei werden wir auch auf innovative Modelle wie die Digitalen Häuser des Jugendrechts setzen, um Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfen zum Beispiel im ländlichen Raum besser zu vernetzen. Wir werden das erfolgreiche **Projekt „Schule des Respekts“** weiter ausbauen und landesweit in Zusammenarbeit mit den Kommunen fördern, um kriminelle Karrieren von Jugendlichen frühzeitig abzubrechen.

- Den **Justizstandort Frankfurt am Main** wollen wir stärken. Mit der Schaffung einer **englischsprachigen Kammer** und zivilprozessualen Änderungen werden wir die Chancen des Brexit nutzen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass eine **Regionalkammer der Europäischen Staatsanwaltschaft** nach Frankfurt am Main kommt.

- Zum Schutz der **Unabhängigkeit der Justiz** werden wir alle Bewerber für die hessische Justiz auf eine extremistische Einstellung hin überprüfen.

- Wir werden die **Sicherheitsinfrastruktur an Gerichten und Staatsanwaltschaften** weiter verbessern.

- Wir werden die Justiz konsequent digitalisieren. Die **Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs** bis zum Jahr 2026 werden wir umsetzen. Dabei werden wir konsequent darauf achten, dass die Qualität und Effizienz der Justiz erhalten bleibt und die Anwender die Vorteile der Digitalisierung nutzen können.

- Den **Digitalen Servicepoint der Justiz** wollen wir zu einem echten Dienstleistungs- und Servicezentrum des Rechtsstaats ausbauen. Wir werden in diesem Zusammenhang Modellprojekte wie den elektronischen Erbschein und die Zentrale Antragsannahme in einigen Verfahren durch den Digitalen Servicepoint auf den Weg bringen.

- Für einen besseren **Informationsaustausch zwischen Polizei und Justiz** werden wir länderübergreifend die rechtlichen und technischen Möglichkeiten verbessern. In Hessen gilt unsere Aufmerksamkeit nach der Beseitigung der rechtlichen Hemmnisse der Sicherstellung der technischen Ausstattung auf der Höhe der Zeit.

Strafvollzug

- Alle 16 bestehenden hessischen **Justizvollzugsanstalten sowie die Jugendarrestanstalt** werden wir erhalten und weiter modernisieren. Darüber hinaus werden wir den Bau einer **Jugendarrestanstalt in Nordhessen** prüfen.

- Wir werden in einem Modellprojekt **Bodycams auch im Strafvollzug** erproben.

- Die **Resozialisierung im Strafvollzug** heißt, auf ein Leben ohne Straftaten vorzubereiten. Straftaten zu verhindern, ist der beste Opferschutz. Wir werden deshalb im Strafvollzug weiter auf Bildung und Ausbildung setzen. Dazu gehört auch die Vermittlung der Deutschen Sprache. Wir halten an der Arbeitspflicht für Gefangene fest.

- Im **Jugendvollzug** werden wir weiter daran arbeiten, kriminelle Karrieren schnell abzubrechen.

- In den nächsten Jahren werden die Strafvollzugsanstalten mit einer großen Zahl von politischen und religiösen Extremisten konfrontiert sein. Das erfolgreiche **Projekt „Netzwerk Deradikalisierung im Strafvollzug – NeDiS“** werden wir weiter unterstützen und ausbauen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse über die extremistische Szene werden wir noch intensiver in der Präventionsarbeit außerhalb der Vollzugsanstalten einfließen lassen.

- Die **risikoorientierte Bewährungshilfe**, also die Orientierung an der Gefährlichkeit und Rückfallgefahr bei Straftätern auf Bewährung, hat sich bewährt. Daran werden wir festhalten.

- Wir wollen prüfen, ob der sogenannte **Warnschussarrest** zusätzlich zu Bewährungsstrafen auch für alle anderen Straftäter, auf die das Jugendstrafrecht keine Anwendung findet, ermöglicht werden kann.

Justizpolitische Forderungen

- An dem Instrument der **elektronischen Aufenthaltsüberwachung** („elektronische Fußfessel“) und der Elektronischen Präsenzkontrolle halten wir fest. Wir setzen uns für eine behutsame Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten ein, wie wir es zuletzt im Bereich islamitischer Gefährder erreicht haben.

- Wir begrüßen die Möglichkeit des **Führerscheinentzugs als allgemeine Strafe**. Gerade dort, wo Geldstrafen kein fühlbares Übel für die Straftäter darstellen, kann der Entzug des Führerscheins eine wirksame Alternative sein. Wir fordern deshalb eine konsequentere Umsetzung des Rechtsrahmens durch die Fahrerlaubnisbehörden und Strafgerichte.

- Wir wollen die Bevölkerung noch besser vor rückfallgefährdeten gefährlichen Sexual- und Gewalttätern schützen. Deshalb werden wir uns für die **Wiedereinführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung** einsetzen.

- Schwarzfahren und andere sogenannte Bagatellstraftaten wie Ladendiebstahl oder Unterschlagungen müssen weiter strafbar bleiben. Wir werden uns in solchen Fällen aber für eine Beschleunigung der Verfahren, beispielsweise durch ein **digitales Strafbefehlsverfahren** einsetzen.

- Bei der **Bekämpfung von häuslicher Gewalt** werden wir weiter auf eine innovative staatsanwaltschaftliche Arbeit setzen. Unbelehrbare Wiederholungstäter sollen mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden. Zudem wollen wir die Möglichkeit schaffen, gerichtsfeste Zeugenaussagen in Partnerkliniken aufzunehmen, um eingeschüchterten und traumatisierten Opfern die Aussage in einem geschützten Umfeld zu ermöglichen.

- Wir setzen uns für die **Reform des Pflegekinderwesens** ein, um Pflegeeltern zu stärken und Adoptionen zu erleichtern.

- **Paralleljustiz und Parallelgesellschaften** lehnen wir ab. Weder **Kinder- noch Mehrfachehen** werden wir in Hessen akzeptieren.

- Ein **Verbot der Gesichtsverhüllung im Gerichtssaal** unterstützen wir. Das bedeutet auch ein Kopftuchverbot für Referendarinnen und Schöffinnen.

- Für hessische Rechtsreferendare fordern wir die Einführung eines mehrtägigen, **verpflichtenden Polizeistreifenpraktikums**.

.... zur Steuerung und Begrenzung von Migration und Flüchtlingen

- Hessen wird auch in Zukunft seine humanitären und rechtlichen Verpflichtungen bei der Aufnahme von Menschen in Not achten. Gleichzeitig wollen wir Überforderungen vermeiden. Im europäischen Kontext werden wir weiter an der **innereuropäischen Zusammenarbeit in Flüchtlingsfragen** arbeiten und uns auch an Maßnahmen in Drittstaaten beteiligen.

- Wir stehen für die **Integration** der Menschen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, ohne Wenn und Aber. Diesen Menschen machen wir Angebote, dass sie sich voll in unsere Gesellschaft einbringen können. Es ist gleichzeitig unsere Überzeugung, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiterhin nur sicherstellen können, wenn die rechtsstaatlichen Instrumente gegenüber solchen Menschen, die kein Bleiberecht haben, auch Anwendung finden.

- Die ehrenamtlich Tätigen in den verschiedenen **Flüchtlingshilfe-Initiativen** sollen in ihrer Arbeit unterstützt werden.

- Wir haben in Gießen ein bundesweit vorbildhaftes **Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentrum**, an dem wir auch in Zukunft festhalten und das wir hinsichtlich der dort gebündelten Aufgabenschwerpunkte erweitern werden.

- Wir werden dafür sorgen, dass dieses Zentrum um eine landesweit zentrale Anlaufstelle für alle nach Hessen einreisenden **unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA)** ergänzt wird. Dort hat die vorläufige Inobhutnahme inklusive der Altersfeststellung der vermeintlichen minderjährigen Ausländer zu erfolgen. In Zweifelsfällen hinsichtlich des Alters sind immer medizinische Untersuchungen durchzuführen, um den Missbrauch in der Kinder- und Jugendhilfe möglichst auszuschließen und die tatsächlichen bedürftigen Kinder zu schützen.

- Wir werden ermöglichen, dass das Land, wie im Asylgesetz vorgesehen, über eigene **Landesgemeinschaftsunterkünfte** verfügt. Damit werden zukünftig nur noch Personen in die Kommunen und Gebietskörperschaften zugewiesen, die über einen Aufenthaltstitel verfügen. Alle andern verbleiben in den Landeseinrichtungen, bis deren Status geklärt ist. Abschiebungen und Rückführungen werden dann aus den Landeseinrichtungen erfolgen.

- Wir streben eine weitere **Zentralisierung von Rückführungsprozessen** im Land an, um Abläufe und Strukturen so effizient wie möglich zu gestalten. Aufnahme-, Asyl- und mögliche Gerichtsverfahren wollen wir rechtsstaatlich und möglichst zügig, transparent durchführen.

- Wir wollen diejenigen Geflüchteten, die bereits den Kommunen zugewiesen wurden und erheblich straffällig geworden sind, zur schnelleren **Rückführung in Landeseinrichtungen** zurückverlegen. Eine Gleichbehandlung mit integrationswilligen Geflüchteten wird so vermieden.

- Wir werden dafür sorgen, dass in den Gemeinschaftsunterkünften und Einrichtungen des Landes weiterhin Polizei vor Ort ist. Darüber hinaus werden **die Landesbediensteten weiterhin entsprechend dem Hausrecht in Einrichtungen** gegenüber aggressiven und randalierenden Asylantragstellern angemessene Maßnahmen ergreifen. Dies dient auch dem Schutz der großen Mehrheit der Geflüchteten in den Einrichtungen, die sich rechtskonform verhalten.

- Geflüchtete, die **Passdokumente zur eindeutigen Identifizierung** vorlegen, können ein zügiges Asylverfahren durchlaufen. Wer über seine Identität täuscht oder bei seinem Asylverfahren nicht mitwirkt, ist offensichtlich nicht schutzbedürftig. Das Asylverfahren soll in diesen Fällen automatisch beendet

werden, ein Folgeantrag nicht mehr möglich sein. Statt der Duldung gibt es nur eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht. Bis zur Aufenthaltsbeendigung verbleiben Geflüchtete, die keine eindeutigen Identifizierungsnachweise vorlegen, in den Landeseinrichtungen.

- Im Falle einer Weigerung des Flüchtlings, an der **Identitätsfeststellung** mitzuwirken, sollen mobile Kommunikationsdaten überprüft werden können. Wir werden dazu die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

- Einen möglichen **Mehrfachbezug von Leistungen** aufgrund verschiedener Identitäten werden wir verhindern, indem wir uns dafür einsetzen, dass anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte als Antragsteller für SGB II-Leistungen verpflichtet sind, bei Zweifeln an der Identität die **Abnahme des Fingerabdrucks** zu dulden. Wir setzen uns dafür ein, dass **in den Jobcentern** die technischen Möglichkeiten zur Überprüfung der Identität des jeweiligen Antragstellers geschaffen werden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass **Sachleistungen vor Geldleistungen** Vorrang haben, wo dies organisatorisch und rechtlich möglich ist.

- Für **aufenthaltsrechtliche Petitionen** soll Abschiebeschutz grundsätzlich für maximal drei Monate gewährt werden, um einerseits eine angemessene Befassung mit dem Fall zu ermöglichen, anderseits aber zugleich eine zügige Bearbeitung zu unterstützen. Verweise an die Härtefallkommission sollen Ausnahmefällen vorbehalten sein, bei denen nachweislich besondere Härten vorliegen.

- Für **Petitionen von Straftätern** sowie von Personen, die bewusst über ihre Identität getäuscht haben, und für offensichtlich aussichtslose Petitionen soll kein Abschiebeschutz gewährt werden. Dies gilt auch für Petitionen, die erst unmittelbar vor einem konkreten Abschiebetermin eingelegt werden, für die bereits die wesentlichen Vorbereitungen durchgeführt sind für Wiederholungspetitionen.

Familiennachzug

- Wir wollen die **Einreise des Familiennachzuges** zentral steuern. Wie bei einem Geflüchteten wird die erkennungsdienstliche Behandlung zur eindeutigen Identitätsfeststellung sowie die Gesundheitsüberprüfung durchgeführt, bevor diese in die Kommunen zum Antragsteller des Familiennachzugs kommen.

- Das Land Hessen soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ein **Nachzug von Zweit- oder Mehrfrauen** auf Staatskosten inklusive Folgekosten nicht möglich ist.

- **Daten zum Familiennachzug** sind zentral über das Ankunftszentrum in Gießen im Ausländerzentralregister zu erfassen. Wir wollen einen automatisierten Datenaustausch zwischen allen davon betroffenen Behörden auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene sicherstellen.

Maßnahmen auf Bundesebene

- Wir wollen Tunesien, Algerien, Marokko, Georgien sowie alle weiteren Länder mit einer Anerkennungsquote von unter 5 Prozent zu **sicheren Herkunftsländern** im Sinne des Asylgesetzes erklären. Darüber hinaus wollen wir den Status sicherer Herkunftsländer regelmäßig überprüfen, um eine zügige Rückführung in diese Länder aus den Landeseinrichtungen zu ermöglichen. Ebenso muss der Schutzstatus anerkannter Schutzsuchender gerade im Fall von Bürgerkriegsflüchtlingen regelmäßig überprüft werden. Asyl oder subsidiärer Schutz stellen kein Daueraufenthaltsrecht dar.

- Wir werden das **Ausländerzentralregister** ertüchtigen und als zentrale Stelle für die Erfassung von Daten aller relevanten Behörden einrichten. Der unkomplizierte Zugriff auf diese Daten ist Voraussetzung, um die strategische und operative Steuerung von Rückführungen durchführen zu können.

- Für uns steht die **Einbürgerung am Ende einer gelungenen Integration** und ist mit einem festen Bekenntnis zu unseren Werten verbunden. Die deutsche Staatsbürgerschaft darf daher – gerade in Zeiten verstärkten Zuzugs – nicht leichtfertig vergeben werden. Eine missbräuchliche Nutzung des Einbürgerungsrechts zum Zwecke der Erlangung eines Aufenthaltstitels muss ausgeschlossen werden.

- Wir werden die erleichterten Anforderungen hinsichtlich der **Mehrstaatigkeit von Flüchtlingen** im Staatsangehörigkeitsrecht abschaffen.

- An den **Frontexeinsätzen zum Schutz der EU-Außengrenzen** werden wir uns weiterhin beteiligen. **Binnengrenzkontrollen** sind erforderlich, solange der Schutz der Außengrenzen nicht effektiv funktioniert. Außerdem fordern wir den Ausbau von FRONTEX zu einer EU-Grenzpolizei und Schaffung eines einheitlichen grenzpolizeilichen Informationssystems.

- **Erleichterungen und Pull-Faktoren** bei der Neufassung europäischer Richtlinien und Verordnungen sowie von Bundesrecht werden wir entgegenwirken. Bei den kommenden Finanzverhandlungen sollte die unterschiedliche Belastung der Mitgliedstaaten mit Migrationsbelastung und Integrationsaufgaben stärker ins Gewicht fallen.

- Die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** mit Staaten, die sich weigern, ihre straffällig gewordenen Staatsbürger zurückzunehmen, muss eingestellt werden. Gleiches gilt für die **Entwicklungshilfe**.

- Wir unterstützen die im Rahmen des Masterplan Migration aufgestellten Maßgaben, Ziele und **Maßnahmen zur Steuerung und Ordnung der Migration**. Dies gilt in besonderem Maße für die Positionierung von CDU und CSU zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Sekundärmigration.

Wie wir in Hessen arbeiten und wovon wir leben

Die Wirtschaft in Hessen boomt. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit, nie waren die durchschnittlichen Löhne so hoch. Dies verdanken wir einer gesunden Wirtschaftsstruktur – von Landwirtschaft über Industrie und Handel, Logistik und Dienstleistung bis zu Innovation und High-Tech. Im Zentrum unserer Politik stehen die zahlreichen Arbeitnehmer und Unternehmer, die durch ihren Fleiß und ihre Fachkenntnisse zum Wohlstand unseres Landes beitragen. Ohne die Risikobereitschaft unseres Mittelstandes wäre der wirtschaftliche Erfolg Hessens undenkbar. Wir werden alles tun, um die Rahmenbedingungen vor allem für gute sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Hessen zu schaffen und zu erhalten. Schon heute haben wir eine hohe Gründerquote und allein mit dem Forschungsprogramm LOEWE investieren wir mehr als 1,7 Milliarden Euro in die Zukunft. Diese Politik wollen wir fortsetzen, unsere öffentlichen Haushalte weiter konsolidieren und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich unsere Unternehmen für die Zukunft aufstellen können. Dazu soll Hessen zum führenden Digitalland gemacht werden.

Arbeit für alle ist die beste Sozialpolitik

Wir schätzen den Wert ehrlicher Arbeit. Unser Ziel bleibt, dass möglichst jeder von seiner eigenen Hände Arbeit leben kann. Egal ob im Blaumann am Flughafen oder als Ingenieur im Bereich Nanotechnik. Uns ist jeder Arbeitsplatz wichtig, weil er zur Wertschöpfung beiträgt, Familien ernährt und Menschen unabhängig und selbstbestimmt leben lässt. Das herausragende technologische Niveau, die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft unserer hessischen Wirtschaft sind eine sehr gute Basis für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Gleichzeitig wollen wir unsere hohen sozialen, arbeitsrechtlichen und tarifvertraglichen Standards bewahren.

Höchste Standortqualität für unsere Unternehmen

Nicht staatliche Überregulierung, dauerhafte Subventionen und hohe Steuern und Abgaben stützen unsere Wirtschaft, sondern gute, verlässliche Rahmenbedingungen und das Vertrauen in verantwortungsvolles Handeln der Wirtschaftsakteure. Wir arbeiten daran, dass die großen Standortvorteile, unsere zentrale Lage in Europa, unsere Internationalität und unsere hervorragend ausgebildeten Arbeitnehmer, richtig genutzt und nicht aus der Hand gegeben werden. Um das Wachstum unserer Wirtschaft zu unterstützen, müssen in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausreichend Flächen für die gewerbliche Nutzung und eine gute Infrastruktur zur Verfügung stehen. Dabei sollen der Ballungsraum wie auch der ländliche Raum gleichermaßen Entwicklungschancen erhalten. Zudem wollen wir, dass in Hessen zeitnah alle Unternehmen vollständig elektronisch mit der Verwaltung kommunizieren können.

Bürokratie für Mittelstand und Handwerk abbauen

Mittelstand und Handwerk bilden das Rückgrat unserer erfolgreichen Wirtschaft. Sie schaffen Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Wir wollen Unternehmern die Arbeit erleichtern, indem wir unkompliziert Kredite für Innovationen zur Verfügung stellen, Ausschreibungsverfahren vereinfachen und unnötige Vorschriften abschaffen. Weniger Regeln und mehr Effizienz bringen Fortschritt und Innovationen.

Hessen bleibt Industrieland

Hessen ist ein starkes Industrieland. Vom Kalibergbau an der Werra über die Automobilindustrie, die Elektrotechnik, Rechenzentren bis hin zum Maschinenbau haben zahlreiche Industriebranchen in Hessen eine Heimat. Unsere chemisch-pharmazeutische Industrie ist spitze in Deutschland. Auch bei den Forschungseinrichtungen ist Hessen in der Spitzengruppe. Um unsere Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten, werden wir die Industrie 4.0-Aktivitäten in den hessischen Kompetenzclustern Pharma, Chemie, Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau, Logistik, Automobilindustrie, Optik und Werkstoffe weiter ausbauen.

Investitionsoffensive macht Hessen fit für die Zukunft
Wir werden die Mittel für Investitionen konsequent steigern. Infrastrukturinvestitionen dienen nicht nur der Sicherung der vorhandenen Substanz, sondern sie sind notwendige Zukunftsausgaben, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Notwendige Sanierungen und Neubauprojekte werden realisiert. Steuerliche Mehreinnahmen werden wir neben dem Schuldenabbau vorrangig für mehr Investitionen verwenden.

Digitalisierung menschlich gestalten
Wir wollen in Hessen die Chancen der Digitalisierung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und damit für sichere und neue Arbeitsplätze nutzen. Die Digitalisierung ist eines der entscheidenden Themen für unser Land. Sie erfasst alle Bereiche des Lebens. Deshalb schaffen wir ein eigenes Digitalisierungsministerium. Wie jede große technische Umwälzung verunsichert diese Entwicklung aber auch viele Menschen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst. Die Digitalisierung muss für den Menschen da sein und auch von den Menschen gestaltet werden. Klug umgesetzt ist sie ein Instrument persönlicher Freiheit und freien Wettbewerbs. Wir wollen diese Entwicklung aktiv beeinflussen und nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft gestalten. Auf die persönliche Datenhoheit und Datenschutz legen wir dabei besonderen Wert. In dem Digitalisierungsministerium soll auch der Breitbandausbau für Hessen zentralisiert und gebündelt werden. Durch ein Budget für den Breitband Ausbau soll die hessische Breitbandstrategie umgesetzt und durch ein Förderprogramm Maßnahmen in den Kommunen und Landkreisen gefördert werden.

Internet soll schneller werden
In den Zeiten der „Gigabit-Gesellschaft“ reicht es nicht mehr aus, wenn wir den Ausbau einer flächendeckenden Netzanbindung mit einem Standard von 50 Mbit/s im Download vorantreiben. Die digitale Infrastruktur ist einer der zentralen Standortfaktoren unserer Zeit. Als Land mit dem größten Internetknoten Europas wollen wir bei dieser Entwicklung vorangehen und sie maßgeblich bestimmen. Deshalb haben wir das Ziel, Glasfaser in jede Stadt, in jedes Dorf Hessens und soweit möglich, bis zur Haustür zu bringen. Wir wollen Vorreiter sein bei der Abdeckung mit Mobilfunknetzen, flächendeckendem WLAN und beim 5G-Mobilfunk. Die Digitalisierung wird auch die Verkehrsmittel und die Mobilität verändern. Autonome Fahrzeuge aber auch moderne Navigationssysteme benötigen schnelle Zugänge ins Internet. Daher beabsichtigen wir ein kostenloses WLAN auf allen hessischen Landstraßen aufzubauen. Alle Vorhaben werden im Rahmen einer hessischen Breitbandstrategie zusammengefasst. Dazu wollen wir die Autobahnen in Hessen als erste Autobahnen in ganz Deutschland lückenlos mit dem 5G Standard ausstatten.

Gründergeist fördern – Spitzenforschung etablieren
Die hessischen Hochschulen erbringen Spitzenleistungen in der Forschung. Um diese Erfolge auch wirtschaftlich nutzbar zu machen, wollen wir die Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ausbauen. Wir schaffen in Hessen das beste Umfeld für Start-ups. Wir wollen Gründer und junge Unternehmer nach Hessen holen und zum Spitzenreiter bei Existenzgründungen werden. Unternehmensgründungen müssen entbürokratisiert und so vereinfacht werden, dass innerhalb von 48 Stunden ein Unternehmen gegründet werden kann. Kluge Forschungspolitik sichert uns die Zukunft und die Arbeitsplätze von Morgen. Wir werden das erfolgreiche Landesforschungsförderprogramm LOEWE auf hohem Niveau weiter ausbauen. Daneben werden wir die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen konsequent weiterverfolgen.

Fachkräfte sichern
Schon heute spüren wir Engpässe bei der Verfügbarkeit von Fachkräften in verschiedenen Branchen und Regionen, die das volle Potenzial unserer Wirtschaft hemmen. Dem begegnen wir durch eine Vielzahl von Maßnahmen. Wir wollen Menschen in Hessen zu Fachkräften aus- und weiterbilden und so fit für die Zukunft machen. Bildung ist die wichtigste Ressource in der Nachwuchsgewinnung, um jungen Menschen das Rüstzeug an Fähigkeiten, aber auch die Begeisterung für den Beruf zu vermitteln. Deshalb wollen wir, dass möglichst alle Jugendlichen ihre Schullaufbahn mit einem Abschluss beenden. Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren zu uns nach Hessen gekommen sind und ein Bleiberecht haben, wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft und dem Handwerk zu Fachkräften weiterbilden. Gleichzeitig setzen wir uns für ein Fachkräftezuwanderungsgesetz für Deutschland ein, um gezielt Fachkräfte für die Branchen anzuwerben, die wir in besonderer Weise benötigen.

Vom Brexit profitieren – Finanzplatz ausbauen
Hessen ist der führende Finanzplatz Kontinentaleuropas. Der Austritt Großbritanniens aus der EU bringt Chancen, die wir zu Gunsten unseres Finanzplatzes offensiv nutzen wollen. Der Geldhandel mit dem Euro (Euro-Clearing) soll künftig zentral von Frankfurt aus gestaltet werden. Wir wollen unsere Standortvorteile nutzen, um weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab, weil sie Arbeitsplätze kostet und uns im Wettbewerb mit den großen Finanzplätzen der Welt zurückwerfen würde.

Keine Steuererhöhungen – Familien und Mittelstand entlasten
Mit uns wird es in der kommenden Legislaturperiode keine Steuererhöhungen geben. Zusätzliche Abgaben wie den Wassercent, die unsere Wirtschaft belasten und Arbeitsplätze gefährden, lehnen wir ebenso ab wie die Einführung einer Vermögenssteuer oder eine Verschärfung der Erbschaftsteuer. Wir wollen die Steuerlast begrenzen und befürworten den Abbau der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags. Finanzielle Spielräume wollen wir nutzen, um Familien und den Mittelstand zu entlasten und in die Zukunft zu investieren.

Weiter keine neuen Schulden – Hessen auf Dauer schuldenfrei
Öffentliche Haushalte haben über Jahrzehnte hohe Schulden angehäuft. Diese negative Entwicklung haben wir gestoppt. Seit 2016 haben wir, erstmals seit 50 Jahren, keine neuen Schulden gemacht und sogar Schulden zurückgezahlt. Das ist uns aber nicht genug. Wir werden künftig verstärkt Altschulden zurückzahlen und dies in einem konkreten Tilgungsplan festschreiben. Unser Ziel ist ein dauerhaft schuldenfreies Hessen. Das erhöht nicht nur den politischen Gestaltungsspielraum, sondern ist auch eine Frage von Generationengerechtigkeit.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für den Arbeitsmarkt

- Der hessische Arbeitsmarkt ist stark. Noch nie bestanden so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wie heute. Um unser Ziel der **Vollbeschäftigung** in guter Arbeit zu erreichen, wollen wir möglichst alle Bürger in den Arbeitsmarkt integrieren. Wer hierzu besonderer Unterstützung bedarf, dem werden wir Hilfestellungen geben.

- Wir wollen im Arbeitsmarkt die Bedingungen schaffen, damit **jeder Mensch entsprechend seiner Kompetenzen, Talente und Interessen an der Arbeitswelt teilnehmen** kann.

- Für **Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen** werden wir besondere Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt bereitstellen. Hierzu kann auch die mittel- oder langfristige Eingliederung in den allgemeinen **Arbeitsmarkt** über befristet öffentlich geförderte Beschäftigungen vor allem auf dem sozialen Arbeitsmarkt gehören. Die Hilfe zur Selbsthilfe muss dabei im Mittelpunkt der Bemühungen stehen.

- Für uns bedeutet gute Sozialpolitik, dass Menschen gefördert, aber auch gefordert werden. Unser Ziel ist es, möglichst viele Leistungsbezieher der gesetzlichen Grundsicherung durch Bildung und Förderung in eigene Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Dazu ist es notwendig, an den gesetzlichen **Sanktionen gegen Leistungsbezieher wegen unterlassenen Eigenbemühungen im Sozialgesetzbuch** festzuhalten. Wer die Solidarität der Gemeinschaft in Anspruch nimmt, hat eine Verpflichtung zur Mitwirkung.

- Dabei wollen wir die Betreuungsintensität von Menschen mit Vermittlungshemnissen in den kommunalen Jobcentern unter anderem durch den **Ausbau von Werkakademien** weiter erhöhen.

- Arbeitnehmer, die als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte dazu beigetragen haben, dass unsere sozialen Sicherungssysteme funktionieren, sind für uns Leistungsträger. Wir setzen uns dafür ein, dass sie **in Zeiten der Arbeitslosigkeit** auf ein diese Leistungen anerkennendes **Schonvermögen** zurückgreifen können.

- Um den **Fachkräftebedarf** in allen Bereichen zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass sich insbesondere mehr junge Menschen für eine Berufsausbildung entscheiden und die Attraktivität und das Ansehen dieser Abschlüsse in unserer Gesellschaft wieder steigen. Dies wollen wir durch eine Ausbildungskampagne sowie die Aufwertung von Ausbildungsangeboten erreichen.

- Wir werden besonders die Gewinnung von Erzieherinnen und Erzieher aber auch von **Pflegekräften** in den Blick nehmen, um den dort bestehenden Fachkräftebedarf auf lange Sicht decken zu können.

- Die **Hessische Fachkräfteoffensive** werden wir fortführen. Dabei sind uns die Empfehlungen der Hessischen Fachkräftekommission weiterhin Richtschnur.

- Dem **Fachkräftemangel** auf dem Arbeitsmarkt müssen wir entschlossen und auf allen Ebenen entgegentreten. Wir wollen zeitnah 100.000 neue Fachkräfte für Hessen anwerben. Dafür werden wir
  - das Projekt der sogenannten „**PuSch-Klassen**“, die Schule und praktische Erfahrungen kombinieren, fortsetzen, um handwerklich begabten Schülern den Zugang zur dualen Ausbildung zu ebnen,
  - Maßnahmen zur **Nachqualifizierung Angelernter** unterstützen,
  - gezielt qualifizierte **Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben**. Hierzu werden wir auf Bundesebene ein **Fachkräftezuwanderungsgesetz fordern** und unterstützen.
  - **Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen** bei dauerhaft anerkannten und berechtigten Ausländern beschleunigen,

- die **sprachliche, betriebliche und berufsschulische Ausbildung** von Flüchtlingen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt ausbauen. Hierzu gehört die Fortsetzung der „InteA-Klassen“ sowie des Programms „Wirtschaft integriert“.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** schneller erfolgt und damit zusätzliche Fachkräfte dem hessischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

- Die vielseitigen **Angebote zur Qualifizierung und die Ausbildungsplatzförderung** für Schul- und Ausbildungsabbrecher, Altbewerber und Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf werden wir fortführen und auch die Ausbildungsplatzförderung für Hauptschulabsolventen beibehalten und intensivieren, damit diesen jungen Menschen ein Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird.

- Wir wollen **benachteiligte Jugendliche** weiterhin erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren und auch hier das Potential der Digitalisierung wie bspw. digitale Lernmethoden nutzen.

.... für die Wirtschaft

Gründerland Hessen

- Start-ups bringen Innovationen und Dynamik in die Wirtschaft und leisten zu deren Entwicklung einen wichtigen Beitrag. Wir bekennen uns mit Nachdruck zum **Start-up-Standort Hessen**.

- Unternehmensgründungen wollen wir massiv vereinfachen. Hierzu werden wir bürokratische Hürden im Vorfeld beseitigen. Unser Ziel ist es, eine **Unternehmensgründung in 48 Stunden** zu ermöglichen.

- Auch in den ersten beiden Jahren nach der Gründung werden wir **junge Unternehmer von Bürokratie entlasten.** Konkret bedeutet das beispielsweise die Befreiung von Berichtspflichten oder die angemessene Entlastung von Berufsverbandsbeiträgen, die wir in Zusammenarbeit mit den betroffenen Berufsverbänden anstreben.

- Wir werden das Bundesprogramm „EXIST“ zur Bereitstellung von **Gründerstipendien** von Hochschulabsolventen verstärkt nutzen und darüber hinaus ein **Landesstipendienprogramm für Nicht-Hochschulabsolventen** mit guten Ideen auflegen.

- Zur **Finanzierung von Unternehmensgründungen** werden wir die Bereitstellung von Mikro-Krediten, Kapital für Kleinunternehmen, Innovationsdarlehen sowie die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung fortsetzen und auch die Rahmenbedingungen für Risikokapital verbessern.

- Die **FinTech- und Start-up-Region Frankfurt/Rhein-Main** wollen wir stärken und hierzu eine Netzwerkplattform zur Pflege und zum Austausch zwischen Investoren, Start-ups und etablierten Unternehmen aufbauen.

- Die hessischen Unternehmen erbringen jeden Tag Spitzenleistungen. Auch bei Innovationen ist Hessen vorne. Dies werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden **Innovationstages der Hessischen Landesregierung** dokumentieren.

- Die **Kultur- und Kreativwirtschaft** in Hessen hat sich gerade in den letzten Jahren zu einem Innovationsmotor und Treiber der positiven Wirtschaftsentwicklung unseres Landes entwickelt. Die viel-

fältigen Maßnahmen zur Unterstützung dieses Wirtschaftszweiges wollen wir fortführen. Wir wollen, dass diese Sektoren in Hessen weiter wachsen und sich auf vielfältige Weise entwickeln kann.

Mittelstand und Handwerk unterstützen

- Die **Meisterpflicht** werden wir erhalten und stärken. Wir bekennen uns zum **Meisterbrief** als Zeichen von Qualifikation, nachhaltigem Unternehmertum, guter Ausbildung und hoher Qualität von Dienstleistungen und Produkten. Wir setzen uns dafür ein, dass in den zulassungsfreien Gewerken, in denen die Meisterpflicht im Jahr 2004 abgeschafft wurde, sie in enger Abstimmung mit den Handwerkskammern und -verbänden europarechtskonform wieder eingeführt wird.

- Die CDU Hessen möchte das Angebot der Breitbandberatung durch eine **Digitalisierungsberatung** für kleine und mittelständische Unternehmen ergänzen, die regional angesiedelt ist und die dort ansässigen Unternehmen über Chancen und Vorteile der Digitalisierung berät. Die Digitalisierungsberatung leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Innovationskraft und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in den jeweiligen Regionen.

- Zur Unterstützung junger Menschen, ihren Meister zu machen, werden wir das Förderprogramm „**Meisterbonus**“ auf weitere berufliche Abschlüsse ausdehnen.

- Der **Bürokratieabbau** ist ein Dauerthema und muss vorangetrieben werden. Hierbei wollen wir unter anderem ein vereinfachtes AGB-Recht für kleine und mittlere Unternehmen schaffen.

- Die Einrichtung eines **Normenkontrollrates** – in Anlehnung an die Aufgaben des bestehenden Normenkontrollrates auf Bundesebene – werden wir für Hessen prüfen.

- Wir werden die Aufnahme einer **Präklusionsregelung in der Richtlinie** für Umweltverträglichkeitsprüfungen und auf weiteren Planungsebenen forcieren, um verwaltungsrechtliche Verfahren zu beschleunigen und zu straffen.

- Wir wollen Gestaltungsspielräume der Rechtsprechung für den **Verzicht auf Planfeststellungsverfahren** konsequent zur Beschleunigung von Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen nutzen.

- Wir setzen uns für eine **Reform und Vereinfachung des Vergabe- und Tariftreuegesetzes** mit dem Ziel der Beschleunigung von Vergabeverfahren ein. Zudem werden wir darauf achten, Mittelstandsinteressen bei der Vergabe noch besser zu berücksichtigen. Die **Fach- und Teillosvergabe** bei öffentlichen Aufträgen wollen wir **mittelstandsgerecht** ausgestalten.

- Ein **wirksamer Rechtsschutz für Bieter** muss auch bei kleineren Vergaben gewährleistet sein.

- Den **Präqualifikationsnachweis**, der die Vorlage umfangreicher Unterlagen, wie Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Eigenerklärungen, Referenzen, Verpflichtungserklärungen oder Bonitätsnachweise ersetzt, wollen wir stärken.

- Bei der Übernahme **europarechtlicher Ausschreibungsverfahren und EU-Richtlinien** werden wir großen Wert auf den Schutz des Mittelstandes bei der Anwendung legen und darauf achten, Umsetzungen ohne Verschärfungen zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen durchzuführen.

- Wir unterstützen die hessische Bauwirtschaft mit einer Verbesserung der **Recycling- und Entsorgungsmöglichkeiten** durch
  - die **Zulassung von Ersatzbaustoffen** in technischen Bauwerken,
  - die **Rekultivierung mit Erdaushub**,
  - die **Schaffung zusätzlichen Deponieraums** sowie
  - die **Vereinheitlichung von Analyseverfahren** und
  - einer praxisgerechten Entsorgungslösung für Dämmstoffe.

Industriestandort Hessen sichern und ausbauen

- Zur Förderung des Austauschs der Akteure der industriellen Zukunft werden wir eine neue **Plattform „Trialog Industrie in Hessen“** einrichten.

- Den Ausbau der Aktivitäten im Bereich **„Industrie 4.0“** werden wir besonders in den **hessischen Kompetenzclustern** Pharma, Chemie, Automobil, Luft- und Raumfahrt, Maschinenbau und Werkstoffe intensiv vorantreiben.

- Wir werden den Auf- und Ausbau von **Forschungs-, Produktions- und Kompetenzstrukturen** in den Technologiefeldern der Zukunft intensivieren.

- Wir wollen Hessen als bedeutenden **Pharmastandort** Deutschlands gemeinsam mit den Beteiligten aus der Wissenschaft und der Gesundheitswirtschaft stärken und weiterentwickeln. Wir streben insbesondere eine stärkere Vernetzung der hessischen Forschungsstandorte an. Die seit 2013 bestehende „Initiative Gesundheitsindustrie Hessen“ (IGH) unter Beteiligung der Unternehmen, der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE), der hessischen Hochschulen und der Landesregierung sowie das „House of Pharma & Healthcare“ tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung Hessens als Standort der forschenden Gesundheitsindustrie bei und werden deshalb fortgesetzt.

- Die Befreiungen bzw. **Beschränkungen von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen** wollen wir weiterhin unter der Berücksichtigung eines sich weiterentwickelnden Energiemanagements beibehalten und langfristig sichern.

- Die Maßnahmen im Bereich der **Batterieforschung** wollen wir weiter fördern und den Aufbau einer Batteriezellenproduktion in Hessen unterstützen.

- Rohstoffe sind nicht an beliebigen Stellen verfügbar. Daher müssen sämtliche perspektivisch abbaubaren **Rohstoffvorkommen** in Hessen langfristig gesichert und von konkurrierenden Nutzungen freigehalten werden. Dies gilt sowohl für Flächen für den Rohstoffabbau als auch für dazu betriebsnotwendige Flächen. Die Ausweisung von Vorranggebieten zur Rohstoffgewinnung werden wir in Regionalplänen in stärkerem Maße berücksichtigen.

- Die Einführung einer **Abgabe auf den Abbau heimischer Rohstoffe** wie Kies, Sand und Gesteine lehnen wir ab.

- Gerade in Zeiten schwieriger werdender internationaler Handelsbeziehungen und einer durch Sanktionen und Zollschranken gefährdeten Handelspolitik ist die politische Unterstützung der Wirtschaft zur Durchsetzung eines freien und fairen Welthandels von besonderer Bedeutung. Wir werden daher die bestehende **Außenwirtschaftsförderung des Landes** analysieren und ggf. strategisch weiterentwickeln. Dabei sind insbesondere die Bedürfnisse des Mittelstandes besonders zu berücksichtigen. Die außenwirtschaftlichen Aktivitäten sollen stärker an die Bedürfnisse der Wirtschaft und die politischen Herausforderungen der internationalen Märkte angepasst werden.

Tourismus stärken

- Die Tourismusbranche in Hessen ist für die hessische Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Das Gastgewerbe ist enger Partner und zentraler Motor des Tourismuslandes Hessen und geprägt durch viele familiengeführte Betriebe. Sie erbringen Dienstleistungen vor Ort und sind in ganz besonderer Art und Weise in der jeweiligen Region verankert. Um Bürokratie abzubauen und den Betrieben einen einheitlichen Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen, wollen wir in Zukunft die **Koordinierung des Tourismus in Hessen** auf politischer Ebene zentral bündeln.

- Für die touristische Entwicklung des Landes ist die **Kultur ein wesentlicher Faktor**. Dazu gehören sowohl Einrichtungen wie Museen, Schlösser und Theater als auch Veranstaltungen wie die Kultursommer, die die Attraktivität als Urlaubsziel weiter steigern können.

- Wir wollen ein **Sonderprogramm zum Erhalt und zur Stärkung von Hotellerie und Gastronomie im ländlichen Raum** auflegen, um insbesondere dem Gasthaussterben entgegenzutreten. Gefördert werden sollen hierbei auch innovative Modelle bei der Gewinnung von Fachkräften für den Tourismus oder bei der Unternehmensnachfolge.

- Wir wollen die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem **Hessischen Tourismusverband** fortsetzen und intensivieren und insbesondere den **strategischen Marketingplan für den Tourismus in Hessen** fortschreiben und weiterentwickeln.

- Wir setzen uns für eine weitere **Flexibilisierung im Bereich der Arbeitszeitgesetzgebung ein**. Gerade für Hotellerie und Gastronomie ist oftmals die wöchentliche und nicht die tägliche Höchstarbeitszeit das entscheidende Kriterium. Dafür wollen wir echte Freiräume in den Betrieben ermöglichen und trotzdem klare Leitplanken setzen. Unter Aufrechterhaltung der hohen Standards unseres Gesundheits- und Arbeitsschutzes wollen wir Unternehmen und deren Beschäftigten die Chance eröffnen neue Arbeitszeitmodelle zeitlich befristet zu erproben und damit auch von bestehenden Regelungen abzuweichen.

- Die Möglichkeit der Erhebung eines **Tourismusbeitrages** hat sich bewährt. Wir halten auch in Zukunft daran fest.

- Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, **die gastgewerblichen Berufe in die Positivliste für Mangelberufe der Bundesagentur für Arbeit aufzunehmen**, um die Möglichkeiten für das Anwerben ausländischer Fachkräfte zu erleichtern.

- Wir werden uns für **Verringerung der Steuersätze in der Gastronomie** einsetzen. Zumindest hat eine Angleichung der Sätze an andere Branchen zu erfolgen, um nicht gerechtfertigte Benachteiligungen zu beseitigen.

.... für die Forschung

- Die hessischen Hochschulen erbringen Spitzenleistungen in der Forschung. Um diese Erfolge auch wirtschaftlich nutzbar zu machen und die Arbeitsplätze der Zukunft in Hessen zu schaffen, werden wir ein **Programm zur Förderung** der praktischen Anwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse im Umfang von 10 Millionen Euro pro Jahr auflegen.

- Das Budget des hessischen **Forschungsförderungsprogramms LOEWE** soll auf 100 Millionen Euro pro Jahr angehoben werden, um das erfolgreiche Programm konzeptionell an aktuelle Erfordernisse des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Hessen anzupassen. Mit diesem Budget sollen nicht nur jährlich LOEWE-Schwerpunkte und LOEWE-Zentren ausgeschrieben werden, sondern auch anwendungsnahe Forschungs- und Entwicklungsprojekte noch gezielter gefördert werden. Außerdem sollen Spielräume für neue wettbewerbliche Formate wie LOEWE-Professuren an HAWen und Musik-/Kunsthochschulen sowie ein neues Modul in der Förderlinie 3 zur Förderung von Start-ups geschaffen werden. Wir streben auch weiterhin an, erfolgreiche LOEWE-Projekte zu verstetigen.

- Die **außeruniversitäre Forschung** profitiert von der Fortführung des LOEWE-Programms. Es stärkt die Institute, und es können wichtige Forschungsfragen angegangen werden, für die andere Förderformate nicht zur Verfügung stehen. Wir werden die bereits angeschobenen Vorhaben zur Förderung von gemeinsamen Einrichtungen der großen Forschungsorganisationen Helmholtz, Max-Planck, Leibniz und Fraunhofer weiterhin konsequent vorantreiben. Auch die Förderung der universitären und außeruniversitären Spitzenforschung außerhalb der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern haben wir weiter fest im Blick.

- Die sogenannte „House of“-Strategie hat sich bewährt und soll fortgeführt werden, um den Austausch zwischen **Forschung, Wirtschaft und Politik** weiterhin in dieser Form zu ermöglichen.

- Wir werden die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Verpflichtungen aus den Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur **Exzellenzinitiative** und zur **Exzellenzstrategie** zu erfüllen und die entsprechenden Mittel zur Kofinanzierung bereitstellen.

- Unsere Spitzenposition im Bereich der **Krebsforschung** wollen wir ausbauen und durch Vernetzung der hervorragenden universitäreren und wirtschaftlichen Forschungsbereiche Hessen zum Kompetenz-Zentrum im Kampf gegen den Krebs weiterentwickeln.

- Hessen ist ein **Biotechnologieland**. Sowohl in Forschung und Entwicklung als auch in der wirtschaftlichen Anwendung gehören wir zu den führenden Bundesländern. Eine ergebnisoffene Debatte, die das Vertrauen in die Chancen neuer Technologien stärkt und gleichzeitig ggf. vorhandene Risiken abwägt, ist daher wünschenswert und wird von uns unterstützt.

.... für die Digitalisierung

Entwicklungen gestalten

- Wir wollen, dass **digitaler Fortschritt** und Innovation **im Dienste der Menschen** stehen: Dass sie die Arbeitswelt humaner machen, die Umwelt schützen, die Gesundheitsversorgung verbessern und die Lebensqualität erhöhen. Wir sind überzeugt, dass mit der Digitalisierung immense Chancen für Hessen, seine Bürger und seine Wirtschaft verbunden sind.

- Wir wollen mehr **Zeitsouveränität für Familien**. Die Digitalisierung macht viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängiger vom Arbeitsplatz und von festen Arbeitszeiten. Sie schafft damit besonders für Eltern mit kleinen Kindern mehr Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren. So kann durch den Ausbau von Telearbeit und Homeoffice die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtert werden und nach der Familiengründung der Wiedereinstieg ins Berufsleben vereinfacht werden. Wir werden weiterhin mit Sozialpartnern und Unternehmen im Gespräch bleiben, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und flexiblere Arbeitszeitmodelle zu entwickeln.

- Die Digitalisierung steht wie kaum ein anderes Thema für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Hinter dem Begriff verbergen sich Technologien wie 3-D-Druck, Nanotechnik, Autonome Systeme, Biomedizin und allen voran die **künstliche Intelligenz**. Wir wollen unserem Gestaltungsanspruch gerecht werden, das heißt: Chancen nutzen, Risiken beherrschen, Standards setzen. Wir wollen das Potential der Digitalisierung ausschöpfen, um das Leben der Menschen in Hessen konkret zu verbessern. Eine humane, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gestaltung dieser Entwicklungen ist dabei unsere Zielrichtung.

- Wir wollen eine **Willkommenskultur für Innovation** in Hessen schaffen. Es geht nicht darum, alle Menschen zu Programmierern oder IT-Spezialisten auszubilden, sondern vielmehr darum, **Begeisterung für neue Entwicklungen** zu wecken. Es soll ein Ruck durch unser Land gehen: In den Kindergärten, den Schulen, Hochschulen und Universitäten, in den Vereinen, privaten Initiativen und Projekten soll ein Geist herrschen, der dazu anregt, jeden Tag etwas Neues zu entdecken.

- Wir sind uns bewusst, dass die Entwicklung von künstlicher Intelligenz auch in Hessen enorme Chancen bietet und Veränderungen hervorrufen wird. Wir wissen auch, dass das Thema der künstlichen Intelligenz Ängste, Sorgen um Arbeitsplatzverlust und Fremdbestimmung hervorruft sowie viele ethische Fragen aufwirft. Gerade der Umgang mit künstlicher Intelligenz braucht daher **klare Rahmenbedingungen und Leitplanken**, damit Entwicklungen nicht aus dem Ruder laufen und sich verselbstständigen.

- Aber wir sind ebenso davon überzeugt, dass sich viele **Herausforderungen mithilfe der Digitalisierung wesentlich einfacher bewältigen** lassen. Deshalb wollen wir die Digitalisierung als Möglichkeit nutzen, um die großen Herausforderungen unseres Landes zu meistern. Die Menschen und die Wirtschaft in Hessen haben den Mut, die Kompetenz und die Schaffenskraft, Gewinner der Digitalisierung zu werden. Unsere gesamte Politik muss darauf ausgerichtet sein, den Blick auf die Chancen der neuen Möglichkeiten zu richten und nicht die Bedenken in den Vordergrund stellen. Im klassisch konservativen Sinn wollen wir **an der Spitze des Fortschritts stehen**.

- Der gesellschaftliche Dialog über den Einsatz von künstlicher Intelligenz muss angesichts der großen Veränderungen breit geführt werden. Wir werden eine **Enquete-Kommission „Autonome Systeme und Künstliche Intelligenz“** einsetzen, die sich intensiv mit Fragen zu Ethik, Datenschutz, Datensicherheit und Wettbewerb auseinandersetzt. Für die Erforschung der Veränderung werden wir die Rahmenbedingungen schaffen.

- Wir wollen Anreize schaffen, die Forschungszweige in Hessen zu vernetzen, die einen Schwerpunkt auf der Erforschung der aktuellen Entwicklungen im Forschungsfeld „Künstliche Intelligenz“ besitzen. Deshalb werden wir Förderangebote schaffen, die auf **integrativen Forschungsansätzen der Sozial- und Technikwissenschaften** basieren und die sich in neuartiger Weise Fragestellungen unter dem Dach **„Künstliche Intelligenz und die Gesellschaft der Zukunft“** widmen.

- Hessen wird bei der großen Aufgabe der Digitalisierung der Verwaltung vorrangig die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern suchen, die gleiche Ziele verfolgen. Wir unterstützen dabei auch weiterhin den **Aufbau der Bund-Länder Behörde „Föderale IT-Kooperation“ (FITKO) mit Sitz in Frankfurt**. Mit FITKO als schlagkräftiger Umsetzungsorganisation wird der organisatorische und rechtliche Rahmen geschaffen, in dem Kooperationen künftig effizienter und effektiver durchgeführt werden können. Die Verankerung der zentralen föderalen Institution im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung im Rhein-Main-Gebiet ist im strategischen Interesse Hessens um die Digitalisierung in Deutschland und Hessen voranzutreiben und zugleich einen regionalen Wirtschaftsfokus im GovTech und RegTech Bereich aktiv zu befördern.

- Weil die Menge der verfügbaren Daten wächst, Rechner schneller und die Programme besser werden, entscheiden Computer und automatisierte Systeme auf immer mehr Feldern in unserem täglichen Leben mit. Sprachen übersetzen, Bücher empfehlen, Geld für Privatkunden anlegen, Handyverträge vorbereiten – das ist erst der Anfang. Deswegen drängen zunehmend rechtliche und ethische Fragen in die Diskussion: Was dürfen künstliche Intelligenzen generell entscheiden? Müssen Programmierer eigens darauf achten, ob und welche Moralvorstellungen sie einem Computer mitgeben? Solche Fragen müssen erforscht werden. Wir werden deshalb ein **hessisches Forschungsinstitut „Recht und Ethik der Digitalisierung“** errichten.

- Damit auch Menschen ohne umfassende Ausbildung und Schulung aus Beruf oder spezialisierten Ausbildungsgängen im täglichen Leben die vorgezeichnete Digitalisierung adäquat und sicher nutzen können, und sich von den Veränderungen nicht abgehängt und allein gelassen fühlen, sollen pädagogisch geschulte **Digitalisierungslotsen** Hilfestellung leisten. Ansonsten besteht das Risiko, dass Teile der Bevölkerung von den Vorteilen, wie auch von den geplanten digitalisierten Verfahren insbesondere im Bereich der Verwaltungsverfahren nicht profitieren können.

Modernste Infrastruktur sichern

- Hessen wird GigaBit-Land. Unser Ziel ist eine **flächendeckende Versorgung mit 1 GigaBit bis 2025**. Im ersten Schritt werden wir alle Gewerbegebiete, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten anschließen.

- Um künftige Möglichkeiten digitaler Infrastruktur zu gewährleisten wollen wir die Kommunen mit einem „**Leerrohrprogramm**“ zur vorausschauenden Planung und Umsetzung der Leitungsverlegung unterstützen.

- Wir werden ein **eigenständiges Digitalisierungsministerium** schaffen, um die Digitalisierungsstrategie des Landes umzusetzen, die Aktivitäten von Bund, Land und Kommunen zu koordinieren und Maßnahmen für Unternehmen, Arbeitnehmer und Bürger zu bündeln.

- Die im vergangenen Herbst gegründete **Gigabit-Allianz**, die den Ausbau der hessischen Daten-Infrastruktur für die nächsten Jahre plant, wollen wir weiter stärken und voranbringen.

- Unser langfristiges Ziel ist ein möglichst flächendeckendes **WLAN-Netz in Hessen**. Rechtliche Hürden für öffentliche WLAN-Hotspots wollen wir beseitigen und werden in Anlehnung an ein Programm der EU ein Landesprogramm „WiFi4Hessen“ auflegen, um Kommunen bei der Einrichtung von öffentlichem WLAN zu unterstützen.

- In einem ersten Schritt setzen wir uns außerdem dafür ein, den Bürgern **freien Internetzugang in allen öffentlichen Gebäuden des Landes** zu ermöglichen.

- Zur Abdeckung eines zukunftsfähigen Kommunikationsnetzes wollen wir die Mobilfunk-Technologie nach **5G-Standard** ausbauen und einen flächendeckenden Lückenschluss in den Mobilfunknetzen erreichen.

- Die Technologie-, Innovations- und Gründerzentren werden wir durch einen **Innovationshub** vernetzen.

- Wir wollen mittelständische Unternehmen bei der digitalen Transformation und bei der Beschleunigung von Digitalisierungsprozessen unterstützen. Dazu wird die **Digitalisierungsberatung** für kleine und mittlere Unternehmen, Selbstständige, Freiberufler und das Handwerk fortgeführt.

- Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind digitale Kompetenzen ein entscheidender Wettbewerbsfaktor – bei ihnen besteht ein besonderer Förder- und Beratungsbedarf. Aus diesem Grunde wollen wir die **regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften** in ihrer digitalen Kompetenz vernetzen, unterstützen und stärken.

- Wir unterstützen **bundesweite Standards der digitalen Produkthaftung**.

- **Kommunale Versorgungsunternehmen** dienen im Bereich der digitalen Daseinsvorsorge einem öffentlichen Zweck. Deshalb werden wir das Gemeindewirtschafsrecht der Hessischen Gemeindeordnung an die digitalen Anforderungen anpassen, um die Digitalisierungsstrategien von kommunalen Unternehmen zu erleichtern.

.... für den Finanzplatz

- Der **Finanzplatz Frankfurt** ist eines der großen Finanzzentren der Welt, der einer Vielzahl von Menschen Arbeit und Wohlstand bietet. Neben Börse und Banken sind zahlreiche deutsche sowie europäische Aufsichtsorgane und Regulatoren in Frankfurt angesiedelt. Der Finanzplatz trägt wesentlich zur Wirtschaftskraft und zum Wohlstand unseres Landes bei. Wir wollen den Finanzplatz Frankfurt stärken und alle Chancen für neue Arbeitsplätze nutzen, um zukunftsfähig zu sein.

- Der Finanzplatz mit seinen **Banken und der Deutschen Börse** stellt unseren Unternehmen vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung, sich zu finanzieren und damit Investitionen zu tätigen. Diese Funktion des Finanzplatzes ist wichtig, damit die hessische Wirtschaft zukünftig national und international erfolgreich tätig sein und lukrative Arbeitsplätze anbieten kann. Damit profitiert Hessen und ganz Deutschland vom Finanzplatz.

- Wir wollen, dass der Finanzplatz Frankfurt als bedeutendster Finanzplatz Kontinentaleuropas weiter stark bleibt. Dies darf nicht durch eine **Finanztransaktionsteuer** gefährdet werden, die zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führt.

- Basis für den Erfolg als Finanzplatz sind insbesondere die starke deutsche und international ausgerichtete Wirtschaft, seine zentrale Lage in Europa, seine hervorragende Infrastruktur mit einem der sichersten Stromnetze und dem größten Internetknoten sowie einem der größten Rechenzentrenstandort der Welt. Diese **Grundlagen des Erfolgs** wollen wir sicherstellen und weiter optimieren.

- Wir setzen uns auch in Zukunft für die Stärkung des Finanzplatzes Frankfurt als **internationaler Regulierungs- und Aufsichtsstandort** ein. Auch wenn der Großteil der Akteure an den Finanzmärkten verantwortungsvoll agiert, muss durch geeignete Regulierung sichergestellt werden, dass unangemessenes Verhalten Einzelner unterbunden und ausreichend sanktioniert wird. Zugleich muss eine Regulierung mit Augenmaß stattfinden, die gerade kleinere und mittlere Marktteilnehmer oder risikoärmere Geschäftsfelder nicht unangemessen benachteiligt.

- Mit dem Finanzplatz Frankfurt verfügt Deutschland bereits heute über ein **globales, modernes und technologisch starkes Cluster für Finanzdienstleistungen**. Wir wollen, dass dieses Cluster weiter ausgebaut und die Liquidität am Standort Frankfurt weiter gestärkt wird.

- Insbesondere wollen wir die **Ansiedlung spezifischer Infrastrukturen** ebenso unterstützen, wie die Positionierung Frankfurts als Cluster für sicheres „Electronic Trading“ und als Hub für Zukunftsthemen, neue Finanzprodukte und -trends (u. a. Venture Capital, Asset Management, Green Finance und FinTech).

- Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass sowohl **Start-ups als auch wachsende Unternehmen** mit zukunftsträchtigen Geschäftsideen ausreichend Wagniskapital zur Verfügung gestellt werden kann, damit Innovationen umgesetzt und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

- Wir wollen aufbauend auf dem erfolgreichen TechQuartier in Frankfurt das Rhein-Main-Gebiet zu einem **Zentrum für Start-ups und FinTechs** weiterentwickeln.

- Bereits heute bietet der Finanzplatz Frankfurt beispielsweise mit dem **„House of Finance“** an der Goethe-Universität Frankfurt, der Frankfurt School of Finance & Management sowie dem European Banking Institute überzeugende Einrichtungen und gute Rahmenbedingungen. Wir werden den weiteren Ausbau und die Bewerbung der akademischen Infrastruktur in Hessen unterstützen, damit der Finanzplatz über bestens qualifizierte Fachkräfte verfügen kann.

- Wir streben eine weitere Vernetzung von Universitäten und Instituten sowie den verstärkten Ausbau internationaler Schulen an. Ferner wollen wir dazu beitragen, dass die **finanzwirtschaftliche Bildung** in Deutschland forciert wird. Zudem wollen wir ein Programm zur zeitlich begrenzten Übernahme von Fachkräften aus internationalen Unternehmen (Expatriaten) einführen, um gezielt ausländische Fachkräfte aus der Finanzbranche anzuwerben.

- Auf europäischer und nationaler Ebene werden wir **finanzmarktrechtliche Entscheidungen** bestmöglich begleiten. Dazu wollen wir das in Hessen und Deutschland vorhandene Know-how optimal einbringen sowie in regelmäßigen Finanzmarktkabinettsitzungen die Strategien für eine positive Weiterentwicklung des Finanzplatzes Frankfurt in Hinblick auf die ständig neuen Herausforderungen laufend optimieren.

Der Finanzplatz übernimmt internationale Verantwortung

- Insbesondere der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Gemeinschaft mit seinem starken Finanzzentrum London eröffnet **neue Chancen für Frankfurt**, die wir bestmöglich zum Wohle der Menschen in Hessen und Deutschland nutzen wollen.

- Wir werden uns bedarfsgerecht dafür einsetzen, dass in weiteren Behörden und Gerichten auch die englische Sprache akzeptiert wird, um die **Attraktivität des Standortes Hessen für international agierende Unternehmen** weiter zu steigern.

- Auf europäischer Ebene setzen wir uns für den Erhalt des **Drei-Säulen-Modells im Bankensystem** und damit für den Erhalt der Sparkassen und Volksbanken als regionale Finanzinstitute mit deren in Europa einzigartigem Einlagensicherungssystem ein.

- Mit einem Anteil von 75 Prozent bilden in Deutschland klassische Bankkredite von der Hausbank seit jeher die wichtigste Finanzierungsquelle für kleine und mittelständische Unternehmen. Deswegen ist es wichtig, diese Banken zu stärken. Wir unterstützen das Konzept einer **„Small Banking Box“** und setzen uns für Erleichterungen für kleine und mittlere Banken in Regulierungs- und Aufsichtsthemen ein.

- Wir bekennen uns zum Prinzip, dass **Risikotragung und Haftungsverantwortung** in der Wirtschafts- und Währungsunion untrennbar miteinander verbunden sein müssen.

- Eine diskutierte **Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** in einen parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds muss unter Wahrung der Rechte von nationalen Parlamenten erfolgen. Wir halten es für den richtigen Weg, sich zunächst über konkrete gemeinsame Aufgaben innerhalb der EU zu verständigen und anschließend die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen zu klären, statt einen eigenen Eurozonenhaushalt zu schaffen, der für sich genommen die gewaltigen Aufgaben, vor denen die EU steht, nicht löst.

- Ein System der **europäischen Sicherung von Spareinlagen** zur Vollendung der Bankenunion kann erst nach substanzieller Reduzierung der Risiken in den Bankbilanzen der Krisenländer überhaupt in Erwägung gezogen werden.

- Für uns ist selbstverständlich, dass der Geldhandel mit dem Euro (**Euro-Clearing)** nur innerhalb der Euro-Zone stattfinden kann und daher aus London verlagert werden muss. Der Finanzplatz Frankfurt ist dabei der ideale Standort für das zukünftige Euro-Clearing, da er mit der Deutschen Börse, einer Vielzahl von Großbanken, der Nähe zu den Aufsichtsbehörden und einer hervorragenden Infrastruktur beste Voraussetzungen hierfür bietet. Unser Ziel ist deshalb, dass gemeinsam mit der Bundesregierung das Euro-Clearing an den Finanzplatz Frankfurt verlagert wird.

.... für Finanzpolitik und Steuern

Solide Finanzpolitik fortsetzen

- Wir werden in Hessen **keine neuen Schulden** machen, sondern **Altschulden abbauen**. Die **Schuldenbremse** halten wir selbstverständlich ein. Sie ist kein Selbstzweck, sondern zur Bewahrung der Handlungsfähigkeit künftiger Generationen unerlässlich.

- Den Abbau der Altschulden werden wir mit einem konkreten **Tilgungsplan** verbindlich festschreiben. Haushaltsverbesserungen aufgrund von Mehreinnahmen und Minderausgaben werden wir für mehr Investitionen und für den zusätzlichen Schuldenabbau verwenden.

- Wir werden die Zeiten guter Steuereinnahmen nutzen, um durch eine **Investitionsoffensive** neue Werte durch kluge Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Die Mittel für Investitionen wollen wir jährlich konsequent steigern. Investitionshemmnisse werden wir identifizieren und schnellstmöglich abbauen.

- Die Vorsorge für künftige **Pensionslasten** werden wir erhalten und durch Zuführungen in die Versorgungsrücklage des Landes weiter stärken.

- Hessen ist mit seinem jährlichen **Geschäftsbericht** Vorreiter im Hinblick auf die Transparenz der Landesfinanzen. Diese Transparenz werden wir fortführen und wollen sie durch verständliche grafische Darstellung der wichtigsten Eckwerte des Landes aus Haushaltsplan und Geschäftsbericht noch erweitern.

- Um gegenüber allen Bürgern Hessens **volle Transparenz über die Finanzlage unseres Landes** herzustellen, möchten wir alle Hessen einmal jährlich mit einem Kontoauszug über die Finanzlage ihres Landes informieren. Er soll zusammen mit dem Steuerbescheid verschickt werden.

- **Das Bargeld muss erhalten bleiben.** Für uns steht die Rolle des Bargeldes als ein wesentliches Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel nicht zur Disposition. Bestrebungen, das Bargeld sukzessive abzuschaffen, stellen wir uns entschieden entgegen. Zudem wollen wir mit guten Rahmenbedingen dazu beitragen, dass auch in ländlichen Regionen die notwendige Infrastruktur in angemessener Nähe erhalten bleibt, um alltägliche Bankgeschäfte tätigen zu können.

Faire Steuerpolitik

- Wir wollen die **Steuerlast begrenzen** und befürworten dafür unter anderem auf Bundesebene den Abbau des Solidaritätszuschlags.

- Eine Erhöhung der **Steuer- und Abgabenlast auf Bundesebene** lehnen wir ab, da Steuererhöhungen die Vermögensbildung beispielsweise für die Altersvorsorge, Zukunftsinvestitionen, Innovationen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze behindern würden.

- Für die Rente ergibt sich durch die alternde Gesellschaft insbesondere für die Zeit ab 2030 ein erheblicher Handlungsbedarf. Frühzeitig für das Alter vorzusorgen wird immer wichtiger. Deshalb setzen wir mit unserem hessischen Konzept der **„Deutschland-Rente“** einen Impuls für eine Stärkung der privaten Altersvorsorge. Wir wollen, dass alle Menschen in ganz Deutschland von diesem überzeugenden Altersvorsorgekonzept profitieren können. Die üblichen Regelungen der gesetzlichen und betrieblichen Altersvorsorge sind dabei als Leitplanken mitzudenken.

- Wir setzen uns dafür ein, dass durch **höhere steuerliche Freibeträge** für Privatpersonen die Attraktivität der kapitalgedeckten Altersvorsorge weiter erhöht wird.

- Um die Bürger zu entlasten, werden wir uns dafür einsetzen, dass die gesetzlich geregelte **Verzinsung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis** in Höhe von 6% jährlich an das Kapitalmarktzinsniveau angepasst wird, wobei der Zinssatz variabel auszugestalten ist.

- Der Aufwand zur Erhebung einzelner **Bagatellsteuern** steht in keinem Verhältnis zum Ertrag. Wir stellen deshalb alle Bagatellsteuern in Hessen auf den Prüfstand, ohne die finanziellen Spielräume der Kommunen zu schmälern.

- Wir **lehnen die Einführung einer Vermögensteuer und Vermögensabgabe ab**. Diese würde den Investitionswillen sowie die Investitionsfähigkeit insbesondere von Unternehmen behindern und zur Existenzgefährdung besonders von Unternehmen mit hoher Fertigungstiefe führen. Ebenso **lehnen wir eine Verschärfung der Erbschaftsteuer** ab, die Arbeitsplätze in erhebliche Gefahr bringt.

- Wir setzen uns für eine zügige, sachgerechte und zugleich aufkommensneutrale **Reform der Grundsteuer** ein, um die Einnahmebasis für die Kommunen zu sichern. Wir werden prüfen, ob sich das Land Hessen beim Bund dafür einsetzen kann, dass es den Kommunen ermöglicht wird, innerhalb ihres Gemeindegebietes Zonen mit unterschiedlichen Grund- und Gewerbesteuersätzen einzurichten.

- Wir werden die **Steuersätze für Landessteuern nicht erhöhen** und lehnen Vorschläge für die Einführung neuer Steuern und Abgaben auf Ebene des Landes oder des Bundes (wie bspw. Wassercent sowie Sand- und Kiessteuer) ab.

- Finanzielle Spielräume bei der **Grunderwerbsteuer** durch die Bekämpfung von Share-Deal-Steuersparmodellen und die Gründung von Kapitalgesellschaften zur Steuervermeidung werden wir vollständig dazu nutzen, um Familien mit Kindern beim Eigenheim-Erwerb hinsichtlich der Grunderwerbsteuer zu entlasten.

Steuerbetrug konsequent bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen

- **Steuerhinterziehung** ist eine Straftat, die wir weiterhin konsequent bekämpfen werden. Wir werden auch zukünftig gegen aggressive Steuergestaltung vorgehen, da es dem Prinzip der Steuergerechtigkeit widerspricht, wenn sich Einzelne einseitig zulasten der Gemeinschaft einer der Leistungsfähigkeit entsprechenden Besteuerung entziehen. Weil dies auf allen Ebenen gilt, gehen wir sowohl gegen Mogel-Kassen vor, als auch gegen unseriös agierende internationale Unternehmen.

- Wir setzen uns weiterhin für eine **gerechte Besteuerung auch internationaler Konzerne** (inkl. dem Onlinehandel) ein. Steuerverkürzungen durch aggressive Steuergestaltung enthalten nicht nur dem Gemeinwesen Einnahmen vor, sondern führen darüber hinaus zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten ehrlich und verantwortungsvoll agierender Unternehmer.

- **Steuerschlupflöcher** müssen geschlossen, faire und leistungsgerechte Steuer- und Abgabensysteme gefördert werden. Daher unterstützen wir das europaweite und länderübergreifende Vorgehen gegen grenzüberschreitende Steuerflucht.

- Wir unterstützen **Initiativen gegen den Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel**, durch die Betreiber von Internetmarktplätzen (wie beispielsweise Amazon und eBay) zukünftig besser in Haftung genommen werden können.

- Auch in den nächsten Jahren werden wir jedes Jahr hunderte junge Menschen einstellen und ausbilden, um **Hessens schlagkräftige Steuerverwaltung** weiter zu stärken.

Wie wir in Hessen wohnen

Hessen ist ein starkes Land in der Mitte Deutschlands und Heimat für über 6 Millionen Menschen, die hier leben, wohnen und arbeiten. Wir stehen für starke Städte und für starke ländliche Regionen. Allein in den Jahren 2018 und 2019 investieren wir mit der Initiative „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ fast 2 Milliarden Euro in den ländlichen Raum und nehmen damit alle Aspekte des Zusammenlebens im ländlichen Raum in den Blick. Dazu kommen Rekordausgaben für den Straßenbau, die Elektromobilität und den öffentlichen Personennahverkehr. Das ist aktive Standortpolitik für alle Regionen! Wir fördern den Wohnungsbau und werden für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Ebenso stärken wir die Metropolregionen und den Austausch der Wirtschaftsräume.

Stolz auf unsere Heimat

Den besonderen Reiz unseres Landes macht seine Vielfalt aus – das Zusammenspiel zwischen Metropolen und ländlichen Regionen. Wir geben den Menschen Heimat, indem wir alle Teile des Landes stärken. Über 90 Prozent der Menschen leben gerne in Hessen. Sie sind stolz auf unsere Heimat. Gleich ob Menschen ihr gesamtes Leben in Hessen verbringen oder zu uns kommen und ein Teil unseres Landes werden. Dieser Zusammenhalt gibt uns die Kraft, große Aufgaben zu meistern, und die Zuversicht, aus unserer Liebe zur Heimat heraus weitere Herausforderungen zu meistern. Mit der Offensive „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ haben wir bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die wir zukünftig ausweiten wollen.

Land hat Zukunft

Wir wollen auch in Zukunft ein Land sein, in dem der ländliche Raum den Menschen bedürfnisgerechte Strukturen bietet. Schon heute ist die Wohnsituation auf dem Land komfortabler und günstiger als in den Ballungsräumen. Wir wollen auch in Zukunft verstärkt daran arbeiten, eine lebenswerte Infrastruktur zu erhalten und zu schaffen, und Bildung, Nahversorgung, verkehrliche wie digitale Anbindung, ärztliche Versorgung und gemeinschaftliches Zusammenleben zu stärken und auszubauen. Teil dieser Gesamtstrategie wird ein Konzept zur dezentralen Verlagerung von Behörden in ländliche Regionen sein.

Starke Metropolen für Hessen

Städte und Metropolen haben eine große Anziehungskraft auf Menschen, die nach wie vor steigt. Wir wollen, dass die pulsierenden Ballungsräume in Hessen sich entwickeln. Diese Attraktivität ist gleichzeitig mit großen Herausforderungen verbunden: Insbesondere in der Mobilität, der Integration sowie bei Infrastruktur und Wohnraum. Wir werden weiter daran arbeiten, urbane Lebensräume lebenswert und bezahlbar zu erhalten und positiv zu entwickeln. Wir schaffen mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Programmen Wohn- und Lebensraum in den Innenstädten.

Für genügend Wohnraum

Zu Hause – das ist Heimat und zu allererst Wohnung. Wir haben in den letzten Jahren viel für ein vielfältiges Wohnraumangebot in Hessen getan. Dank zielgerichteter Förderung und einem intelligenten Mix aus Erschließung neuer Flächen und Aktivierung alter Ortskerne ist die Wohnungssituation außerhalb von Ballungsräumen ausgesprochen günstig. Auch in größeren Städten und Metropolen muss es ein ausgewogenes Verhältnis von Wohnraumbedarf und von bezahlbaren Angeboten geben. Hierzu werden wir den Wohnungsbau in diesen Zentren intensivieren. Für jede Region mit Steuerungsbedarf werden wir ein Register freier Flächen erstellen und Beratungsangebote an private und kommunale Eigentümer hinsichtlich der Nutzung der Flächen machen. Wir werden über eine gezielte Moderation auf allen Ebenen weiter Flächen erschließen, die helfen werden, Wohnungsprobleme zu lösen.

Privates Bauen fördern
Die Förderung von Eigentumsbildung hat für uns einen hohen gesellschaftlichen Wert. Für viele Menschen und insbesondere Familien ist der Bau oder Kauf eines Eigenheimes ein wesentliches Bedürfnis in der privaten Lebensgestaltung. In den eigenen vier Wänden zu leben, ist die beste Altersvorsorge. Mit dem neuen Baukindergeld und unterstützenden Maßnahmen wollen wir den Traum von den eigenen vier Wänden unterstützen. Mehr Hessen sollen in der eigenen Wohnung leben können.

Sozialen Wohnungsbau unterstützen
Wir werden gemeinsam mit dem Bund gegen den Anstieg von Mieten kämpfen, weiteren studentischen Wohnraum schaffen und den sozialen Wohnungsbau fördern. Unser Förderangebot auf Rekordniveau für die Schaffung von sozialem Wohnraum werden wir beibehalten, damit auch weiterhin keine Förderanträge abgelehnt werden. Zudem werden wir verstärkt Belegungsrechte ankaufen, um Wohnungen bezahlbar zu erhalten. Ein bedarfsgerechtes Angebot für jeden ist unser Ziel. Menschen mit mittleren Einkommen, die Leistungsträger in den Ballungsräumen sind, wollen wir dabei besonders unterstützen.

Zusammen stärker sein – wir denken über Grenzen hinweg
In einer globalisierten Welt können wir nicht an Stadt-, Kreis- oder Landesgrenzen Halt machen, wenn wir erfolgreich sein wollen. Nur durch mehr Kooperation sind neue, ehrgeizige Zukunftsziele zu realisieren. Wir werden deshalb die Vernetzung unserer Wirtschaftsräume in allen Landesteilen weiter entwickeln und hierbei auch vor Landesgrenzen nicht Halt machen. Die Erfolge und die Initiativen der Metropolregionen Rhein-Neckar und Frankfurt/Rhein-Main spornen uns an, gemeinsam weitere Ideen der Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb Hessens zu entwickeln und umzusetzen.

Moderner Verkehr auf Straße, Schiene und in der Luft
Hessen ist Transitland für ganz Europa, über den Frankfurter Flughafen sogar für die ganze Welt. Wir stehen zu diesem Flughafen und seiner positiven Entwicklung auch in Zukunft – denn er ist Wirtschaftsfaktor und Jobmotor für die gesamte Region. Neben den Investitionen im Straßenbau werden wir im gleichen Maße den Schienenverkehr ausbauen. Einzelne Verkehrsträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen für eine ausgewogene intelligente Binnenmobilität in Hessen. Egal mit welchem Verkehrsmittel – nur mit der CDU gibt es ein intelligentes und ausgewogenes, ideologiefreies Verhältnis der Verkehrswege und Verkehrsträger.

Weniger Staus auf unseren Straßen
Den Straßenbau wollen wir auf hohem Niveau erhalten und gleichzeitig in moderne Verkehrsleitsysteme investieren. Durch intelligente Steuerungsmaßnahmen wollen wir Staus wo immer möglich vermeiden und dafür sorgen, dass Stau dort, wo er unvermeidlich ist, schneller und effektiver aufgelöst werden kann. Dazu gehört auch die notwendige Weiterentwicklung des Individualverkehrs über Straße und Auto hinaus. Wir fördern den Öffentlichen Nahverkehr als gleichberechtigte Alternative zum Individualverkehr. Hierzu zählen auch moderne Verkehrskonzepte und weitere Maßnahmen wie zum Beispiel Anreize für klimafreundlichere Autos oder die Erweiterung von E-Mobilität. Deshalb werden wir weiter in E-Mobilität investieren und auch die Flotten des Landes weiter CO2-ärmer machen. Überdies haben wir mit dafür gesorgt, dass in den nächsten Jahren die größten Investitionen der Bahngeschichte Hessens realisiert werden.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für unsere Heimat

- Unsere Kommunen sind das Rückgrat des Gemeinwesens. Unsere Überzeugung ist: je mehr Selbstständigkeit vor Ort gegeben ist, desto vitaler ist die Heimat. Wir wollen **allen Teilen und Regionen Hessens gleichermaßen gute Perspektiven für die Zukunft bieten**.

- Wir begrüßen, dass das Gebot **„gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Hessen" in die Hessische Verfassung aufgenommen werden soll.** Die gleichmäßige Entwicklung aller Landesteile hat für uns Verfassungsrang. Daher unterstützen wir die zeitgleich mit der Landtagswahl stattfindende Volksabstimmung (unter Anderem) über diese Frage.

- Wir streben für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main die Ausrichtung einer **„Specialised Expo"** an. Hierbei handelt es sich um eine anerkannte Internationale Spezialausstellung zu einem spezifischen Thema, die zwischen zwei Weltausstellungen stattfindet. Unter dem Motto „smart region – smart people" können innovative, vernetzte und ressourcenschonende Konzepte, etwa für Mobilität, Stadt- und Regionalentwicklung, Flächenaktivierung und Energieerzeugung entwickelt und demonstriert werden.

- Der Zukunftsmonitor 2017 mit dem Schwerpunkt «Ländlicher Raum» zeigt, dass für 96 Prozent der Befragten Heimat eine positive Bedeutung hat, 91 Prozent sagen, ihre Heimat ist ihnen wichtig und 86 Prozent fühlen sich ihrer Heimat stark verbunden. Wir wollen, dass **Heimat** deshalb in Hessen einen **besonderen Stellenwert** bekommt, am besten mit einem eigenen Ministerium für Heimat oder prominent mit Namensnennung in einem vorhandenen, CDU-geführten Ministerium.

- Die **Offensive für den ländlichen Raum**, die wir im vergangenen Jahr aufgelegt haben, treiben wir intensiv voran. Dies gilt insbesondere für
  - den flächendeckenden Breitbandausbau für jeden Haushalt überall in Hessen,
  - die Ansiedlung von Arbeitsplätzen und Studienplätzen im ländlichen Raum,
  - die Verlagerung von Behördenarbeitsplätzen in den ländlichen Raum,
  - die Stärkung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum unter anderem durch die Stärkung von Gemeindeschwestern, der Telemedizin, von Gesundheitszentren, durch Landarztstipendien und den Erhalt der Krankenhausinfrastruktur,
  - den Erhalt kleinräumiger Schul- und Kinderbetreuungsstrukturen durch dafür erforderliche Sonderregelungen und Flexibilität,
  - die Unterstützung von Sport und Kultur in unseren Dörfern,
  - die Unterstützung des Tourismus in den ländlichen Räumen,
  - die Stärkung des „Schutzmanns vor Ort" und des freiwilligen Polizeidienstes im ländlichen Raum,
  - die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen, insbesondere auch der freiwilligen Feuerwehren,
  - die Unterstützung der Vereine als Kitt unserer Gesellschaft und
  - die Stärkung von Mobilität und des ÖPNV im ländlichen Raum, insbesondere durch moderne Maßnahmen wie Bürgerbusse als Ergänzung und Mobilitätsstärkung.

  Wir nutzen dabei alle Instrumentarien und setzen vor allem auf innovative Ideen und den Abbau von Bürokratie.

- Wir möchten, dass möglichst viele Regionen Hessens **„LEADER-Region"** werden und von den europäischen Fördermitteln profitieren können.

Unsere Dörfer zukunftsfest machen

- Die Mittel für die bestehenden **vielfältigen besonderen Förderprogramme** für den ländlichen Raum müssen weiterhin erhöht werden. Die Programme werden vereinfacht, entbürokratisiert und großteiliger aufgestellt.

- In möglichst allen Förderprogrammen des Landes soll im ländlichen Raum auch die Förderung unterhalb der bisherigen **Bagatellgrenzen** ermöglicht werden, da gerade hier mit wenigen Mitteln viel erreicht werden kann. Das Förderverfahren muss entsprechend vereinfacht werden.

- Gerade kleine Kommunen können personalbedingt oftmals die Förderprogramme und deren Fördermodalitäten nicht überschauen. In der neuen Akademie für den ländlichen Raum sollen daher **Förderlotsen** diese Kommunen unterstützen.

- Das **Programm „Dorfentwicklung“** ist wesentlich für moderne und zukunftsfeste Dörfer. Es bietet jährlich über 100 kleinen Dörfern und Ortsteilen Entwicklungsperspektiven durch finanzielle Zuschüsse. Dieses erfolgreiche Programm werden wir finanziell nochmals aufstocken und weiter private und öffentliche Maßnahmen fördern.

- Für alle kleinen Dörfer, die nicht im Programm der Dorfentwicklung Zugang zu Fördermitteln erhalten, werden wir ein **alternatives Beratungsprogramm** bereitstellen, mit dem andere Möglichkeiten zur Förderung der Entwicklung identifiziert und umgesetzt werden können.

- Durch Eigenleistung bei Maßnahmen der Dorfentwicklung können Kommunen viel sparen und die „Dorfgemeinschaft“ festigen und verbessern. Insofern sind **Eigenleistungen bei Förderprogrammen anzuerkennen**. Gegebenenfalls wollen wir auch kleinere Anerkennungsprämien unbürokratisch und steuerfrei berücksichtigen.

- Die **Umwidmung** ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude (wie z.B. Stallungen und Scheunen) in Wohngebäude muss vereinfacht werden.

- Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, **Leerstand in Ortskernen** beispielsweise durch Flächenankauf zu beheben und in Wohnraum umzuwandeln, auch um dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ Rechnung zu tragen.

- Deshalb werden wir auch dafür sorgen, dass mit dem **Denkmalschutz** praxisnahe, verständliche und bezahlbare Lösungen gefunden werden.

- Von den vielseitigen **Städtebauförderungsprogrammen** des Landes sollen die Mittelzentren im ländlichen Raum verstärkt profitieren. Die Städtebauförderung haben wir in der vergangenen Legislaturperiode deutlich ausgebaut und finanziell aufgestockt. Wir werden die erfolgreichen Programme in Art und Umfang fortsetzen und über eine volle Co-Finanzierung der durch den Bund bereitgestellten Mittel sicherstellen.

Gleichwertige Infrastruktur überall in Hessen

- Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die **EU-Kohäsionspolitik** fortgesetzt wird, damit auch starke Regionen wie Hessen hiervon weiterhin profitieren können. Diese Mittel, die von der Europäischen Union, dem Bund und dem Land zur Entwicklung und zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bereitgestellt werden, sind wesentliche Grundlage für eine Vielzahl von Förderangeboten, von denen die ländlichen Räume profitieren.

- Es müssen weiterhin **alle Regionen Europas** von den europäischen Fördermitteln (ELER, EFRE und ESF) profitieren können. Hierzu haben wir bereits zahlreiche Aktivitäten umgesetzt und werden uns im Rahmen der Diskussionen auf europäischer Ebene weiterhin klar positionieren. In Hessen werden wir diese Mittel konsequent für die Förderung des ländlichen Raums einsetzen.

- Die **Mobilität und der öffentliche Personennahverkehr** sind im ländlichen Raum zu verbessern. Neben der Fortsetzung der **Rekordfinanzierung** der Verkehrsverbünde RMV, VRN und NVV werden wir auch **neue Ideen** wie z.B. Mitfahrbänke, Schnellbuslinien mit Park & Ride etc. entwickeln und fördern. Auch Ruf- und Bürgerbusse stellen insbesondere im ländlichen Raum die Mobilität vieler Menschen sicher. Diese Konzepte werden wir weiter fördern und Regelungshindernisse beseitigen.

- Das Auto bleibt trotz Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr das wichtigste Fortbewegungsmittel im ländlichen Raum. Deshalb muss die **Infrastruktur** unterhalten und verbessert werden. Anbindungen und Ortsumgehungen müssen auch weiterhin geschaffen werden.

- Die Erhaltung der **kommunalen Straßen** und die Beitragserhebung sind ureigene **Aufgaben der Kommunen** und wichtiger Teil der kommunalen Selbstverwaltung und liegt somit in der Entscheidungskompetenz der politischen Mandatsträger vor Ort. Das möchten wir – auch im Sinne einer generationengerechten Haushaltspolitik – beibehalten. Wir sind überzeugt, dass bedarfsgerechte und bürgernahe Entscheidungen direkt in den Kommunen am besten getroffen werden können.

- Wir werden **wohnortnahe Kinderbetreuungsplätze und Schulen** weiterhin sicherstellen. Wo dies erforderlich ist, werden wir für den Erhalt kleiner Betreuungs- und Schulstandorte eine gesonderte Förderung vorsehen und Lösungen mit Verbund- und Zweigstellen voranbringen.

- Die **Gesundheitsversorgung auf dem Land** wollen wir verbessern und modernisieren. Neben der klassischen Versorgung durch niedergelassene Ärzte und einem dichten Netz von Krankenhäusern gehören hierzu
  - die Gemeindeschwestern 2.0, die neben der gesundheitlichen Versorgung gerade älteren Menschen persönliche Ansprache bieten,
  - Gemeinde-Notfallsanitäter,
  - „fahrbare Praxen“, um alle Menschen zu erreichen,
  - Medizinische Versorgungszentren und die weitere Förderung von regionalen Gesundheitszentren,
  - die Unterstützung von Landärzten durch Landarztpraxisdarlehen oder Landarztstipendien,
  - die Nutzung der modernen Möglichkeiten der Telemedizin,
  - der Erhalt eines flächendeckenden Versorgungsangebotes in der stationären und ambulanten Pflege und die stärkere Anerkennung familiärer Pflegeleistung.

- Auch im ländlichen Raum werden wir **flächendeckend schnelles Internet** bereitstellen. Wir machen Hessen bis 2025 flächendeckend zum Gigabit-Land.

- Mit der „**Digitalen Dorflinde**“ stellen wir in einem ersten Schritt kostenlose WLAN-Hotspots in allen Orten in den ländlichen Regionen zur Verfügung.

- Wir wollen Kommunen unterstützen, um eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung zu gewährleisten. Als Landesverwaltung wollen wir selbst besser vor Ort und digital erreichbar sein.

- Wir werden gemeinsam mit dem Hotel- und Gastronomieverband dem „**Kneipen- und Gasthof-sterben“ entgegenwirken**, da die Gasthäuser als Treffpunkt für Jung und Alt fungieren und oftmals Herzstück eines Dorf-/Stadtteillebens sind. Gerade die neu geschaffenen Fördermöglichkeiten der Gemeinschaftsaufgabe Agrar- und Küstenschutz werden wir dafür nutzen.

Arbeiten im ländlichen Raum

- Wir wollen gute Rahmenbedingungen für **neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum** schaffen und vorhandene Arbeitsplätze in allen Sektoren in den ländlichen Raum verlagern, wo dies sinnvoll möglich ist.

- Wir unterstützen die **Ansiedlung von Gewerbeflächen** an den Auf- und Abfahrten der Autobahnen und Schnellstraßen und Schienenverkehrswegen, um kürzere und schnellere Wege zum Arbeitsplatz zu ermöglichen.

- Wir werden in einem **Sonderprogramm 300 Gründerstipendien** speziell für die Gründung von innovativen Unternehmen im ländlichen Raum bereitstellen, die von einer unabhängigen Jury vergeben werden. Als Ergänzung zu den existierenden EXIST-Gründerstipendien des Bundes, die sich an Hochschulabsolventen richten und die wir in Hessen verstärkt nutzen wollen, sollen sich diese Stipendien nicht nur an Hochschulabsolventen richten, sondern von allen innovativen Gründern in Hessen genutzt werden können.

- **Das Land übernimmt eine Vorreiterfunktion für Arbeitsplätze im ländlichen Raum**. Verwaltungsarbeitsplätze werden verstärkt in den ländlichen Raum verlegt. Neben der Verlagerung von Behörden und der Bündelung von Aufgaben in ländlichen Behörden wollen wir auch so genannte „**Hessen-Büros**“ flächendeckend in Hessen – möglichst mit mindestens einem Büro pro Landkreis – einrichten. In diesen „Hessen-Büros“ sollen Mitarbeiter der Landesverwaltung an mehreren Wochentagen wohnortnah arbeiten können. Mitarbeiter der Landesverwaltung können so mit ihren Familien auch außerhalb der Ballungsräume leben und ihrer Tätigkeit nachgehen.

- Wir werden gerade kleinen Kommunen ausreichenden **Entwicklungsspielraum zur Ausweisung von Baugebieten oder Gewerbegebieten** einräumen und zu diesem Zweck den Landesentwicklungsplan überarbeiten.

- **Land- und Forstwirtschaft** tragen wesentlich zu lebendigen ländlichen Räumen bei und bieten Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Mit der Fortschreibung des bundesweit einmaligen „Zukunftspaktes Hessische Landwirtschaft“ werden wir die Land- und Forstwirte weiter unterstützen und die wirtschaftliche Bedeutung dieses Sektors stärken.

- Als großer Arbeitgeber im ländlichen Raum ist die Bundeswehr unerlässlich für den Wohlstand dieser Regionen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle **Bundeswehrstandorte in Hessen erhalten bleiben**. Dabei soll die vorhandene Infrastruktur fortlaufend modernisiert werden.

Zusammenhalt im ländlichen Raum

- Das **Kultur- und Vereinsleben** im ländlichen Raum erfährt von uns eine besondere Unterstützung. Ein aktives Vereinsleben steht auch für die gute Lebensqualität auf dem Land. Die Attraktivität des ländlichen Raums lebt auch von kulturellen Angeboten. Wir werden daher mit Museumsbussen, die auf Schulhöfen und Marktplätzen Halt machen, die Angebote der reichen hessischen Museumslandschaft mobilmachen. Mit der Förderung von Kinos im ländlichen Raum und mobilen Wanderkinos, die aktuelle Filme in Bürgerhäusern zeigen, werden wir auch diesen wichtigen Teil der Kultur in allen Teilen Hessens fördern.

- Die **Sport- und Kulturvereine** sind der Kitt, der gerade die dörflichen Gemeinschaften zusammenhält. Wir wollen diese Leistung honorieren. Wir intensivieren daher den Sportstättenbau und modernisieren die Sportplätze, Turnhallen sowie Schwimm- und Hallenbäder in unserem Land.

- Die Arbeit von Nachbarschaftsvereinen, Seniorengenossenschaften und ähnlichen Institutionen, die gegenseitige Hilfe und Unterstützung ermöglichen, werden gefördert und unterstützt. Das **ehrenamtliche Engagement** bei der Hilfe untereinander ist Generationen übergreifend, verbindet und wirkt einer Isolation im Alter entgegen.

.... für die Wohnungspolitik

Passgenaue Förderung für angemessenen Wohnraum für jeden

- Im Mittelpunkt unserer Wohnungspolitik in Hessen steht der Wunsch, dass alle Menschen eine Wohnung zu angemessenen Preisen finden können. Grundsätzlich ist dabei das Ziel, **alle Menschen in Hessen in den allgemeinen Wohnungsmarkt zu integrieren**.

- Die **soziale Durchmischung** der Gebiete und die Auflösung reiner Sozialwohnraum-Siedlungen ist ein Erfolg und wird fortgesetzt. Wichtiger als die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen ist uns die Zahl der absolut verfügbaren Wohneinheiten und die passgenaue Verteilung und Mittelbereitstellung entsprechend der Bedürfnisse und Nachfrage der Bürger.

- Der Bedarf an Mietwohnungsraum insbesondere in den Ballungszentren lässt sich am besten mit den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft decken. Neben den richtigen Maßnahmen staatlicher Unterstützung bedarf es vor allem mehr Investitionen von Privaten in den Wohnungsbau. Um sicherzustellen, dass nicht staatliche Regularien und Eingriffe diese notwendigen Investitionen unnötig erschweren, wollen wir bestehende Regelungen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und ihre Auswirkungen auf das Wohnraumangebot evaluieren. Der Staat nimmt hierbei eine besondere Verantwortung für den sozialen Ausgleich wahr. Um Menschen noch besser und zielgerichteter bei der **Versorgung mit angemessenem Wohnraum** helfen zu können, wollen wir die Förderung des sozialen Wohnungsbaus weiterentwickeln und langfristig zu einer verstärkten Förderung der unterstützungsbedürftigen Mieter (**Subjektförderung**) umbauen.

- Die Förderung **bezahlbaren Wohnraums** wollen wir weiter vorantreiben. Hierzu werden wir die hohe **Fördersumme** der letzten Jahre beibehalten. Die Förderung von sozialem Wohnraum werden wir auf dem aktuellen Allzeithoch fortsetzen und dafür sorgen, dass auch weiterhin keine Förderanträge abgelehnt werden müssen. Gerade in Ballungsräumen sollten so die Möglichkeiten auch für mittlere Einkommensgruppen verbessert werden.

- Die **Förderrichtlinien** werden wir weiterhin attraktiv ausgestalten, um Investitionen in Wohnungsneubau und -modernisierung anzureizen. Bestehende Mindeststandards zur Förderfähigkeit von Wohnungen mit Sozialbindung werden wir kritisch hinterfragen und gegebenenfalls anpassen. Dies betrifft insbesondere die Mindestgrößen und Mindestanzahl von Wohneinheiten sowie überzogene Ausstattungsvorgaben.

- Als kurzfristige Maßnahme zum Erhalt des Bestands an Sozialwohnungen werden wir durch den verstärkten **Kauf von Belegungsrechten** dafür sorgen, dass preisgebundene Wohnungen auch nach Ablauf der Bindungsfristen bezahlbar bleiben.

- Wir setzen uns für eine **Erhöhung des Wohngeldes** und eine Anpassung der Einkommensgrenzen für den Bezug von Wohngeld ein, um den gestiegenen Mieten in den Ballungsräumen Rechnung zu tragen. Das Wohngeld soll dabei noch stärker darauf ausgerichtet werden, vor allem Familien mit mittleren Einkommen dabei zu unterstützen, gestiegene Mietpreise bezahlen zu können. Generell sollte eine dynamische Anpassung dieser Sozialleistung auf Grundlage nachvollziehbarer Parameter vorgesehen werden.

- Die in öffentlicher Hand befindlichen **Wohnungsbaugesellschaften** sollten sich verstärkt auf das Kerngeschäft der Schaffung von bezahlbarem Mietraum konzentrieren.

- Die **Fehlbelegungsabgabe** werden wir beibehalten, um weiterhin bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Eigentum schaffen

- Zu wenig Menschen in Deutschland leben in den eigenen vier Wänden. Deshalb wollen wir die **Wohneigentümer-Quote in Hessen um jährlich 1 Prozent steigern**. Dazu werden wir ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das vor allem jungen Familien im Wunsch nach Wohneigentum unterstützt.

- Auf **Bundesebene verfolgte Ansätze**, insbesondere zur steuerlichen Absetzbarkeit von Investitionen in den Wohnungsbau, zur Schaffung eines Baukindergeldes und gegebenenfalls auch zur Anpassung der Grunderwerbssteuer werden wir unterstützen, wenn diese zu einer Anregung des Wohnungsbaus beitragen können.

- Wir werden beim Bund dafür eintreten, **die Eigenheimrente und die Wohnungsbauprämie** strukturell zu stärken und zu einem attraktiven Angebot zur Förderung von Wohneigentum weiterzuentwickeln.

- Beim Bund werden wir dafür werben, dass den Ländern die Möglichkeit eingeräumt wird, die **Grunderwerbsteuer** beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum nicht oder nur in einem geringeren Satz zu erheben. Diese Spielräume werden wir nutzen, um insbesondere Familien mit Kindern zu entlasten.

- Die Förderung von bezahlbarem Wohnraum und die **Förderung von Eigentum** bleiben gleichberechtigt und werden entsprechend des aktuellen Marktumfeldes bedient.

- Der Erwerb eines selbstgenutzten Eigenheims oder einer Eigentumswohnung sind Altersvorsorge und das beste Mittel gegen den so genannten „Gentrifizierungsdruck“ – also die Verdrängung alteingesessener Anwohner durch steigende Mieten – in bestimmten Stadtteilen. Wir werden deshalb die **Eigentumsförderung** wieder stärken. Insbesondere werden wir die **Fördermöglichkeiten** den gestiegenen Bauland- und Immobilienpreisen anpassen.

- Um insbesondere Mietern den Erwerb von Eigentumswohnungen oder einem Eigenheim zu erleichtern, werden wir ergänzend zu den neuen Bundesprogrammen ein **Bürgschaftsprogramm** auflegen, um als **Eigenkapitalergänzung** Mietern den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern.

- Ein **Umwandlungsverbot von Mehrfamilienhäusern in Eigentumswohnungen lehnen wir ab**. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die es erleichtern, z.B. Büroraum oder sonstigen wirtschaftlich genutzten Raum in Wohnungen umwandeln zu können. Wir möchten außerdem Beratungsangebote fördern, um Mieter, die ihre Wohnung erwerben möchten, und Mehrfamilienhauseigentümer bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen zu unterstützen.

- Wir unterstützen die Aktivitäten von **Wohnungsbaugenossenschaften** und Wohneigentumsgemeinschaften. Auch unterstützen wir neue Ideen und andere Lösungen um die Mieten zu senken, wie beispielsweise die Nutzung von Erbbaurechten.

- Die Vorschläge der Kostensenkungskommission des Bundesbauministeriums werden wir umsetzen, wo dies sinnvoll möglich ist, um unnötige Kosten beim Wohnungsbau durch überhöhte Auflagen und Standards abzubauen und damit die **Baukosten insgesamt** zu **reduzieren**.

- Zur **Eindämmung von Kostensteigerungen** setzen wir uns ein
  - gegen weitere Verschärfungen der **Energieeinsparverordnung** auf Bundesebene,
  - für eine Zusammenlegung, Konsolidierung und Technologieoffenheit von **EnEV und EEWärmeG** auf Bundesebene.

Mehr Bauland schaffen

- Die **Ausweisung von zusätzlichem Wohnbauland** muss dringend beschleunigt und vereinfacht werden. Hierzu werden wir uns dafür einsetzen, die rechtlichen Verfahren und Schritte, die die Kommunen zur Ausweisung von neuen Baugebieten durchlaufen müssen, signifikant zu vereinfachen und zu beschleunigen.

- Wir setzen uns beim Bund für ein **Planungsbeschleunigungsgesetz**, zum Beispiel nach Vorbild des in den 1990er Jahren gültigen Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes ein, das die Planung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen und der Wohnraumerstellung beschleunigt.

- Zur Beschleunigung der rechtsstaatlichen Verfahren werden wir an den **Verwaltungsgerichten separate Kammern für Planungs- und Bauverfahren** einrichten.

- Um dringend erforderlichen Wohnraum rasch bereitzustellen, wollen wir in Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt die Möglichkeit einräumen, ein gegen die Ausweisung von Wohnbaugebieten gerichtetes **Bürger- oder Vertreterbegehren zu** erschweren.

- Wir werden prüfen, inwieweit wir **Kommunen bei der Ausweisung von zusätzlichen Wohngebieten finanziell und organisatorisch fördern** können. Insbesondere wollen wir Anreize zur Entwicklung von Potenzialen setzen, sowie eine Vorfinanzierung der Maßnahmen und eine Berücksichtigung von Wohnfolgekosten sicherstellen. Unter anderem werden wir geplante Baugebiete im Kommunalen Finanzausgleich besser berücksichtigen, indem wir den Kommunen die zu erwartenden Neueinwohner bereits in der Planungs- und Bauphase als Einwohner anerkennen.

- Wir wollen die Innenentwicklung stärken und vorhandene Potenziale zur Nachverdichtung nutzen. Dazu werden wir gemeinsam mit den Kommunen ein Instrument zur Erfassung und Digitalisierung von Innenentwicklungsflächen als **kommunales Baulückenkataster** einführen.

- Wir werden Kommunen durch die Bereitstellung einer Mustersatzung darin unterstützen, die zulässige **Geschossflächenzahl zu erhöhen und Aufstockungen zu erleichtern**. Hinderliche bürokratische Auflagen bezüglich der Bereitstellung durchgehender Aufzüge und zusätzlicher Stellplätze wollen wir abschaffen. Die Innenentwicklung und zielgerichtete Nachverdichtung wollen wir ebenso voranbringen, wie die **Entwicklung von Konversionsflächen** zur Schaffung von Wohnraum.

- Wir werden als Land eine Vorreiterrolle übernehmen **und Liegenschaften des Landes** verstärkt über das Instrument der Konzeptvergabe veräußern, um statt eines maximalen Preises noch stärker die Erreichung der wohnungsbaulichen Ziele in den Mittelpunkt stellen.

- Die erweiterte Verbilligungsrichtlinie zur vergünstigten Vergabe von bundeseigenen Immobilien durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) an Kommunen wollen wir nutzen, um **Grundstücke im Eigentum des Bundes zu entwickeln** und bedarfsgerecht zu entwickeln.

- Wir werden uns dafür einsetzen, **Bauanträge zu erleichtern und zu beschleunigen**. Die Verlängerung vereinfachter Baugenehmigungsverfahren und die Stärkung des seriellen Bauens gehören ebenso dazu wie die Unterstützung der kommunalen Bauämter.

- In den Ballungsräumen können auch Hochhäuser zur Entlastung des Wohnungsmarktes beitragen und zudem einen städtebaulichen und architektonischen Wert entfalten. Um die Errichtung von Hochhäusern in unseren Ballungszentren zu erleichtern, wollen wir die **Hochhaus-Richtlinie** anpassen und den Städten hierzu mehr Flexibilität einräumen.

Partner zusammenbringen

- Wohnungsbau und preiswerte Mieten sind Kernaufgaben der Daseinsvorsorge. Deshalb werden wir ein **Ministerium** für diese Aufgaben gründen.

- Die **Allianz für Wohnen** und die **Baulandoffensive** des Landes werden wir fortsetzen.

- Um dem Wohnraummangel im Ballungsraum zu begegnen, werden wir die Möglichkeiten für **Berufspendler vereinfachen und ÖPNV-Angebote im ländlichen Raum ausbauen**, um die Regionen Hessens noch besser, schneller und in engerer Taktung zu vernetzen.

.... für Verkehr und Mobilität

Straßen und Schienen bedarfsgerecht ausbauen

- Für die im **Bundesverkehrswegeplan 2030** dargestellten Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs werden wir zeitnah die Planung und Umsetzung beginnen. Die nötigen **Planungsleistungen** für alle dort genannten Maßnahmen werden wir schnell erbringen. Hierzu werden wir bei der Gewinnung, Qualifizierung und Sicherung von Personalressourcen massiv investieren.

- Von besonderer Bedeutung für uns als Transitland sind **leistungsstarke Autobahnen**. Dabei sind die Fertigstellung der A44 und A49, sowie des Riederwaldtunnels (A66/A661), der Ersatzneubau einer Rheinbrücke zwischen Mainz und Wiesbaden im Zuge der A 643, der Ausbau der A4 (B508neu), die Sanierung der Brückenbauwerke der A 45 und die Ertüchtigung der Autobahnkreuze an A3 und A5 von besonderer Bedeutung.

- Vordringlich wollen wir den **Ausbau der Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs** im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main angehen und fortsetzen (Frankfurt RheinMainplus/S-Nahnplus). Hierzu gehören als wesentliche Großprojekte:
  - Der Ausbau der Regionaltangente West als Ringverkehr im Ballungsraum,
  - Die Realisierung der Nordmainischen S-Bahn,
  - Die S-Bahn-Anbindung Mittelhessen (Gießen) durch Fortführung des 3. Gleises zwischen Frankfurt/Friedberg und Gießen,
  - Die S-Bahn-Anbindung des Terminal III am Flughafen Frankfurt, den Ausbau zentraler Bahnhöfe zu Nahverkehrsknotenpunkten mit Unterstützung von Landesmitteln. Es muss Reisenden ermöglicht und erleichtert werden, zwischen unterschiedliche Verkehrsträgern sicher, bequem und alltagstauglich zu wechseln. Hierzu wollen wir beispielsweise die Kommunen bei der Einrichtung verkehrsgünstig gelegener Park + Ride-Anlagen, der Schaffung Möglichkeiten zur sicheren Abstellung von Fahrrädern und der Einrichtung niederschwelliger Fahrradverleihsysteme fördern.
  - Eine bessere Integration von Ruf- und Bürgerbusse in das öffentliche Personennahverkehrsangebot. Fahrkarten der Verkehrsverbünde wollen wir auch in kommunalen Ruf- und Bürgerbussen anerkennen.

- Zur Vervollständigung des Schienen-Tangentialverkehrs um Frankfurt, zur Entlastung der radial nach Frankfurt zulaufenden Schienenstrecken und zur Entlastung des europäischen Verkehrsknotens des Frankfurter Hauptbahnhofs wird die Regionaltangente West um eine **Regionaltangente Ost** ergänzt.

- Da heute, wie auch in der Vergangenheit, die Fahrtzeit und nicht die reine Entfernung in Kilometern entscheidend ist, kommt der **Wohnbauentwicklung entlang der Trassen der Verkehrsinfrastruktur** eine entscheidende Bedeutung zu. An dieser Stelle muss die Regionalplanung neu gedacht werden. Attraktive Wohngebiete für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen entlang dieser Verkehrsachsen entstehen.

- Wir wollen, **dass S-Bahnen und Busse am Wochenende auch nachts fahren**, damit gerade für Jugendliche ein attraktives Angebot besteht.

- Wir wollen den ÖPNV attraktiv erhalten. Das erfolgreiche **Schülerticket** Hessen, mit dem alle Schüler und Auszubildenden für 1,- Euro am Tag durch ganz Hessen fahren können, wollen wir weiter ausbauen und deshalb prüfen, ob nach dem Vorbild des Schülertickets ein **Hessenticket** schrittweise allen hessischen Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann.

- Das **Landesticket** für die Mitarbeiter des Landes bietet diesen Menschen und ihren Familien ebenfalls ein sehr attraktives Angebot zur Nutzung des ÖPNV. Wir werben auch bei der Wirtschaft dafür, solche Angebote für ihre Mitarbeiter zu schaffen.

- Wir werden die regelmäßigen Mittel zur Instandhaltung und Sanierung aller Landesstraßen dauerhaft mindestens bis zur Höhe des Werteverzehrs aufstocken. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen einer **Landesstraßenbauoffensive** in die Sanierung des Landesstraßennetzes sowie in den Aus- und Neubau wichtiger Landes- und Umgehungsstraßen investieren. Priorität hat für uns die Zustandsverbesserung des Bestandsnetzes und die Entlastung von Ortslagen durch den beschleunigten und verstärkten Bau von Umgehungsstraßen.

- Wir werden weiterhin bedarfsgerechte Mittel für den **kommunalen Straßenbau** und den öffentlichen Nahverkehr im Rahmen des **Mobilitätsfördergesetzes** zur Verfügung stellen.

- Gleichzeitig werden wir ein Sanierungsprogramm für die kommunale Schieneninfrastruktur auflegen.

- Unser Ziel ist die Stauvermeidung. Wir wollen alle technischen Möglichkeiten zur **Verkehrssteuerung und Verkehrsentlastung** nutzen, um Staus vorzubeugen sowie schnellstmöglich aufzulösen. Zur Entlastung verkehrlicher Engpässe werden wir
  - intelligente Verkehrsleit- und Umfahrinformationssysteme mit Nutzung von aktuellen Stau- und Wartezeiten weiterentwickeln,
  - Anfangs- und Enddaten von Baustellen intensiver kommunizieren und wo möglich kleinere Bauabschnitte wählen,
  - die Tageshelligkeit besser ausnutzen und die 6-Tage-Woche zur Regel machen sowie den Dreischichtbetrieb weiter ausbauen, um die Bauzeiten auf Autobahnen zu verkürzen,
  - ein verkehrsübergreifendes Stau- und Baustellenmanagement einführen, um die baustellenbedingten Belastungen und Einschränkungen im Verkehrsfluss möglichst zu minimieren und so kurz wie möglich zu halten,
  - die temporäre Freigabe von Standstreifen auf Autobahnen weiter ausbauen,
  - durch den verstärkten Einsatz von Zuflussregelung den Verkehrsfluss auch bei starker Nachfrage aufrechterhalten,
  - an staugefährdeten Stellen LKW-Überholverbote einrichten und ausweiten,
  - öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Befolgung des Rechtfahrgebots auflegen und zur Bildung von Rettungsgassen fortsetzen,
  - den Einsatz von Lang-LKWs zur Reduzierung der Verkehrsmenge unterstützen,
  - die Attraktivität des ÖPNV als Alternative zum Auto weiter steigern und ausbauen,
  - uns bei den Verkehrsverbünden dafür einsetzen, dass an sämtlichen S-Bahnstationen in ausreichender Anzahl Fahrradstellplätze – auch verschließbare – für Pendler geschaffen werden und PKW-Park & Ride-Plätze ggfs. durch den Bau von zwei- oder dreistöckigen Parkdecks bedarfsgerecht erweitert werden,
  - in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung und privaten Arbeitgebern Arbeitszeitmodelle entwickeln, die flexiblere Anfahrtszeiten ermöglichen.

- Wir setzen uns auf europäischer und Bundesebene für eine umfassende Revision der bisherigen einheitlichen **Sicherheits- und Assistenzsysteme für LKW und Busse** ein. Wir wollen LKW und Busse verpflichtend mit einer Rückfahrkamera, Surroundview, Toter-Winkel-Assistent, Personenerkennung und einem Notbremsassistenten ausstatten. Das Notbremssystem muss bis zur maximalen Geschwindigkeit funktionsfähig sein und das Fahrzeug zum Stillstand bringen, sofern die Erkennung des Kollisionsobjektes innerhalb des Mindestbremsweges möglich ist. Außerdem muss das Bremssystem auch im Fall des Auffahrens aktiv bleiben. Eine manuelle Abschaltung des Systems soll nur für einen

Zeitraum von maximal zehn Minuten erlaubt sein und danach eine eigenständige Reaktivierung erfolgen müssen.

- Wir wollen verkehrlich besonders stark belasteten Kommunen die Möglichkeit geben, das durch **Post- und Paketdienstleister** generierte Verkehrsaufkommen im innerstädtischen Bereich und in Wohngebieten zu reduzieren. Hierzu sind diesen Kommunen neue rechtliche Möglichkeiten zu eröffnen, um auf **Kooperationen** zwischen den verschiedenen Logistikunternehmen hinzuwirken. Ziel muss eine Bündelung der Sendungen am Stadtrand und eine zwischen den Post- und Paketdienstleistern abgestimmte Auslieferung der Waren mit weniger Fahrzeugen sein.

- Wir wollen **LKW-Parkplätze an Autobahnen** ausbauen und verbessern. Das wilde Parken auf Standstreifen und in Einfahrten werden wir beenden. Parkplätze und Raststätten müssen verstärkt gesichert werden, um der wachsenden Kriminalität an diesen Punkten entgegen zu treten.

- Zur Vermeidung schwerer Verkehrsunfälle wollen wir verstärkt **Manipulationsprüfungen an LKW** durchführen.

- **Planungs- und Genehmigungsverfahren** für größere Infrastrukturvorhaben wollen wir vereinfachen und beschleunigen. In diesem Zuge starten wir eine Bundesratsinitiative zur Planungsbeschleunigung im Infrastrukturbereich analog der Beschleunigung der „Infrastrukturprojekte Deutsche Einheit“.

- Wir wollen unsere Anstrengungen zur Schaffung zusammenhängender Radwegenetze sowie zum Ausbau von Radschnellwegen auf Grundlage eines **Masterplans „Radnetz Hessen“** weiterführen und die erfolgreiche Arbeit der AG Nahmobilität fortsetzen.

Leistungsstarken Flughafen Frankfurt/Rhein-Main sichern und entwickeln

- Wir bekennen uns zur **Stärkung des Flughafens Frankfurt/Rhein-Main** auf der Basis des Planfeststellungsbeschlusses. Wir wollen den Flughafen in seiner Drehscheibenfunktion als Weltflughafen stärken, um Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Flughafen ist für uns der Herzmuskel der gesamten Region und wirkt weit über den engeren Ballungsraum hinaus.

- Wir setzen uns für die **Abschaffung der wettbewerbsverzerrenden Luftverkehrssteuer** ein.

- Den **Ausbau des Terminal III** mit entsprechender Anbindung an das ÖPNV-Netz treiben wir weiter voran, weil er für die Zukunftsfähigkeit des Flughafens von entscheidender Bedeutung ist.

- Wir fördern die **Systempartnerschaft zwischen Fraport und Lufthansa**.

- Unsere Anstrengungen zur **Reduzierung des Fluglärms** haben in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Entlastung der Region geführt. Im Rahmen der „Allianz für Lärmschutz“ werden wir diesen Weg weiter konsequent beschreiten.

- Wir sichern die **Einhaltung des generellen Nachtflugverbotes zwischen 23 und 5 Uhr**, wie in der Mediation festgelegt. Die freiwilligen Vereinbarungen zu Lärmobergrenzen und Anreizsysteme für die möglichst leise Abwicklung von Flugbewegungen werden wir fortsetzen. Eine rechtliche Ausdehnung des Nachtflugverbots über die Ergebnisse der Mediation hinaus lehnen wir ab.

- Für alle Luftverkehrsgesellschaften am Standort Frankfurt gelten die Betriebsregelungen des Planfeststellungsbeschlusses, insbesondere zum **Nachtflugverbot**. Hinsichtlich der verspäteten Landungen nach 23.00 Uhr werden wir gemeinsam mit der Fraport AG prüfen, inwieweit z. B. eine Erhöhung der lärmabhängigen Landeentgelte einen Beitrag dazu leisten kann, diese Grenze einzuhalten. Weitere Schritte behalten wir uns vor. Die Luftverkehrsgesellschaften müssen ihre Umläufe so planen, dass sie problemlos bis 23.00 Uhr landen können, trotz eines vollen Luftraumes über Europa.

- Das Forum Flughafen und Region (FFR) wollen wir als Dialogplattform zwischen der Luftverkehrswirtschaft und den Anrainern erhalten und weiter unterstützen. Es hat sich in den vergangenen Jahren als neutrales **Kompetenzzentrum zur Weiterentwicklung des Flughafens** und zur Reduzierung des Fluglärms bewährt. Diesen Weg gilt es fortzusetzen.

- Wir wollen Anreizsysteme für **Flottenerneuerungen von Langstreckenflugzeugen**, um technische Verbesserungen des Lärmschutzes durch den Einsatz leiserer Flugzeuge schneller nutzbar machen zu können.

- Die **Fluggastkontrollen müssen effizienter werden. Wir werden für strukturelle und organisatorische Reformen mit dem Bund, dem Flughafen und den Fluggesellschaften in Verhandlungen treten.**

Kassel Airport in seiner positiven Entwicklung unterstützen

- Wir bekennen uns zum **Kassel Airport**, der für Nordhessen ein wichtiges Infrastrukturangebot darstellt. Er bindet die Region an das Flugverkehrsnetz an, bietet gute Entwicklungsmöglichkeiten im Passagier- und Frachtverkehr sowie bei der Ansiedlung von insbesondere luftfahrtaffinen Unternehmen am Flughafen und schafft dadurch zunehmend Arbeitsplätze. Auf diesem Weg werden wir den noch jungen Regionalflughafen weiterhin unterstützen.

- Die **Kostenstruktur des Flughafens** wurde seit Inbetriebnahme kontinuierlich optimiert. Dieser Prozess wird in den kommenden Jahren konsequent fortgesetzt. Ziel ist es, den Zuschuss des Landes weiter zu reduzieren. Bereits heute aber übersteigen die durch den Flughafen generierten Steuereinnahmen die Ausgaben des Landes.

Modernste Verkehrsangebote im Herzen Deutschlands

- Wir werden **kostenloses WLAN im öffentlichen Personennahverkehr** im Dialog mit den Verkehrsgesellschaften entschlossen voranbringen.

- Wir wollen E-Mobilität in allen Bereichen fördern. Unser langfristiges Ziel ist die generelle **klimaneutrale Antriebstechnik**. Als ersten Schritt sorgen wir für einen flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur mit einem freien Wettbewerb der Stromanbieter. Gleichzeitig zeigen wir uns technologieoffen gegenüber anderen Antriebstechniken.

- **Innovative Mobilitäts- und Logistikkonzepte** im Rahmen der digitalen Vernetzung wollen wir fördern. Die Digitalisierung bringt große Chancen, Verkehre zu steuern und miteinander zu koppeln. Um diese Möglichkeiten optimal zu nutzen, treiben wir auch die Reduzierung des gesetzlichen Regelwerks bei der Zulassung von plattformbasierten Angeboten voran. Wir unterstützen neue Mobilitätsformen in Stadt und Land. Möglichkeiten des „Sharing“ von Verkehrsmitteln wollen wir genauso wie

Modelle für Autonomes Fahren nicht nur innerstädtisch, sondern auch auf Überlandverbindungen und auf dem Land voranbringen.

- Das Nationale **Investitionsprogramm für Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie** werden wir umsetzen und durch Landesmaßnahmen verstärken. Hierzu soll auch eine Anschubförderung für den Netzausbau von Wasserstofftankstellen beitragen.

- Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir die Anzahl der Kraftfahrzeuge der Landesregierung, der Landesverwaltung, der nachgeordneten Behörden und der Gesellschaften, an denen das Land Hessen zu mindestens 50% beteiligt ist, die über **emissionsfreie Antriebssysteme** (z.B. Elektromotoren, Brennstoff- oder Wasserstoffzellen) verfügen, deutlich erhöhen.

- Wir werden bei der Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen für **autonome Mobilitätsangebote** eine Führungsrolle einnehmen und Hessen zum Vorreiter in diesem Bereich machen.

- Die Sicherstellung sauberer Luft ist ein wichtiges Anliegen zum Schutz der Gesundheit der Menschen in Hessen. Wir werden uns deshalb mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Bund seiner Verantwortung nachkommt und eine Grundlage für eine **Hardware-Nachrüstung** betroffener Fahrzeuge schafft, da wir darin die effektivste Methode sehen, um die Luftqualität in unseren Städten zu verbessern, die EU-weiten Grenzwerte einzuhalten und damit die Gesundheit aller Hessen zu schützen. Die Nachrüstungen müssen dabei schnell umgesetzt und von den Konzernen finanziert werden. Die Automobilindustrie, die in der Vergangenheit immer wieder betont hat, dass sie Vertrauen zurückgewinnen wolle, hat jetzt die Gelegenheit, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Den Dieselfahrern darf kein Schaden entstehen. Es bleibt unser zentrales Ziel, **generelle Fahrverbote** zu vermeiden. Dazu setzen wir vor allem auf technologieneutrale wirtschaftliche Anreize zur Vermeidung schädlicher Emissionen.

- Wir erteilen Forderungen nach einer generellen Absenkung der innerorts zulässigen Geschwindigkeit von 50 km/h eine Absage.

- Wir sehen die **Hersteller in der Verantwortung**, schnellstmöglich Lösungen anzubieten, um die mit dem Fahrzeugverkehr verbundenen Belastungen der Luft mit Stickoxiden und Feinstaub weiter zu reduzieren. Die aus dem Dieselgipfel auf Bundesebene erwachsenen Maßnahmenvorschläge sind dabei ein erster wichtiger Schritt, um beispielsweise intelligente Verkehrslenkung, Verkehrsplanung, Parkraumbewirtschaftung und die Umstellung auf emissionsarme oder emissionsfreie Verkehrsformen voranzubringen.

- Wir wollen diese Maßnahmen flankieren und unterstützen. Gleichzeitig ist die **Nachrüstung der vom Vorwurf des Betrugs betroffenen PKW** auf Kosten der Hersteller unerlässlich. Software-Updates müssen, sofern das technisch und ökonomisch machbar und ökologisch effizient ist, durch Hardware-Nachrüstungen ergänzt werden.

- Mit diesen Maßnahmen wollen wir gemeinsam mit den betroffenen Kommunen **Luftreinhaltepläne** erarbeiten. Generelle Fahrverbote lehnen wir ebenso ab wie die Einführung einer „Blauen Plakette“, die letztlich auch nur pauschale Fahrverbote zur Folge hätte.

- Mittelfristig wollen wir die verbliebenen **Dieseltriebfahrzeuge im Schienenverkehr** durch Strom-, Gas- oder Wasserstoffantriebe ersetzen, solange keine ebenso schadstoffarmen Dieselfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Wie wir Hessen sozial fortentwickeln

Für die CDU steht die Würde des einzelnen Menschen im Mittelpunkt. Deshalb treten wir jeder Form der Diskriminierung entschieden entgegen. Solidarität ist für uns Ausdruck des christlichen Menschenbildes. Wer sich nicht aus eigener Verantwortung helfen kann, erfährt Hilfe von Staat und Gesellschaft. Wir stehen zu sozialer Sicherheit und einem Leben in Würde, gerade auch für ältere und pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen. Wir haben viel für die Kinder- und Familienfreundlichkeit getan – und das setzen wir fort. Die Entlastung der Eltern bei den Kindergartenbeiträgen um durchschnittlich 5000 Euro pro Kind geht dabei Hand in Hand mit dem weiteren Ausbau und der Steigerung der Qualität in unseren Kindertagesstätten.

Vorfahrt für Familien und Kinder
Kinder sind unsere Zukunft. Wir werden Kinder und Familien deshalb weiter in das Zentrum unserer Politik rücken und Hessen als familien- und kinderfreundliches Land nach vorne bringen. Mit der familienpolitischen Offensive, den Empfehlungen der Kommission „Hessen hat Familiensinn“ und dem Ausbau von Familien- und Mütterzentren wollen wir hessenweit die gute und verlässliche Infrastruktur für Familien weiter ausbauen. Unser Motto bleibt: Kinderlärm ist Zukunftsmusik.

Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung
Solides Haushalten macht es möglich: Seit dem 1. August 2018 ist in Hessen die Betreuung im Kindergarten für bis zu sechs Stunden am Tag beitragsfrei. Im Durchschnitt spart eine Familie damit rund 5000 Euro pro Kind. Mittelfristig werden wir dieses Angebot an die Eltern noch weiter ausbauen. Zusätzlich investiert das Land massiv in die Qualität der Kinderbetreuung. Wir wollen die besten Betreuungsangebote für unsere Kinder. Das sind uns die Kinder und Familien wert. Dabei stehen wir zur Wahlfreiheit der Eltern. Der Staat soll nicht die Lufthoheit über die Kinderbetten bekommen. Die Familien wissen am besten, was für ihre Kleinen richtig ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir – auch durch die Chancen, die die Digitalisierung bietet – weiter verbessern, damit Wahlfreiheit erlebbar ist.

Gleiche Chancen für Frauen
Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bleibt eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Trotz großer Fortschritte besteht in vielen Bereichen noch keine volle Gleichstellung. Wir treten für praktische und umsetzbare Verbesserungen ein - statt ideologische Kämpfe auf dem Papier zu führen. Mehr Frauen in Führungspositionen, eine noch bessere Vereinbarkeit der Familie mit dem Beruf und der Abbau von Benachteiligungen bleiben auf der Tagesordnung. Frauen in schwierigen familiären Situationen steht Hessen zur Seite. Gleichzeitig kämpfen wir besonders gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Senioren – Selbstbestimmt, Aktiv, Engagiert
Zukunft baut auf Erfahrung. Über 20 Prozent der Hessen sind 65 Jahre und älter. Sie stehen für uns in der Mitte der Gesellschaft. Die Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, müssen auch im Alter Sicherheit, Solidarität, Zuwendung und Teilhabe erfahren. Wir stehen für ein starkes Miteinander der Generationen, einen respektvollen Umgang und Rücksichtnahme im Alltag. Immer mehr ältere Menschen verstehen sich heute als „Aktiv-Senioren“, die mit Schwung und Dynamik den dritten Lebensabschnitt eigenverantwortlich und selbstbestimmt genießen wollen. Die Erfahrung und der Gestaltungswille dieser Generation müssen noch stärker in den Bereichen von Freizeit, Bildung, Ehrenamt und Sport genutzt und verankert werden.

Jungen Menschen Halt und Perspektiven geben
Wir wollen jungen Menschen Zeit und Raum zur persönlichen Entwicklung und Entfaltung geben. Der Jugend Perspektiven und Chancen zu eröffnen, ist Ziel unserer Politik. Unsere sozialpolitische Leitlinie gilt auch für die jungen Menschen: Wer aus eigenem Antrieb nicht weiterkommt, wer auf die „schiefe Bahn“ gerät oder aus den unterschiedlichsten Gründen Schwierigkeiten in der Schule oder Ausbildung, im Beruf oder allgemein im Sozialverhalten hat, dem wird geholfen. Hessen steht für eine starke Jugendhilfe, für eine starke Jugendarbeit und ein starkes Netz an vielseitigen Angeboten.

Im Leben das Wichtigste: Die Gesundheit
Die Gesundheit ist unser wichtigstes Gut. Deshalb arbeiten wir für eine gute medizinische Versorgung für jeden, den Erhalt von wohnortnahen Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, die schnelle Verfügbarkeit von Notfallmedizin und die flächendeckende Versorgung mit Angeboten der Geburtshilfe. Mit vielen Maßnahmen, wie Landarzt-Stipendien und gezielten Fördermitteln, sichern wir die flächendeckende Erreichbarkeit der medizinischen Versorgung. Gemeindeschwestern ergänzen die medizinische Betreuung im ländlichen Raum. Wir stärken die Allgemeinmedizin ebenso wie wir die neuen Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen nutzen. Die Apotheke vor Ort und auch das Krankenhaus in der Nähe sind für uns unverzichtbare Säulen einer guten Gesundheitsversorgung.

Die Pflege – eine Herzensangelegenheit
In einer älter werdenden Gesellschaft wird die Pflege immer wichtiger. Die CDU hat mit der Einführung der Pflegeversicherung vor mehr als 20 Jahren dazu die Weichen gestellt. Wir werden die Pflege weiter zukunftsfest machen, denn auch in Hessen wird die Anzahl pflegebedürftiger Menschen zunehmen. Die Verbesserung der Ausbildung, eine hohe Qualität und eine ausreichende Personalausstattung mit fairer Bezahlung stehen dabei im Fokus. Wir brauchen eine ausreichende Versorgung in der Tages- wie in der Langzeitpflege. Und insgesamt gilt für uns: Wer seine Angehörigen pflegt, muss noch besser unterstützt werden.

Würde für schwerstkranke und sterbende Menschen
Schwerstkranke und sterbende Menschen sollen in einer vertrauten Umgebung medizinisch und pflegerisch würdevoll behandelt werden. Als erstes Land hat Hessen eine flächendeckende spezialisierte ambulante Palliativversorgung aufgebaut. Diese werden wir sichern und ausbauen. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass die Menschen eine würdevolle Sterbebegleitung erfahren. Sterben und Tod dürfen nicht aus der Gesellschaft verdrängt werden. Daher werden wir auch die Hospizversorgung weiter in den Fokus unserer Anstrengungen nehmen.

Menschen mit Behinderungen im Alltag stärken
In dem Ziel, Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt in alle Facetten des gesellschaftlichen Lebens einzubinden, werden wir nicht nachlassen. Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und dem neuen Bundesteilhabegesetz sind die entscheidenden gesetzlichen Grundlagen dazu geschaffen worden. Barrieren im Alltag und im Berufsleben sowie Benachteiligungen wollen wir weiter abbauen. Die landesweit vorhandenen Angebote zur Früherkennung und Frühförderung behinderter Menschen und die zahlreichen Fördermaßnahmen werden wir fortentwickeln. Inklusion ist uns wichtig – aber ideologiefrei und realistisch.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für Familien und Kinder

- Wir schaffen **Freiräume für Familien** und wollen, dass sie die nötigen Ressourcen, gemeinsame Zeit, und echte Wahlfreiheit zur Gestaltung des familiären Zusammenlebens haben. Unsere Politik schafft gute Rahmenbedingungen, um den Familien ihren Alltag zu erleichtern, sie zu entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

- **Allen Kindern in Hessen** wollen wir unabhängig von ihrer Herkunft und ihres familiären Hintergrunds **einen guten Start in ein eigenständiges Leben ermöglichen**. Wir wollen gewährleisten, dass jedes Kind zu einem gesunden, selbstständigen Menschen heranwachsen kann. Für Familien, in denen Kinder besonders belastenden Lebenssituationen ausgesetzt sind, stellen wir eine flächendeckende Unterstützungs- und Beratungsinfrastruktur bereit, um das Kindeswohl in der Familie zu gewährleisten. Wo dies allein nicht greift, stehen wir für eine starke Jugendhilfe, die rechtzeitig und entschlossen eingreift.

- Wir haben die Kindergartengebühren weitgehend abgeschafft. Mit der 6-stündigen **Beitragsfreistellung der Kinderbetreuung** für Kinder ab dem dritten Lebensjahr haben wir Familien entschieden entlastet. Im Durchschnitt spart eine Familie damit in drei Jahren rund 5000 Euro pro Kind, weil für diese Zeit keine Gebühren mehr anfallen. Perspektivisch wollen wir die Beitragsfreiheit – mit Hilfe des Bundes und sofern es die wirtschaftliche Situation des Landes erlaubt – weiter ausdehnen. Mittelfristig sollen so auch für Kinder unter 3 Jahren und für eine längere tägliche Betreuungszeit keine Elterngebühren erhoben werden.

- Wir haben massiv in die **Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung** investiert. Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität weiter steigt und Kindertagesstätten und Kindergärten personell und sachlich optimal ausgestattet sind.

- Der **Bildungs-und Erziehungsplan** ist Garant für eine gute Qualität in der frühkindlichen Betreuung. Wir werden die Kindertagesstätten weiter durch finanzielle Leistungen darin stärken, die pädagogisch beste Kinderbetreuung anzubieten, damit unsere Kinder optimal gefördert werden. Einen Schwerpunkt werden wir dabei auf die Sprachförderung legen, um allen Kindern eine gute und gleichwertige Ausgangsposition für ihre weitere Entwicklung zu ermöglichen.

- **Die Erzieherinnen und Erzieher** leisten enorm wichtige Arbeit. Wir setzen uns im Dialog mit den Sozialpartnern dafür ein, dass diese Arbeit und die hervorragende Ausbildung angemessen honoriert werden.

- Wir wollen den **Beruf des Erziehers attraktiver machen**, um die erforderlichen Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört auch, dass die Ausbildung gestrafft und in der Ausbildung geleistete Praxiszeiten bereits angemessen entlohnt werden müssen.

- Die Betreuung durch **Tagesmütter und -väter** ist uns sehr wichtig und wertvoll. Wir wollen Tageseltern stärken und die Betreuung durch Tageseltern im Sinne der Wahlfreiheit perspektivisch in gleicher Weise wie in Kindertagesstätten freistellen und die Eltern von Kosten entlasten.

- Wir werden die **familienpolitischen Leistungen Hessens** weiterführen und weiter ausbauen. Dazu gehören insbesondere die Hessischen Familienzentren, in denen wir vermehrt auch Verbraucherschutzberatungen und Sicherheitsberatungen anbieten werden.

- Wir wollen die **Väterrolle stärken** und Eltern ermöglichen, die Verantwortung zwischen beiden Elternteilen frei und flexibel zu verteilen.

- Der **Schutz von Kindern vor Gewalt und sexuellem Missbrauch** ist uns besonders wichtig. In der staatlichen Verantwortung legen wir den Schwerpunkt auf Prävention vor Intervention und werden folgende Maßnahmen in den Blick nehmen: - weitere Stärkung der Frühen Hilfen - Etablierung von Kinderschutzkoordinatoren auf kommunaler Ebene - Ausbau der Familienschulen - verpflichtende Einbindung von Schule und Tagespflege in die Regelungen zur Gefährdungsmeldungen entsprechend den Kindertagesstätten - Stärkung der Kinderschutzambulanz - feste Kooperationen von Kinderschutzambulanzen mit allen hessischen Jugendämtern.

- Mit einer **eigenständigen Kinder- und Jugendstrategie** wollen wir die Belange von Kindern und Jugendlichen weiter fördern. Unser Ziel ist es, Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben umfassend zu unterstützen. Dabei werden wir die Ergebnisse der Kommission „Hessen hat Familiensinn“ und die Handlungsempfehlungen der „Hessischen Kinder- und Jugendrechtecharta“ aufgreifen und mit den bestehenden Maßnahmen zusammenführen, bündeln und weiterentwickeln.

- Die bundesweit einzigartige **Familienkarte Hessen** werden wir fortsetzen und noch attraktiver machen.

- Der Schutz unserer Kinder hat höchste Priorität. Wir fordern eine **Ausweitung des Bundeskinderschutzgesetzes** dergestalt, dass auch Betreiber in privaten Fitnesscentern und ähnlichen Einrichtungen, welche Angebote für Kinder und Jugendliche anbieten, zukünftig auch ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen.

- Wir werden **kinderreiche Familien** als eigenständige Zielgruppe familienpolitischer Maßnahmen verstärkt in den Blick nehmen, um ihre besonderen Belange auf allen Ebenen systematisch besser zu berücksichtigen. Insbesondere wollen wir, dass familienpolitische Leistungen stärker als bisher in ihrer Höhe nach der Kinderzahl gestaffelt und insbesondere die ab dem dritten Kind sprunghaft steigenden Kosten besser berücksichtigt werden. Unter anderem muss dafür das Elterngeld nach der Geburt eines Geschwisterkindes weiterhin in Bezug auf das zuletzt erzielte Erwerbseinkommen bemessen werden. Für im Ausland lebende Kinder wollen wir eine Angleichung der Kindergeldzahlungen auf das Niveau der Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes.

- In allen landeseigenen Einrichtungen, für die **Eintrittspreise** zu zahlen sind, werden wir (wenn nicht schon geschehen) **Familienkarten** einführen, bei denen die Kinderzahl nicht begrenzt ist. Bei den Verkehrsverbünden werden wir uns für Familienfahrkarten einsetzen.

.... für Frauen

- Noch immer gibt es **ungerechtfertigte Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen**. Das ist nicht zu akzeptieren. Dieses Lohngefälle wollen wir weiter abbauen und hierzu den Dialog mit den Sozialpartnern fortsetzen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass **Frauen** genauso oft **in Führungspositionen** vertreten sind wie Männer. Der öffentliche Dienst soll eine Vorreiterposition einnehmen. Starre Quoten halten wir dabei nicht für das geeignete Mittel.

- Wir wollen, dass die **Familienarbeit**, die nach wie vor häufig von Frauen geleistet wird, mehr **Anerkennung** genießt. Dazu gehört, dass
  - beide Elternteile ihre Arbeitszeit möglichst **frei und flexibel** einteilen können,
  - das Instrument von **Lebensarbeitszeitkonten** stärker genutzt werden kann,
  - Teilzeitarbeit eine höhere **gesellschaftliche Anerkennung** erfährt,
  - auch Familienarbeit eine gute **soziale Absicherung** sicherstellt. Die Ausweitung der Mütterrente und eine angemessene Berücksichtigung von Erziehungszeiten beim Erwerb von Rentenansprüchen sind dafür wesentlich.

- Die Bekämpfung von **Gewalt gegen Frauen** – insbesondere im häuslichen Bereich – hat weiterhin hohe Priorität. Die vorhandenen Landesaktionspläne werden wir umsetzen und weiterentwickeln.

.... für Senioren

- Wir begreifen eine **generationenübergreifende Politik** als übergeordnete Aufgabe, die alle Bereiche der Gesellschaft und damit unserer Politik betrifft.

- Wir wollen den Bedürfnissen älterer Bürger gerecht werden und ihre Interessen unterstützen. Ihnen wo nötig Hilfestellungen für ein **bis ins hohe Alter selbstbestimmtes Leben** anzubieten, ist dabei unser Leitmotiv. Wir wollen daher dafür sorgen, dass Senioren in allen Bereichen ihres alltäglichen Lebens eine **seniorengerechte Infrastruktur** vorfinden.

- In allen Programmen zur **Entwicklung der Infrastruktur** in Hessen – insbesondere in den Programmen zur Dorf- und Stadtentwicklung – wollen wir, dass die Bedürfnisse älterer Bürger berücksichtigt werden.

- Alle Formen des öffentlichen Personennahverkehrs – sowohl im Ballungsraum als auch in den ländlichen Räumen – müssen nach Möglichkeit **seniorengerecht** und barrierefrei ausgestattet sein.

- Wir unterstützen den **seniorengerechten und barrierefreien Umbau von Wohnungen** (Eigentums- und Mietwohnungen), damit Senioren in ihrem vertrauten Lebensumfeld bleiben können. Auch unterstützen wir neue und innovative Wohnformen, wie etwa Senioren-WGs, betreutes Wohnen oder das Concierge-Wohnen. Die Wohnberatung „Selbstbestimmt Leben im Alter“ wollen wir ausbauen.

- Wir werden dafür sorgen, dass unsere **Krankenhäuser** dem **demografischen Wandel** und den Bedürfnissen der älter werdenden Gesellschaft gerecht werden. Dafür nehmen wir auch die Geriatrie besonders in den Blick.

- Wir werden die erfolgreich gestartete Initiative „**Aktion Generation**“ landesweit fortsetzen, damit erfolgreiche Initiativen für Senioren in Kreisen, Städten und Gemeinden mit einer Vorbildfunktion hessenweit gewürdigt und nachgeahmt werden.

- Wir befürworten das Engagement von Menschen, die sich füreinander einsetzen. Deswegen wollen wir Zusammenschlüsse zur **Nachbarschaftshilfe, wie beispielsweise Seniorengenossenschaften**, bei ihrer wertvollen Arbeit unterstützen. Dazu gehört auch die Klärung der hierfür notwendigen steuerlichen Voraussetzungen.

- Spezielle **Seniorenінitiativen** in Vereinen werden wir besonders unterstützen.

- Die vielfältigen Leistungen von **Senioren im Ehrenamt** wollen wir stärken und erhalten und ältere Menschen ermutigen, sich freiwillig für die Gesellschaft – z.B. in Verbänden oder Vereinen – zu engagieren. Um diese Bereitschaft zum Ehrenamt zu unterstützen, starten wir eine Landesinitiative „Ehrenamt für Ältere“.

- Wir wollen **Zuverdienstmöglichkeiten von Senioren** flexibilisieren, damit ältere Mitbürger je nach Leistungsfähigkeit und in eigener Verantwortung einer Arbeit nachgehen können.

- Auch für Senioren hat der digitale Wandel konkrete Auswirkungen. Dies reicht von Angeboten in der Gesundheitsversorgung über altersgerechte Dienstleistungen bis hin zu moderner Kommunikation. Wir wollen, dass möglichst alle **Senioren von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren** können.

.... für die Gesundheit

Flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum

- Jeder Mensch in Hessen muss **schnellen Zugang zu medizinischer Versorgung** haben. Insbesondere stellen wir uns der Herausforderung, eine **flächendeckende Versorgung mit Haus- und Landarztpraxen** zukunftsfest zu gewährleisten. Um die umfassende Versorgung von Patienten im ländlichen Raum zu sichern, werden wir unter anderem
  - Einzelpraxen stärken und mit der Kassenärztlichen Vereinigung weitere Möglichkeiten zur **Dezentralisierung von Haus- und Fachärzten** erproben und umsetzen, damit auch in ländlichen Gebieten qualifizierte Mediziner wohnortnah erreichbar sind,
  - **Anreize für Ärzte zur Ansiedlung im ländlichen Raum** ausbauen und verstärken,
  - die **Anzahl der Medizinstudienplätze** in Deutschland und damit auch in Hessen im Rahmen eines „Hochschulpaktes Medizin“ insgesamt deutlich erhöhen,
  - jungen Menschen unabhängig von den derzeit sehr strengen Anforderungen beim **Numerus Clausus** die Möglichkeit zum Medizinstudium eröffnen, wenn sie dazu bereit sind, nach absolviertem Studium in einem unterversorgten Gebiet als Arzt tätig zu sein,
  - Landärzten ein flexibles, an ihren Bedürfnissen orientiertes Arbeiten ermöglichen und dafür insbesondere **Gemeinschaftspraxen und Medizinische Versorgungszentren** stärken und mit einer Anschubfinanzierung unterstützen,
  - Unterstützung der Mediziner durch **Versorgungsassistenten**, die an Hausarztpraxen angeschlossen sind und zum Beispiel Hausbesuche machen, verstärken und ausweiten,
  - Modelle in der **Telemedizin** erproben, mit denen Ärzte und Patienten unterstützt werden können,
  - die Arbeit der **Gemeindeschwestern**, die hilfebedürftigen Menschen in über gesundheitliche Fragen hinausgehenden Angelegenheiten unterstützen, begleiten und im Rahmen des Projekts „Gemeindeschwester 2.0“ weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausbauen.

- Wir werden die **sektorenübergreifende Versorgung** weiter fördern und sprechen hierzu mit allen relevanten Partnern.

- Die Gründung ehrenamtlicher „**Helfer-vor-Ort-Gruppen**“, die aufgrund ihres professionellen Ausbildungsstandes eine sinnvolle Ergänzung zur hauptamtlichen Rettungskette für Notfallpatienten darstellen, wollen wir möglichst flächendeckend einführen und verstärkt fördern. An den bestehenden hauptamtlichen Komponenten der Rettungskette werden wir dabei keine Abstriche vornehmen. Angelehnt an die Alarmierung bei den Freiwilligen Feuerwehren können diese ehrenamtlichen Gruppen gerade in ländlichen Gebieten bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes (Notarzt) qualifiziert Erste Hilfe leisten. Schon jetzt konnten dank der bestehenden Gruppen, gerade bei schweren Notfällen wie Herzinfarkten oder Schlaganfällen, mittels einer effektiven Verkürzung der Hilfsfrist Leben gerettet oder bleibende Schäden für die Patienten in vielen Fällen vermieden werden.

- Wir setzen uns für die **Apotheke vor Ort** ein, weil sie einen wichtigen Versorgungsauftrag erfüllt. Deshalb sprechen wir uns für das Versandhandelsverbot rezeptpflichtiger Medikamente aus.

- Wir werden den öffentlichen Gesundheitsdienst im Hinblick auf präventive Aufgaben und die Einhaltung von Hygienemaßnahmen stärken. Mit den Kommunen werden wir über eine **bessere Vergütung von Amtsärztinnen und -ärzten** verhandeln. Die Ausbildung zur Amtsärztin bzw. zum Amtsarzt wollen wir vereinfachen.

- Wir unterstützen die Einführung einer praktikablen **elektronischen Gesundheitskarte**, auf der Notfalldaten sowie eine Patientenverfügung gespeichert sind. Sollte der Patient einen Organspendeausweis besitzen, sind auch die dort eingetragenen Informationen auf der Gesundheitskarte zu speichern. Die Patienten müssen dabei über die Datenhoheit verfügen.

- **E-Health/Telemedizin** kann gut eingesetzt werden, um die unabdingbare menschliche Pflege zu ergänzen, z.B. die Diagnostik und Medikation zu verbessern, Notfälle zu erkennen, ständigen Ortswechsel zu vermeiden und rechtzeitige Behandlung zu sichern.

- Wir unterstützen den Ausbau **elektronischer Patientenakten**. Diese muss, wenn es vom Patienten gewünscht ist, mit der elektronischen Gesundheitskarte verknüpft sein, so dass sie Ärzten und Notärzten kurzfristig zur Verfügung steht.

- Die Offenheit der Bürger für alternative Medizin vergrößert sich. Wir möchten zur Qualität dieser Angebote beitragen und wollen prüfen, ob eine einheitliche staatlich regulierte und **standardisierte Ausbildung zum Heilpraktiker** durchsetzbar ist.

Optimale Krankenhausversorgung sicherstellen

- Wir setzen uns für **kurze Wege zum nächsten Krankenhaus** ein. Damit dezentrale Krankenhausstrukturen und kleinere Krankenhäuser auf dem Land erhalten werden können, müssen Krankenhäuser auch in Zukunft wirtschaftlich arbeiten. In Krankenhausverbünden ist eine dezentrale Notfallversorgung mit einer qualitätssichernden Spezialisierung zu vereinbaren. Daher werden wir weiterhin für Verbundlösungen werben und finanzielle Anreize zur verstärkten Verbundbildung bereitstellen.

- Insbesondere im Bereich der **Notfallversorgung** wollen wir weitere Verbesserungen erreichen. Dafür unterstützen wir die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Versorgung, wo dies zur Sicherung der flächendeckenden medizinischen Versorgung notwendig ist.

- Zur besseren Koordination und Abgrenzung soll die Disposition des ärztlichen Bereitschaftsdienstes sowie der Rettungsdienste und der Feuerwehr in den **kommunalen Leitstellen** zusammengefasst werden.

- Wir wollen unsere Krankenhäuser auf einem hohen qualitativen Niveau erhalten. Zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der **stationären Versorgung** werden wir weiterhin die notwendigen Mittel investieren. Zukunftsaufgaben wie IT-Sicherheit und Digitalisierung werden wir dabei berücksichtigen.

- Den **Kampf gegen multirestente Erreger** werden wir fortführen und Krankenhäuser bei der Umsetzung und dem Ausbau von erforderlich werdenden Hygienemaßnahmen unterstützen.

- Wir wollen das **Hospizwesen** stärken und die palliative Versorgung weiter ausbauen.

- Wir richten einen **Lehrstuhl für ambulante Palliativversorgung** ein.

- Die **Finanzierung der Universitätskliniken** muss bundesweit neu geregelt werden. Sondertatbestände wie schwierige und kostenintensive Fälle oder auch die Vorhaltung der Notfallambulanzen sind dabei zu berücksichtigen. Wir werden dazu eine Bundesratsinitiative einbringen.

Zukunftsprogramm Geburtshilfe

- Wir wollen ein „**Zukunftsprogramm Geburtshilfe**“ zur Sicherstellung der Hebammenversorgung vor Ort einführen, damit Eltern von der wertvollen Unterstützung durch eine Hebamme profitieren können. Hierzu gehört
  - eine finanzielle Beteiligung des Landes an der **Haftpflichtversicherung** der freiberuflichen Hebammen,
  - eine **Pauschalförderung** an Kommunen für Neugeborene; hierdurch können die Kommunen Hebammen einstellen oder auf andere Art und Weise unterstützen,
  - unser Einsatz für eine **angemessene Vergütung** der freiberuflichen Hebammen durch die Krankenkassen sowie der angestellten Hebammen.

- **Stationäre Geburtsstationen** wollen wir soweit wie möglich dezentral erhalten. Dabei sind Mindestfallzahlen zur Sicherstellung einer guten Qualität und Sicherheit für Mutter und Kind unerlässlich.

- Wir werden auf den **Ergebnissen der Abfrage über die Hebammenversorgung** in Hessen aufbauen und die für die Zukunft erforderlichen Maßnahmen für eine gute Hebammenversorgung treffen.

- In der weiteren Versorgung von Kleinkindern fordern wir eine **Grundimpfpflicht** als Präventionsmaßnahme, um Lücken im Impfschutz dauerhaft zu schließen und unseren Kindern den bestmöglichen Start ins Leben zu garantieren.

Lebensschutz in Grenzsituationen

- Wir bekennen uns zum **Schutz des menschlichen Lebens** und zum Schutz der Menschenwürde, gerade in Grenzsituationen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass **schwangere Frauen in Konfliktsituationen** weiter ohne bürokratische Hürden beraten werden. Ihre Entscheidungsfreiheit ist umfassend zu gewährleisten. Wir unterstützen, dass über Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch informiert wird. Möglichkeiten und Initiativen der geschützten Schwangerschaft in Konfliktfällen und spezielle Mutter-Kind-Einrichtungen wollen wir ebenso wie das Hilfsprogramm „Leben schenken – Ja zum Kind“ ausbauen.

- Die Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch ist eine schwierige und belastende Lebensentscheidung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Paragraph 219a StGB bestehen bleibt. Für **Schwangerschaftsabbrüche soll nicht aktiv geworben werden** dürfen. Stattdessen müssen betroffenen Frauen umfangreiche und gut verfügbare Informations- und Beratungsmöglichkeiten offenstehen.

- Wir wollen die **Organspendebereitschaft** stärken, stellen dabei aber die Wahlfreiheit nicht in Frage. Wir setzen uns daher für die Einführung der **Entscheidungspflicht** für oder gegen Organspende ein.

- Die **HPV-Schutzimpfung** stellt eine wirksame Prävention gegen die durch Humane Papillomviren (HPV) verursachten Krebserkrankungen - aber auch andere Erkrankungen - dar. Wir setzen uns daher für die freiwilligen HPV-Schulimpfungen ein, um die Impfrate nachhaltig zu erhöhen.

.... für die Pflege

- Wir prüfen die Einrichtung einer Pflegekammer. Sollten die Betroffenen eine Pflegekammer in Hessen wünschen und unterstützen, werden wir die Umsetzung mit den Beteiligten besprechen.

- Wir werden uns für ein **flächendeckendes Versorgungsangebot in der stationären und ambulanten Pflege** stark machen und wollen jedem pflegebedürftigen Menschen die für ihn erforderliche pflegerische Versorgung ermöglichen.

- Zur Förderung neuer Plätze in der Tagespflege starten wir eine **Investitionsoffensive „Tagespflege“**, damit möglichst jeder Pflegebedürftige eine für ihn passende Versorgung findet.

- Mit der **Initiative „Mehr Pflegezeit – weniger Bürokratie“** wollen wir Pflegekräfte von bürokratischen Anforderungen entlasten, damit die Arbeit am Menschen wieder mehr im Mittelpunkt der Pflegekräfte steht.

- Ein Großteil der Pflegebedürftigen wird von Angehörigen im familiären Umfeld gepflegt. Wir setzen uns für eine **stärkere Anerkennung dieser familiären Pflegeleistung** ein. Dies muss sich neben einer ausreichenden finanziellen Unterstützung auch in besseren Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung widerspiegeln.

- In einem Modellversuch wollen wir so genannte **„Pflegelotsen“** einführen, die den Betroffenen, bzw. deren Angehörigen bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit konkrete Hilfe bieten und über die verschiedenen Möglichkeiten zur Bewältigung dieser Lebenssituation informieren und beratend zur Seite stehen.

- Wir werden die Agenda „**Gemeinsam für Menschen mit Demenz**“ fortentwickeln und für eine angemessene Berücksichtigung der Pflegeleistungen aus der Pflegeversicherung eintreten. Mit den Reformen der letzten Bundesregierung und der Einführung der entsprechenden Pflegegrade wurden hierzu bereits richtige Schritte unternommen, auf denen wir aufbauen wollen.

- Wir werden ein eigenes **Landesamt für Pflege und Versorgung** schaffen, in dem alle Fragen rund um diese Themen bearbeitet werden, damit betroffenen Menschen ein einheitlicher Ansprechpartner in der Verwaltung zur Verfügung steht.

- Die Hessischen **Pflegestützpunkte** wollen wir zu Gesundheits- und Pflegestützpunkten ausbauen, um eine ganzheitliche Beratung und Betreuung zu ermöglichen.
- Wir wollen bei Unternehmen und Organisationen weiter dafür werben, die **„Charta zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“** zu unterzeichnen und ihren Mitarbeitern die Möglichkeit eröffnen, z.B. von flexiblen Arbeitszeitmodellen zu profitieren oder die Beratung durch Pflegeguides in Anspruch zu nehmen. Der öffentliche Dienst übernimmt als Arbeitgeber hier eine Vorbildfunktion.

- Wir wollen die **Gewinnung von Fachkräften in den Pflegeberufen** sicherstellen und die Attraktivität dieser Berufe steigern. Die bundespolitischen Maßnahmen für eine **bessere personelle Ausstattung der Pflegeheime und eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte** sowie die Reform der Ausbildung unterstützen wir als erste wichtige Schritte. Darüber hinaus wollen wir auch das Projekt „Pflege integriert“ flächendeckend ausbauen, mit dem vermehrt Zuwanderer aus europäischen Staaten für die Pflegeberufe gewonnen werden können. Die so zugewanderten Fachkräfte erfahren unsere besondere Unterstützung bei der Integration.

- Wir werden bei jungen Menschen, die sich für ein **Freiwilliges Soziales Jahr** entscheiden, dafür werben, ihren Dienst auch in der Pflege bzw. Pflegeeinrichtungen zu leisten.

- Auf der Grundlage des Hessischen Präventionsgesetzes wollen wir **präventive Hausbesuche** fördern, um pflegerischen Bedarf frühzeitig zu erkennen oder ihm durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken.

.... für Menschen mit Behinderung

- Wir werden die **Lebenssituation von Menschen mit Behinderung** weiter verbessern und das Bundesteilhabegesetz im Sinne der betroffenen Menschen umsetzen.

- Wir wollen die **Barrierefreiheit** in unserem Land weiter vorantreiben. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention werden wir über die bereits bestehenden Zielvereinbarungen mit Modellregionen hinaus, weitere Abkommen mit den Kommunen schließen.

- Die Spitzenposition des Landes Hessen bei der **Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen** werden wir ausbauen.

- Das **Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen** schwerbehinderter Menschen werden wir fortsetzen, um diesen Menschen Möglichkeiten für Arbeit und Beschäftigung entsprechend ihren Wünschen und Talenten zu eröffnen.

- Wir werden im Bundesrat dafür werben, dass Unternehmen, die über die gesetzlich festgelegte Quote hinaus **schwerbehinderte Menschen beschäftigen**, entsprechend stärker von der Ausgleichsabgabe profitieren.

- Wir werden auch weiterhin **Wohnmöglichkeiten** für Menschen mit Behinderungen fördern und ihnen ein selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen. Auch alternative Wohnformen speziell für Menschen mit Behinderung erfahren weiterhin unsere Unterstützung.

- Gehörlose Menschen sind in der Gestaltung ihres Alltages auf besondere Solidarität und Unterstützung durch unsere Gesellschaft angewiesen. Mit der Zahlung eines **Gehörlosengeldes** sollen sie einen Nachteilsausgleich erfahren, der ihnen sowohl die Bewältigung alltäglicher Herausforderungen als auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besser ermöglicht.

.... für eine verlässliche Sozialpolitik

- In Hessen existieren **zahlreiche und vielfältige Angebote von privaten und gemeinnützigen Trägern**, um Menschen in sozialen Problemlagen zu helfen und zu unterstützen. Das damit verbundene vielseitige Engagement würdigen und schätzen wir.

- Wir haben mit dem **Sozialbudget in Höhe von mittlerweile 120 Millionen Euro** eine Vielzahl dieser Angebote auf finanziell sichere Beine gestellt. Hilfen und Maßnahmen für Menschen in Problemlagen können sich auch künftig auf unsere Unterstützung und eine verlässliche Finanzierung verlassen.

- Die Mittel werden wir weiterhin über **Zielvereinbarungen mit den Kommunen** verteilen, weil vor Ort am besten die förderungswürdigen Programme ausgewählt werden können, die den Menschen konkret zu Gute kommen.

- **Schwerpunkte** dieser Förderung werden auch weiter der Schutz Schutzbedürftiger, die Hilfe zur Selbsthilfe, die Sprachförderung und die Integration sein.

Wie wir in Hessen zusammenleben

Stabilität und Verlässlichkeit sind die Markenzeichen der CDU – gerade in Zeiten, in denen neue Herausforderungen unser Zusammenleben verändern. Wir setzen uns für gegenseitigen Respekt, für Toleranz und ein friedliches Miteinander der Nationen, Kulturen und Religionen in Hessen ein. Aber auch für klare Regeln und deren Einhaltung. Das gilt für Einheimische, wie für jene, die neu zu uns gekommen sind. Unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur sind kein beliebiges Angebot, sie sind die Grundlagen eines erfolgreichen Zusammenlebens. Die CDU hat mit ihren Maßnahmen zur Integration in Hessen bereits bundesweit Maßstäbe gesetzt.

Identität und Werte stärken

Wir stehen für Identität, Heimat, Werte und Fortschritt gleichermaßen. Wir verbinden den Einsatz für Brauchtum und Tradition mit Weltoffenheit und Toleranz. Das erfordert von allen Offenheit füreinander und den Willen, sich gegenseitig verstehen zu wollen. Unsere Gesetze und Werte bilden hierfür das Fundament. Für uns gehören unsere freiheitliche Grundordnung, die christlich-abendländische Prägung wie auch unsere kulturellen Umgangsformen dazu. Gleichzeitig setzen wir uns für die angemessene Würdigung prägender Ereignisse unserer Geschichte ein. Daher wollen wir prüfen, ob der Reformationstag gesetzlicher Feiertag werden kann. Wir wollen keine muslimischen staatlichen Feiertage einführen. Vollverschleierung lehnen wir überall dort ab, wo sie im Gegensatz zu einer offenen Kommunikationskultur steht.

Integration fördern und einfordern

Menschen zu helfen, die schutzbedürftig sind, entspringt unserer christlichen Grundhaltung. Wir wollen besonders jene unterstützen, die dauerhaft in unserem Land bleiben dürfen. Mit unseren Aktionsprogrammen „Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ haben wir dazu beigetragen, dass die Flüchtlingskrise in Hessen gut bewältigt werden konnte. Integration ist aber keine Einbahnstraße: Wer bleiben will, muss sich integrieren wollen. Die Rechtsstaatsklassen zur Vermittlung von Werten sind zum Modell geworden. Wir unterstützen Spracherwerb, Schul- und Ausbildung als Grundlagen der Integration. Mit uns gibt es aber kein Scharia-Recht, keine Kinderehe oder andere Formen der Zwangsehen, keine islamischen Friedensrichter oder islamische Paralleljustiz. Wir lehnen getrennten Schwimmunterricht für muslimische Mädchen ab. Moscheen dürfen nicht zu Orten extremistischer Propaganda werden.

Heimat für Vertriebene und Spätaussiedler

Seit Jahrzehnten ist Hessen führend in der Arbeit mit und der Integration von Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern. Wir werden auch in Zukunft nicht diejenigen vergessen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Osteuropa fliehen mussten und in Hessen eine neue Heimat gefunden haben. Ihre Unterstützung ist für uns Verpflichtung und Aufgabe: Bewahrung des kulturellen und geistigen Erbes, Unterstützung der Vertriebenenarbeit, Erhalt der Landesbeauftragten, des Landesvertriebenenbeirats und anderer Formen institutioneller Förderung. Wir wollen nicht vergessen, dass die Vertreibung Unrecht war und auch heute als mahnendes Beispiel dienen kann. Die Vertriebenen und Spätaussiedler sind unverzichtbare Brückenbauer für das gemeinsame Europa.

Ehrenamt: Der Kitt der Gesellschaft
Millionen Hessen sind ehrenamtlich tätig: Ihr Einsatz im Sport, in der Kultur, im Natur- und Umweltschutz, in den karitativen Bereichen, den Kirchen, den Hilfs- und Rettungsorganisationen und überall sonst kann nicht hoch genug geachtet werden. Er ist unbezahlbar für unsere Gesellschaft. Das Ehrenamt verdient Verfassungsrang. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Ehrenamt als Staatsziel in die Hessische Verfassung aufgenommen wird. Wir haben in den vergangenen Jahren die Ehrenamtsagentur und die Stiftungsförderung gestärkt. Wir haben erfolgreiche Ehrenamtsprojekte für Flüchtlinge auf den Weg gebracht, die Zusammenarbeit mit den Kommunen ausgeweitet, besseren Versicherungsschutz umgesetzt, die Ehrenamtscard und Engagementlotsen eingeführt und die Ehrenamtssuchmaschine im Internet entwickelt. Diesen Weg setzen wir fort.

Kultur in Hessen: einfach vielfältig
Kultur schafft Identität. Unser Land ist reich an Kunst und Kultur. Dieses kulturelle Erbe wollen wir in seiner Vielfalt fortentwickeln. Das gilt für Museen und Theater, Bibliotheken, Schlösser und Gärten genauso wie für den Filmstandort Hessen, die reiche Musik- und Kreativszene oder Literatur und Kunst. Auch die Heimatmuseen, die Geschichtsvereine, die Musikvereine und Landesmusikschulen sind wichtige Bestandteile unserer hessischen Kultur. Als Welterbe-Standort und mit einzigartigen Museumslandschaften und kulturell bedeutsamen Festivals verfügt Hessen über Alleinstellungsmerkmale internationalen Ranges. Der Zugang zur Kultur muss allen Menschen möglich sein. Unter der Dachmarke „Kultur in Hessen“ bleibt dieser Bereich auch künftig ein Schwerpunkt unserer Politik. Die CDU Hessen wird sich in der Legislaturperiode 2019-2024 dafür einsetzen, dass die Frankfurter Paulskirche in die Liste der Kulturdenkmäler Hessens aufgenommen wird. Gleichzeitig wird sich die CDU Hessen bei der Bundesregierung darum bemühen, dass regelmäßige bundespolitische Veranstaltungen in der Paulskirche stattfinden. Ziel ist es zum 175-jährigen Jubiläum des Paulskirchenparlaments im Jahr 2023 eine sanierte Paulskirche zu erhalten, die als Denkmal der Demokratie bundes- und europaweiten Stellenwert hat.

Prägekraft des Christentums anerkennen
Die Mehrheit der Menschen in Hessen bekennt sich zum christlichen Glauben. Die christlichen Kirchen, Feiertage und Traditionen prägen unsere Kultur und unser Brauchtum. Wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt und treten Bestrebungen entgegen, das Christliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Der Sonn- und Feiertagsschutz hat für uns einen hohen Wert. Wir halten an den Staatsleistungen für die Kirchen fest und setzen uns weiterhin für den flächendeckenden konfessionellen Religionsunterricht ein. Wir halten am Ethikunterricht als Ersatzfach fest und werden ein Unterrichtsangebot für muslimische Schüler gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit Verbänden, die unseren Zielen und Werten der Verfassung widersprechen, werden wir beenden.

Sport verbindet uns alle
Nichts verbindet die Menschen in Hessen über Generationen und Nationen hinweg so sehr wie der Sport. Wir unterstützen deshalb den Breiten- und den Spitzensport in Hessen. Die erfolgreiche Partnerschaft mit dem Landessportbund, den Fachverbänden und Sportkreisen sowie den Vereinen, Kommunen und Schulen wird weitergeführt. Die Leistungszentren sind ebenso bedeutsam, wie die vielen ehrenamtlich Aktiven in den Vereinen. Unsere Investitionen in den Sportstättenbau schaffen die nötige Infrastruktur. Das bundesweit einmalige Programm „Sport und Flüchtlinge“ ist ein wichtiger Beitrag zur Integration. Die Förderung des Behindertensports und der Inklusion setzen wir auch zukünftig gemeinsam mit den betroffenen Verbänden unvermindert fort. Schließlich gilt unser Augenmerk der Gewaltprävention im Amateurfußball und dem Kampf gegen Doping.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für die Stärkung von Identität und Werten

- Die **Werte und Normen unseres Grundgesetzes** bilden die Richtschnur für das Zusammenleben in unserem Land. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch in Zukunft zu gewährleisten, ist ein gemeinsamer Konsens in dieser Frage des Bekenntnisses zu unserer Verfassung unabdingbar. Keine kulturelle oder religiöse Überzeugung darf sich über dieses Recht stellen. Wir müssen bei zunehmender Heterogenität unserer Bevölkerung dafür Sorge tragen, dass ein gemeinsamer Wertekonsens Basis für unser tägliches Miteinander ist.

- Die Demokratie ist unser höchstes Gut. Zur Stärkung des Demokratieverständnisses wollen wir den jeweiligen Tag der Landtagswahlen, der auf einen Mittwoch zu legen ist, als **„Feiertag der Demokratie“** zu einem gesetzlichen Feiertag machen. Damit möchten wir auch das Bewusstsein für die Bedeutung der Landtagswahl stärken und zur Erhöhung der Wahlbeteiligung beitragen.

- Wir wollen insgesamt den **Abbau von Vorurteilen durch Information** stärken: Der Umgang mit und das vertiefte Wissen von Religion, Werten, Normen und Bräuchen ist notwendig, um ein gemeinsames Zusammenleben und vorurteilsfreies Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

- Scharia-Gerichte, jede Art von **Paralleljustiz** oder religiös begründete Rechtsbrüche wie z.B. Kinderehen haben keine Rechtfertigung und treffen auf unseren entschiedenen Widerstand.

- Die **Vollverschleierung** verhindert eine offene Kommunikation. Die Erkennbarkeit, der Austausch mit Blickkontakt und die Wahrnehmung der Mimik sind Voraussetzung für das Miteinander in einer offenen Gesellschaft. Wir wollen, dass dies in der Öffentlichkeit überall möglich ist und nicht durch die Verhüllung des Gesichts erschwert wird. Wir wollen sämtliche verfassungsrechtlich zulässigen Möglichkeiten für ein Verbot im öffentlichen Raum ausschöpfen.

- Die erfolgreiche **Respektkampagne** setzen wir fort und werden in einem weiteren Schritt Landkreise, Städte und Gemeinden für die Mitwirkung an diesem gesellschaftspolitisch bedeutsamen Thema sensibilisieren.

- Mit weiteren Maßnahmen speziell zur **Stärkung der hessischen Identität** tragen wir dazu bei, die Kenntnis über hessische Geschichte sowie die Pflege von Brauchtum und Traditionen zu fördern.

- Um das Bewusstsein für hessische Geschichte und die besondere Identität unseres Landes zu stärken, werden wir eine Stiftung zur Errichtung eines **„Hauses der hessischen Geschichte“** auf den Weg bringen.

- Wir stehen zum **Hessentag**, weil er als ein Alleinstellungsmerkmal unseres Landes zur Stärkung der hessischen Identität beiträgt und die ausrichtenden Städte und Regionen in ihrer touristischen und wirtschaftlichen Struktur stärkt.

.... für die Integration

- Integration ist die Voraussetzung, um Ausländern und Migranten dauerhaft eine **Perspektive** in Deutschland zu bieten. Nur wer sich integriert, hat eine Chance, bei uns eine neue Heimat zu finden und zu erfahren.

- Integration kann daher **keine Einbahnstraße** sein. Menschen mit Migrationshintergrund haben die Pflicht, sich zu integrieren. Wir umgekehrt haben die Pflicht, geeignete Integrationsangebote zur Verfügung zu stellen. Wer die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, um hier zu bleiben, und guten Willens ist, soll bei uns Heimat finden.

- Hessen ist schon heute Pionierland **konkreter Integrationsmaßnahmen** in den verschiedensten Feldern. Die Palette reicht von Integrationslotsen über spezifische Angebote an Mädchen und Frauen bis zur Förderung von gemeinnützigen Migranteninstitutionen. Diesen Weg wollen wir weiter konsequent beschreiten.

- Wir wollen die Ausländerbeiräte, die seit Jahren unter zurückgehender Wahlbeteiligung leiden, zu **Integrationsausschüssen** bei den Gemeindevertretungen fortentwickeln.

- Oberste Priorität für eine gelingende Integration ist der Gebrauch der **deutschen Sprache**. Wer dauerhaft bei uns leben möchte, muss deutsch sprechen können. Als Vorreiter für verpflichtende Deutschkurse werden wir in Hessen dieses zentrale Instrument der Integration weiter stärken.

- Die höchst erfolgreiche Arbeit des hessischen **Asylkonvents** soll fortgesetzt werden.

- Flüchtlinge und Migranten bekommen in Hessen in sogenannten „**Rechtsstaatsklassen**“ die Grundprinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Werteordnung und die unsere Gesellschaft grundlegend prägenden Werte vermittelt. Nur so ist eine Integration in die deutsche Gesellschaft wirklich leistbar.

- Wer als Ausländer oder Migrant dauerhaft bei uns heimisch werden möchte, kann dies durch **ehrenamtliches Engagement** für unsere Gesellschaft am besten unter Beweis stellen. Bürgerschaftliche Engagement sichert den Austausch und das gegenseitige Verstehen im Alltag.

- Wir wollen weiter die **Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt** steigern und für Unternehmen Anreize schaffen, entsprechende Praktikums- und Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die bürokratischen Hürden wollen wir dabei so gering wie möglich halten.

- Wir wollen, dass den **Kommunen** nur noch Asylbewerber zugewiesen werden, die auch eine **tatsächliche Bleibeperspektive** haben und einen Schutzanspruch geltend machen können. Unser Ziel ist, dass sie Teil der Gesellschaft sind und ihren und den Lebensunterhalt ihrer Familien selbst finanzieren können.

- Wir bleiben dabei: Für uns steht eine **Einbürgerung** am Ende einer erfolgreichen Integration. Wir erkennen damit die enorme Bedeutung der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft an. Nämlich das Einstehen zu unseren gemeinsamen Werten, die sich in der schwarz-rot-goldenen Flagge und unserer Nationalhymne widerspiegeln und in unserem Grundgesetz festgehalten sind. Die hessische CDU wird sich überdies dafür einsetzen, dass im Zuge der Beratung des neuen CDU-Grundsatzprogramms die **Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft ergebnisoffen und differenziert** geführt wird.

.... für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

- Die **deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge** haben für den Aufbau unseres Landes viel geleistet. Deshalb werden wir ihre Bedürfnisse im Blick behalten, uns weiter für ihre Belange stark machen und ihnen die für sie notwendige Unterstützung zukommen lassen. In gleichem Maße gilt das auch für **spät ausgesiedelte Deutsche**.

- Den besonderen **Bedürfnissen Heimatvertriebener und spät ausgesiedelter Deutscher** wollen wir in besonderer Weise auch zukünftig Rechnung tragen. Dies gilt insbesondere für die Finanzierung von Integrationsmaßnahmen, Sprachförderung oder Kulturarbeit (z. B. in Form von Heimatmuseen bzw. Heimatstuben). Wir werden prüfen, in wie weit künftig anstelle der bisherigen Projektförderung verstärkt in Form von kontinuierlich wiederkehrenden Strukturförderungen unterstützt werden kann.

- Wir werden die Förderung der Vertriebenen und ihrer Verbände zur Unterstützung ihrer **kulturellen Arbeit** fortsetzen und finanziell anpassen.

- **Wir geben** den von uns geschaffenen und **bewährten Institutionen und Strukturen eine Bestandsgarantie**. Dazu zählen die Landesbeauftragte sowie der Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, der die Landesregierung und den Landtagsunterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung sachkundig berät, oder auch der Hessische Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“, der im Zwei-Jahres-Turnus vergeben wird.

- Zur wissenschaftlichen Aufarbeitung und Darstellung der **Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler** wollen wir zudem einen Lehrstuhl an einer hessischen Universität und eine vom Land getragene Dauerausstellung.

- Wie in der Vergangenheit unterstützen wir auch weiterhin die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie die **Stiftung** „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen.

- Auf Bundesebene werden wir uns für eine Verbesserung der **Rentenregelung für spät ausgesiedelte Deutsche** einsetzen.

- Die Geschichte von Flucht und Vertreibung berührt die Identität, die Schicksale und die Biographien vieler Familien in unserem Land auf unmittelbare Weise. Um die Bedeutung der Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen angemessen zu würdigen und deren verdienstvolles Erbe auch für die nachfolgenden Generationen zu bewahren, sollen gerade in den **Schulfächern** Deutsch, Geschichte, Ethik und Powi die **historischen Entwicklungen**, Prozesse und Folgen **von Flucht und Vertreibung** in den einschlägigen Lehrbüchern, Lehrerhandreichungen und sonstigen Unterrichtsmaterialien an den Schulen einen breiteren Raum einnehmen.

- Die CDU Hessen wird sich dafür einsetzen, dass deutschsprachige Bezeichnungen von **ehemals deutschen Städten und Gemeinden** im Sprachgebrauch nicht in Vergessenheit geraten.

.... für das Ehrenamt

- Die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Hessen trägt entscheidend zum **Zusammenhalt der Gesellschaft** sowie zu Attraktivität und Lebensqualität in unserem Land bei. Sie stärkt Bürgersinn, schafft Entfaltungsmöglichkeiten, fördert und wirkt identitätsstiftend. Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürger würde vieles in unserem Land nicht oder nur eingeschränkt funktionieren.

- Wir unterstützen, wenn sich mehr junge Menschen nach ihrer Schul- oder Ausbildungszeit für einen Dienst an der Gemeinschaft entscheiden. Eine Zeit in der Bundeswehr, Formen des Zivildienstes, Umweltschutz, Pflege, Ehrenamt und anderen gesellschaftlich wichtigen Bereichen dient nicht nur dem Gemeinwohl, sondern schafft auch Identifikation mit den Werten unseres Landes. Auch die Dienstleistenden selbst können wertvolle Erfahrungen für ihre persönliche Entwicklung sammeln. Wir begrüßen daher, dass die **Debatte um die Einführung einer gemeinwohlorientierten Dienstpflicht** für Frauen und Männer den Fokus auf diese Chancen legt und setzen uns dafür ein, gute und attraktive Angebote zu schaffen, damit junge Menschen diesen wertvollen Dienst an der Gemeinschaft leisten können.

- Ehrenamtliches Engagement ist in Hessen vielfältig und im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. Vom Zivil- bis zum Katastrophenschutz, von Feuerwehren über Kultur und Sport, von Umwelt- über Naturschutz und Brauchtumspflege und von Kirchen über Jugend- bis Seniorenarbeit, im Sozialbereich und bei den Flüchtlingen werden jeden Tag tausende Stunden geleistet. Für uns gilt es, diese ehrenamtlichen Strukturen **zukunftsfest** auszugestalten und behutsam den sich stetig ändernden Anforderungen anzupassen.

- Die von uns eingeführte **Ehrenamtskarte** werden wir ausbauen und vor Ort weiter verankern. Sie soll bereits ab einer Gesamtsumme von 260 Stunden im Jahr als Dankeschön ausgegeben werden - denn das Ehrenamt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Wir wollen jedem Inhaber der Ehrenamtscard ein Hessenticket zur Verfügung stellen.“

- Die in den vergangenen Jahren stetig angewachsene **Bürokratie**, die es Ehrenamtlichen und vielen Vereinen zunehmend schwermacht, große Veranstaltungen wie beispielsweise Karnevals- oder Schützenumzüge zu organisieren, werden wir so weit wie möglich reduzieren.

- Auch gut gemeinte Regelungen, wie beispielsweise die zunehmende Überprüfung von Vereinsfesten, belasten Vereine und wirken demotivierend. Wir werden im Dialog mit den Interessenvertretern des Ehrenamtes daher **existierende und vor allem zukünftige Verordnungen und Gesetze überprüfen**, inwieweit sie Ehrenamtliche unnötig bzw. zusätzlich belasten. Dazu gehört auch eine praxisgerechte Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung.

- Die **steigende Zahl von** Übergriffen auf ehrenamtlich Tätige vom Katastrophenschutz über die Rettungsdienste bis zur Kommunalpolitik sind für uns nicht akzeptabel und gefährden das Ehrenamt insgesamt. Wir wollen mit einem Maßnahmenpaket, zu denen Hilfestellungen ebenso zählen wie verschärfte Strafvorschriften, die Ehrenamtler vor Ort unterstützen und tatkräftig für die Akzeptanz engagierter Menschen werben.

- Im Hinblick auf die Aufnahme eines Studiums treten wir dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement **auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet** wird.

- Wir begrüßen es, wenn auch **Unternehmen** honorieren und unterstützen, dass ihre Mitarbeiter sich für die Gesellschaft einsetzen. Sie ergänzt die Anerkennung durch Staat und Gesellschaft und erleichtert dem einzelnen den ehrenamtlichen Einsatz deutlich.

.... für Kunst und Kultur

- Hessen ist eines der an Kultur reichsten Länder in Deutschland. Wir bekennen uns zur **Breite der hessischen Kulturlandschaf**t. Haupt- und Ehrenamt sind dabei genauso wichtig wie die herausragenden Kulturinstitutionen und die zahlreichen Initiativen und Einrichtungen in der Fläche.

- Die **bewährte Museumsförderung des Landes** werden wir gemeinsam mit dem Hessischen Museumsverband als Partner fortsetzen, um den zahlreichen Museen in unserem Land weiterhin eine bestmögliche Unterstützung zu bieten. Dabei steht für uns vor allem die Förderung des Ehrenamts etwa in regionalen Museen im Fokus.

- Wir wollen einen **festen Ankaufsetat** für die Museen bereitstellen, mit dem herausragende Kunstwerke dauerhaft für unseren Kulturstandort gesichert werden können.

- Unser Ziel ist die Aufnahme des einzigartigen, architektonisch geschlossenen Jugendstilensembles auf der **Mathildenhöhe in Darmstadt** in das UNESCO-Weltkulturerbe.

- Wir sorgen dafür, dass die personellen, sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen erhalten bleiben, damit die **UNESCO Welterbestätten in Hessen** ihre Kernaufgaben in der Erforschung, dem Erhalt, sowie in der Präsentation und Vermittlung des landesgeschichtlich bedeutsamen historischen Erbes vollumfänglich erfüllen können.

- Der von der CDU Hessen initiierte **Kulturfonds Frankfurt RheinMain** ist ein Erfolgsmodell. Wir ermuntern hessische Landkreise, Städte und Gemeinden, nach dem Modell des Kulturfonds in Kulturfragen freiwillig zu kooperieren.

- Die **Documenta** als weltweit anerkannte Ausstellung für zeitgenössische Kunst werden wir auch im Jahr 2022 unterstützen. Auch das Documenta-Institut soll bei seinem Aufbau weiterhin unterstützt werden.

- Die **drei hessischen Landesmuseen** sind Leuchttürme unserer Kulturlandschaft, deren Arbeit wir weiterhin stark unterstützen werden. Die Sanierung der Museumslandschaft Hessen Kassel werden wir dabei genauso fortsetzen wie wir dem Landesmuseum Wiesbaden den notwendigen Anbau ermöglichen werden.

- Unter den **privaten und kommunalen Museen** in Hessen werden wir insbesondere das Deutsche Ledermuseum in Offenbach und das Jüdische Museum in Frankfurt als herausragende Einrichtungen bei ihrer Neugestaltung und dem Betrieb weiter unterstützen.

- Wir wollen die Verwaltung der hessischen **Schlösser und Gärten** enger mit Kommunen und Tourismusverbänden vernetzen. Mit einem Kulturbauprogramm HERKULES wollen wir eine Sanierungsoffensive für unsere Schlösser, Burgen und Gärten starten und die in diesem Bereich begonnenen Maßnahmen namhaft ausbauen. Damit sichern wir unsere historischen Liegenschaften im ganzen Land für künftige Generationen.

- Wir **bekennen uns zur einzigartigen Kulturlandschaft unserer Heimat**: Die Vielfalt des Kulturschaffens etwa bei der Kleinkunst, in der bildenden Kunst oder in Trachtenvereinen, Chören, Orchestern und in der Fastnacht soll weiter lebendig gehalten werden und geeignete Unterstützung des Landes erfahren.

- Die Arbeit der **Denkmalpflege** mit dem zuständigen Landesamt und den unteren Denkmalschutzbehörden wollen wir weiter fördern. Dabei soll die Unterstützung der zahlreichen privaten Initiativen und ehrenamtlichen Vereine zum Erhalt von Einzeldenkmälern weiter ausgebaut werden. Für uns steht fest, dass die Denkmalpflege einen bedeutenden Teil zum Erhalt unserer Traditionen und Geschichte leistet und dabei stets den Blick darauf richtet, für die Nutzbarmachung von Denkmälern zu sorgen.

- Mit der **Dachmarke „Kultur in Hessen“** machen wir zum ersten Mal in der Geschichte des Landes unsere vielfältigen kulturellen Schätze in ihrer Gesamtheit öffentlich bekannt. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen, verbreitern und dabei auch weiteren Initiativen etwa aus dem Bereich des Ehrenamts den Zugang zu dieser Kommunikationsplattform ermöglichen.

- Den **hessischen Kulturatlas** mit seiner ersten Bestandsaufnahme von Kultur in Hessen und ihrer Förderinstrumente wollen wir gemeinsam mit den Kulturtreibenden für eine Weiterentwicklung von Kultur in Hessen nutzen.

- Wir wollen die Möglichkeiten der **Digitalisierung auch im Bereich der kulturellen Bildung** verstärkt nutzbar machen (z.B. Zur-Verfügung-Stellung von Apps).

- Wir bekennen uns zu den drei **Staatstheatern** in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt, stehen zu deren Finanzierung und werden die erforderliche bauliche Sanierung fortsetzen. Ebenso werden wir die Partnerschaft mit den Theatern in Gießen und Marburg fortsetzen und ausbauen. Gleiches gilt für die von uns seit vielen Jahren unterstützten Bad Hersfelder Festspiele. Wir möchten, dass die Städtischen Bühnen Frankfurt am Main ihre ausgezeichnete Arbeit auch in Zukunft fortsetzen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich auch der Bund an den Kosten für ihre Sanierung beteiligt.

- Die **freie Theaterszene** leistet eine hervorragende Arbeit. Deshalb wollen wir die Unterstützung des Landes in diesem Bereich weiter und nachhaltig ausbauen.

- **Musische Erziehung** hat für uns eine hohe Bedeutung. Deshalb sehen wir eine Erhöhung der Unterstützung für die staatlich geförderten Musikschulen in Hessen vor. Daneben wollen wir den Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ sowie das Landesjugendsinfonieorchester, das Landesjugendjazzorchester und den Landesmusikrat sowie die Landesmusikakademie weiter unterstützen und stärken.

- Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Teil der Allgemeinbildung junger Menschen. Wir werden diese daher weiter ausbauen. Insbesondere mit dem **Kulturkoffer** haben wir gemeinsam mit der Landesvereinigung Kulturelle Bildung Hessen e.V. (LKB Hessen) ein hocheffektives Mittel zur Förderung der Kultur in allen Regionen des Landes geschaffen, das wir weiterführen wollen.

- Auch das **Modellprojekt „LandKulturPerlen**“ von Bund und Land nimmt in besonderer Weise die Kulturelle Bildung im ländlichen Raum in den Blick, macht sie sichtbarer und unterstützt lokale Akteure durch Vernetzung. Die erfolgreiche Arbeit in Waldeck-Frankenberg und Fulda wollen wir auf andere Kreise ausweiten.

- Den erfolgreichen Ausbau der **Förderung der Soziokultur** in Hessen werden wir gemeinsam mit den Akteuren aus diesem Bereich fortsetzen.

- Das **Modellprojekt** des Landes **zur Förderung der Soziokultur in Hessen** gemeinsam mit den Vertreten der Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Hessen e. V. (LAKS), in dessen Rahmen die als erster Ansprechpartner für die Antragsteller fungiert, werden

wir fortsetzen und übertragen.

- Hessen als Heimat Goethes und der Frankfurter Buchmesse ist ein **Literaturland**. Unseren Schwerpunkt in diesem Bereich wollen wir beibehalten, werden die Literaturförderung weiter ausbauen und insbesondere junge Menschen zeitgerecht für Bücher begeistern.

- Die wissenschaftlichen **Bibliotheken** werden wir bei der Digitalisierung fördern. Insbesondere in ländlichen Regionen sollen die öffentlichen Bibliotheken als häufig wichtigste kulturelle Einrichtung in vielen Gemeinden besser unterstützt werden, zum Beispiel durch den Ausbau des „OnleiheVerbundHessen".

- Mit der **Film-GmbH** und dem Ausbau der **Filmförderung** haben wir Hessens Rolle als Filmland gestärkt und wollen diesen Weg weiter konsequent gehen. Gleiches gilt auch für die Filmfestivals und die Kinoförderung im ländlichen Raum.

- Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Erleichterung für die große Anzahl im kulturellen Bereich ehrenamtlich oder semiprofessionell Tätigen überprüfen wir das Zuwendungsverfahren auf **vermeidbare bürokratische Belastungen** und vereinfachen und modernisieren das Zuwendungsrecht. Dafür setzen wir uns auf Bundes- und der europäischen Ebene ein.

.... für Kirchen und Religionsgemeinschaften

- Die christlichen Kirchen sind fester Bestandteil unserer Geschichte, unserer Kultur und damit unseres Landes bis heute. Sie leisten in der **Seelsorge und im sozialen Bereich**, vor allem in der Kinderbetreuung, in Schulen, im Gesundheitswesen, in der Altenpflege sowie der Integration wertvolle Arbeit.

- Die wichtige Arbeit der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände werden wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und auf Grundlage der bestehenden gesetzlichen Regelungen **weiterhin unterstützen**.

- Wir werden die Kirchen dabei unterstützen, kulturelle Zeugnisse zu bewahren sowie christliche Feste und Traditionen aufrechtzuerhalten und sichtbar zu machen. Wir setzen uns weiterhin für den **Schutz des Sonntags und der hohen christlichen Feiertage** ein. Für uns steht fest: Die Öffnung von Geschäften an Sonntagen muss unter Berücksichtigung der Rechtsprechung zur Anlassbezogenheit eine Ausnahme bleiben.

- Es steht außer Frage, dass die Sonntagsöffnungszeiten auch für den Handel in den hessischen Städten und für die Attraktivität von Märkten von großer Bedeutung sind. Nicht zuletzt wegen des großen Konkurrenzdrucks durch den Online-Handel und zum Erhalt der Arbeitsplätze im Einzelhandel, sind Ausnahmen notwendig. Für Ausnahmeregelungen von **bis zu vier verkaufsoffenen Sonntagen** an den bisher zulässigen Wochenenden wollen wir praktikable Regelungen schaffen, um Klarheit und Rechtssicherheit kommunaler Entscheidungen, insbesondere für den Einzelhandel, zu ermöglichen.

- Wir setzen uns für die gesetzlich geschützte Karfreitagsruhe ein -Feiertage sind Momente der Besinnung und Ruhe. Das im Hessischen Feiertagsgesetz verankerte **Tanzverbot z.B. am Karfreitag**, muss durch die zuständigen Ordnungsbehörden weiterhin kontrolliert und durchgesetzt werden.

- Unsere europäische Kultur ist auch jüdisch geprägt. Deswegen und aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust sind wir **in besonderer Weise mit den Menschen jüdi-**

schen Glaubens verbunden und sehen uns in besonderer Verantwortung für das jüdische Leben in Hessen.

- Das Leben jüdischer Bürger ebenso wie Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen **bedürfen unseres besonderen Schutzes**. Den Staatsvertrag des Landes mit den jüdischen Gemeinden werden wir weiter entwickeln.

- Gleichzeitig erfüllen uns die zunehmenden Angriffe auf jüdische Menschen mit großer Sorge. Wir verurteilen jede Form des Antisemitismus und begrüßen deshalb die Berufung eines **Antisemitismusbeauftragten** für Hessen.

- Die von Menschen **muslimischen Glaubens** in Hessen, darunter viele deutsche Staatsbürger, in den vergangenen Jahrzehnten für eine positive Entwicklung unseres Landes erbrachten Leistungen erkennen wir ausdrücklich an. Sie bestärken uns in der Zielsetzung, muslimische Kultur und Lebensweise stärker als bisher in unsere Gesellschaft einzubinden.

- Daneben müssen wir gemeinsam mit den hier beheimateten Menschen jede Form **von islamistischem Fundamentalismus und Salafismus bzw. Terrorismus bekämpfen** und der Entstehung von Parallelgesellschaften in unseren Städten bereits im Ansatz wirkungsvoll begegnen.

.... für den Sport

- Der Sport in Hessen liegt uns in besonderem Maße am Herzen. Wir werden den Sport, der neben der Gesundheit u.a. auch den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** und die Integration herausragend fördert und hauptsächlich von ehrenamtlichen Strukturen getragen ist, deshalb weiterhin auf hohem Niveau fördern sowie vorhandene Programme stärken und nach Möglichkeit ausbauen.

- Wir wollen **konkrete Hilfestellung für Vereine** leisten, indem wir vorhandene Beratungsangebote ausweiten, die Schaffung von Hauptamtlichkeit zur Unterstützung der Ehrenamtlichen verstärkt in den Fokus rücken und die Sportkreise stärken. Die Informationsgewinnung und Antragsstellung für Förderangebote wollen wir durch Onlineverfahren für Ehrenamtliche und die Einführung eines digitalen „Sportatlas Hessen“ in Verbindung mit einer „Sport-App“ erleichtern.

- Die **Förderung des Leistungs- ebenso wie des Breiten- und Behindertensports** werden wir auf dem bisherigen hohen Niveau fortsetzen.

- Zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung wollen wir Vereine und Verbände bei der **Installierung und Ausweitung von Angeboten im Gesundheitssport** fördern. Hierzu werden wir, in Zusammenarbeit mit den Krankenversicherungen und -kassen, niedrigschwellige Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen sowie ein Förderprogramm für öffentlich zugängliche Sport- und Bewegungsangebote in Zusammenarbeit mit den Kommunen und zwar gezielt in Modellregionen mit dem Ziel einer landesweiten Ausweitung.

- Zur Gesundheitsprävention wollen wir die Koo**peration von Kindergärten/Kindertagesstätten mit Sportvereinen** fördern. Sportvereine können so zudem ihr Konzept im Bereich Sport und Bewegung in Kindergärten/Kindertagesstätten tragen, diese qualifizieren und gleichzeitig vereinsferne Kinder erreichen.

- Unerlässliche Voraussetzung für modernen Sport sind **Sportstätten auf der Höhe der Zeit**. Deshalb

werden wir diesbezügliche Investitionsprogramme des Landes auch in Zukunft fortführen.

- Insbesondere die **Förderung des vereinseigenen und kommunalen Sportstättenbaus** gilt es auszubauen, um das bürgerschaftliche Engagement in noch höherem Maße zu unterstützen. Hier werden wir prüfen, wie wir die bisherige Förderung auf noch mehr Vereine und Kommunen, insbesondere für Schulsportstätten ausweiten können.

- Das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) mit dem Ziel der Sanierung, Modernisierung und für Ersatz- bzw. Neubauten von **Hallen- und Freibädern** wird in den nächsten fünf Jahren mit jährlich zehn Millionen Euro ausgestattet.

- Mit dem Programm „**Sport und Flüchtlinge**“ hat Hessen ein Angebot geschaffen, um die integrative Kraft des Sports optimal zu nutzen. Dies setzen wir fort. Das Netzwerk der kommunalen Sportcoaches ist ein geeignetes Format, um Vereine bei der wichtigen Aufgabe der Integration durch und im Sport zu unterstützen.

- Der Leistungssport hat aufgrund seiner Vorbildfunktion eine wesentliche Bedeutung für den Breitensport und positive Effekte auf den gesamten Sport. Der von der Landesregierung gemeinsam mit dem Landessportbund Hessen (lsbh) eingeschlagene „Hessische Weg“, der partnerschaftlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Staat und Verband sowie der **besonderen Förderung des Leistungssports** wird fortgesetzt. Das gemeinsam verabschiedete Leistungssportkonzept bildet dafür die Grundlage. Die Rahmenbedingungen für Athleten, Vereine, Trainer und Verbände werden wir weiter verbessern. Hierfür werden wir beispielsweise die Leistungssportförderung für die hessischen Fachverbände und den lsbh ausweiten, eine zielgerichtete Unterstützung des Olympiastützpunktes realisieren und die Mitspracherechte für Athleten und Trainer durch entsprechende Integration in die Strukturen des Sports als eigenständige Mitwirkende auf Augenhöhe implementieren. Darüber hinaus werden wir duale Karrieremöglichkeiten für Athleten durch die Polizeisportfördergruppe, durch die Stiftung Sporthilfe Hessen und die neue Einrichtung einer Sportgruppe für Verwaltungssportler unterstützen. Hierzu gehört auch die Vereinbarkeit von Karriere und Sport durch verbesserte Rahmenbedingungen für Athleten in Schule und Hochschule. Zur optimalen Versorgung von Spitzenathleten werden wir den Krankenversicherungsschutz für Athleten und die Altersvorsorge verbessern.

- Sportgroßveranstaltungen ziehen Millionen von Menschen in ihren Bann, sind Pulsgeber für den Sport und verbinden Nationen. Wir sprechen uns für die Austragung von Sportgroßveranstaltungen in Deutschland aus. Hessen kann hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen **Sportgroßveranstaltungen in Hessen** daher besonders fördern.

- Überdies streben wir eine Stärkung der **Jugendarbeit im Bereich des Schulsports** an, zum Beispiel durch Konzepte, um die Bundesjugendspiele gemeinsam mit überregionalen Sportverbänden und Sportvereinen vor Ort attraktiver zu gestalten. Dies kann etwa durch Auszeichnung der „besten Bundesjugendspiele“ im Rahmen eines Wettbewerbs umgesetzt werden.

- Sowohl den **Schulsport- und Schulschwimmunterricht, den Betriebssport als auch sportliche Aktivitäten für Senioren** sehen wir als wichtige gesellschaftspolitische Säulen, die wir intensivieren und vernetzen wollen.

- Wir wollen wir einen Ausbau der Kooperationen von Schulen und Vereinen und treten für eine Ausweitung des **Modellprogramms „Tägliche Sportstunde“** auf weitere Schulen sowie eine landesweite Durchführung des Bewegungschecks an hessischen Schulen zur Bekämpfung des Bewegungsmangels

und zur Suche nach Talenten ein.

- Wir werden prüfen, ob wir einen Landeswettbewerb „**sportlichste Kommune in Hessen**“ jährlich ausschreiben können.

- Hessen ist bereits heute bei der Inklusion im Sport gut aufgestellt. Die **Stärkung des paralympischen Leistungssports in Hessen** stellt dabei aufgrund seiner Vorbildfunktion für den Behindertensport ein wichtiges Betätigungsfeld dar. Hierzu gehört insbesondere die Verbesserung der Talentförderung und -findung im Behindertensport. Wir werden die Strukturen durch verstärkte Förderung des HBRS, Special-Olympics Hessen und des Gehörlosensportverbandes Hessen unterstützen. Weiterhin werden wir die Mitwirkungsmöglichkeiten für Behinderte in Sportgruppen der hessischen Vereine durch Förderung der Inklusion in Vereinen des Landessportbundes verbessern.

- Wir werden die Autonomie des Sports weiterhin anerkennen. Gleichwohl ist die Integrität des Sports und seiner Spitzenorganisationen unabdingbare Voraussetzung für öffentliche Förderungen. In diesem Zusammenhang wollen wir prüfen, ob eine **Stärkung des Landessportbundes** durch eine Anhebung des Anteils aus der Verteilung der Spieleinsätze angesichts der Vielzahl von Aufgaben gerechtfertigt ist.

- Wir setzen uns für einen **sauberen, fairen und gewaltfreien Sport** ein, denn Fan-Gewalt, Doping, Manipulation, Diskriminierung und Rassismus zerstören die positive gesellschaftliche und integrative Kraft des Sports.

- **Gewaltprävention** werden wir weiterhin in besonderer Weise fördern. Der Amateurfußball soll hier ebenfalls in geeigneter Weise Unterstützung finden.

- Gewalttätige Ausschreitungen durch sogenannte Fußballfans und die hierdurch erforderlich werdenden polizeilichen Maßnahmen bewegen sich seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau. Hier sehen wir die Vereine gegenüber ihren Fans in der Pflicht. Die **Verantwortung des Vereins für seine Fans** beginnt und endet nicht an der Stadiongrenze. Sie gilt allgemein. Vereine und Fanabteilungen müssen sich proaktiv und unmissverständlich gegen Gewalt oder den Missbrauch von Pyrotechnik positionieren und entsprechend konsequent handeln. Fehlverhalten muss nachdrücklich benannt und rückhaltlos thematisiert werden. Wir erwarten hier eine integre Haltung aller Vereine in Hessen.

Wie wir die Lebensbedingungen in Hessen bewahren und schützen

Die Schönheit der hessischen Natur ist Teil unserer Identität und ein Fundament unserer Lebensqualität. Daher ist uns die Bewahrung der Schöpfung für die kommenden Generationen ein zentrales Anliegen. Die hessischen Bauern, Förster und Jäger sowie die Umweltverbände tragen in besonderer Weise zu diesem Ziel bei. Der Schutz der Umwelt gelingt nur mit den Menschen. Deshalb setzen wir auf Freiwilligkeit und Nachhaltigkeit. Wir verstehen Ökonomie und Ökologie nicht als Gegensätze, sondern als sich wechselseitig bedingende Grundlagen einer lebenswerten Zukunft.

Energie – sicher, sauber, bezahlbar, koordiniert und akzeptiert
Die Energieversorgung unseres Landes erfordert in besonderer Weise die Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Der Umbau unserer Energieinfrastruktur ist eine Generationenaufgabe, die kluger und ideologiefreier Weichenstellungen bedarf. Hessen hat mit dem bundesweit einmaligen Energiegipfel 2011 diese Weichen für eine zukunftsfähige Energieversorgung richtig gestellt. Die Energieversorgung der Zukunft muss sicher und sauber sein – aber vor allem muss sie für alle bezahlbar bleiben. Auch in Zukunft setzen wir auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Hierzu brauchen wir auch eine Reform der Förderung der erneuerbaren Energien über das EEG. Die Energiewende darf nicht unverhältnismäßig zu Lasten der Bürger und der Wirtschaft gehen oder Arbeitsplätze gefährden. Gleichzeitig müssen wir neue Wege nutzen, um Energie zu sparen und Techniken weiterzuentwickeln.

Wertschätzung für unsere Bauern
Die hessischen Bauern erbringen unverzichtbare Leistungen für unsere Gesellschaft. Neben der Produktion hochwertiger, regionaler Lebensmittel ist die Landwirtschaft auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein essentieller Beitrag zu Natur-, Umwelt- und Artenschutz. Bäuerliche Betriebe sind ein Teil unserer Kultur und prägen das Leben auf dem Land. Die bäuerliche und kleinräumige Landwirtschaft ist weiterhin unser Leitmotiv, die unsere besondere Unterstützung erfährt. Deshalb setzen wir auf vielfältige, moderne und zukunftsfähige Betriebe, die von breiten und unbürokratischen Unterstützungsangeboten für alle Wirtschaftsformen profitieren. Mit dem Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft ist es uns gelungen, der konventionellen wie der ökologischen Landwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen und Zukunftschancen in Hessen zu garantieren. Auch in der Landwirtschaft ist die Digitalisierung eine Herausforderung, die wir gemeinsam mit den Landwirten gestalten wollen.

Der Wald – Lebensraum mit Zukunft
Fast die Hälfte unseres Landes ist von Wald bedeckt. Mit diesem Waldanteil ist Hessen zusammen mit Rheinland-Pfalz an der Spitze der Länder. Der Erhalt, die Pflege und die nachhaltige Bewirtschaftung dieses Naturguts sind uns ein besonderes Anliegen. Wir erhalten damit einen unverzichtbaren natürlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen und einen traditionellen Ort der Erholung für uns Menschen. Gleichzeitig verbessern wir die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Nutzung der Ressource Holz. Dafür werden wir Vermarktungsstrukturen neu aufstellen und unnötige Einschränkungen einer nachhaltigen Holzwirtschaft aufheben.

Jagd als Beitrag zum Naturschutz
Jagd und Fischerei sind nicht nur nachhaltige Formen zur Nutzung der Natur, sondern auch Bestandteil unserer Kultur in Hessen. Die Jägerschaft sorgt dank guter Ausbildung für Tier- und Artenschutz, für die Regulierung der Wilddichte und unterstützt die Land- und Forstwirtschaft. Unser Ziel ist ein gutes Miteinander zwischen den unterschiedlichen Nutzungsinteressen. Dafür wollen wir praxistaugliche, sachorientierte und ideologiefreie Rahmenbedingungen für Jagd und Fischerei sicherstellen.

Die Schöpfung für unsere Kinder bewahren
Wir müssen mit unserer Umwelt, unserem Grund und Boden und unseren Ressourcen sorgfältig umgehen. Reine Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden sind die Grundlage für die hohe Lebensqualität in unserem Land. Durch einen sorgsamen Schutz unserer Natur und Landschaft wollen wir diese auch für zukünftige Generationen erhalten. Hierbei setzen wir auf Freiwilligkeit statt auf Konfrontation. Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit in den Vordergrund stellen. Wo staatliche Regulierung notwendig ist, soll sie gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet werden.

Biologisch vielfältig bleiben
Die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten – die sogenannte Biodiversität – ist die Voraussetzung für eine intakte Natur und für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen. Als Grundlage für eine lebenswerte Zukunft wollen wir die zahlreichen Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten, Landschaften sowie die Leistungsfähigkeit des Ökosystems erhalten. Dies wird weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, die gemeinsam mit der Politik auf allen Ebenen, Bürgern, Verbänden und Unternehmen bearbeitet werden muss.

Klimaschutz und Luftreinhaltung als gemeinsame Aufgabe
Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Generation. Dabei ist es wichtig, weltweit zu denken, aber regional zu handeln. Im Klimaschutzplan Hessen 2025 haben wir bereits konkrete Maßnahmen festgelegt, mit denen Hessen seinem Teil der weltweiten Verantwortung gerecht wird. Wir wollen mit innovativen Projekten und intensiver Forschung daran arbeiten, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und die hohe Luftqualität in Hessen zu erhalten. Moderne und vielschichtige Mobilitätskonzepte und Maßnahmenpakete für unsere Städte sind sinnvoller als pauschale Fahrverbote, die wir ablehnen. Daher unterstützen und fördern wir innovative und zielführende Ideen und Maßnahmen der Wirtschaft zur Reduzierung von Kohlendioxid.

Verbraucher verlässlich schützen und Alltagskompetenzen stärken
Wir Hessen haben einen Anspruch auf einwandfreie Produkte und Dienstleistungen und auf klare Informationen für unsere Kaufentscheidungen. Dazu ist ein funktionierendes Kontrollsystem in den unterschiedlichsten Bereichen notwendig. Die Bürger sollen anhand klarer und verständlicher Beschreibungen und Kennzeichnungen selbst entscheiden, was sie kaufen möchten oder nicht. Dazu gehört auch, dass es Konsequenzen für diejenigen Betriebe geben muss, die sich nicht an die Regeln halten.

Keine Angst vor Geschäften im Internet
Die zunehmende Digitalisierung im Alltag, aber auch immer neue, unübersichtliche Regelungen und Angebote im Bereich der Versicherungen, Finanzen oder der Altersvorsorge stellen viele Menschen vor täglich neue Herausforderungen. Insbesondere bei Geschäften im Internet muss es noch mehr Schutz für die Nutzer geben. Wir werden kriminellen Machenschaften und bewussten Täuschungen mit aller Härte entgegentreten, um die Verbraucher vor Tricksereien im Alltag besser zu schützen. Im gleichen Zuge sollen unsere Kinder bereits in der Schule auf diese Herausforderungen vorbereitet werden. Daher sollen an hessischen Schulen zukünftig verstärkt solche Alltagskompetenzen vermittelt werden.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für die Energiepolitik

Nachhaltige Energieerzeugung

- Die **Energiewende ist eine Generationenaufgabe**. Die staatlichen Rahmenbedingungen für den Umbau unserer Energieinfrastruktur müssen die Ziele der Verlässlichkeit, der Bezahlbarkeit und des Umweltschutzes in einen guten Ausgleich bringen und eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für diesen Prozess sicherstellen.

- Der Weg der **Energiewende** muss grundsätzlich **technologieoffen**, mit möglichst wenigen Detailregelungen und auf Grundlage einer **europaweiten wirksamen Bepreisung von CO2-Emissonen** begangen werden.

- Wir begrüßen den eingeleiteten grundlegenden **Umbau des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** und die Umstellung auf marktwirtschaftliche und technologieoffene Ansätze. Wir werden uns auf Bundesebene für ein Konzept einsetzen, das baldmöglichst die finanzielle EEG-Förderung für Neuanlagen aller regenerativen Energiequellen beendet. Die Detailregelungen müssen so ausgestaltet sein, dass ein angemessener Ausbau der erneuerbaren Energien dort stattfinden kann, wo dies effizient ist und wo Mensch und Natur am wenigsten beeinträchtigt wird. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist uns dabei sehr wichtig.

- Wir setzen uns dafür ein, dass es auch künftig **sachgerechte Befreiungen für Industrie und energieintensive Unternehmen** von der EEG-Umlage gibt. Dabei sind die Belange des Mittelstandes besonders in den Blick zu nehmen. Dies halten wir im Sinne wettbewerblicher Standortbedingungen unserer Industrie für unabdingbar. Wir setzen uns auch für die **Reduzierung von EEG-Anteilen bei den Stromkosten für private Haushalte** ein.

- Die Hessische Landesregierung hat mit den Ergebnissen des Hessischen Energiegipfels 2011, dem mit Ausnahme der Linken alle Landtagsfraktionen zugestimmt haben, ein umfassendes und wegweisendes Energiekonzept für Hessen vorgelegt. Zwischenzeitlich haben sich viele technische, rechtliche und finanzielle Veränderungen zur Erzeugung und Nutzung alternativer Energien erheblich verändert. Dies gilt auch für die Errichtung und Nutzung von Windkraftanlagen. Wir werden deshalb beispielsweise Fragen des Naturschutzes, des Lärms und der Abstandsregelungen überprüfen. Dazu zählt zum Schutz der Menschen die Aufnahme der H10-Regelung als Abstand zur Wohnbebauung, um eine bessere Akzeptanz der Anlagen in den Kommunen vor Ort zu erreichen. Dies soll in einem **neuen Energiegipfel** fortgeschrieben werden.

- Wir werden, wie im Energiegipfel vereinbart, **2 Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete** ausweisen. Dies dient der Steuerung und vermeidet den Wildwuchs, weil dadurch 98 Prozent der Flächen verlässlich freigehalten werden. Wir erwarten, dass die Regionalversammlungen ihrer Verantwortung nachkommen, und einen gerechten Ausgleich der Interessen herbeiführen.

- Wir werden auch weiterhin **Windkraft im Wald** ermöglichen und hierzu auch Flächen im Eigentum des Landes bereitstellen. An den hieraus resultierenden Pachteinnahmen wollen wir die Kommunen angemessen beteiligen. Die bisherige Regelung werden wir überarbeiten.

- Wir werden uns für eine Stärkung der bundesweiten Regelungen zur **Rückbauverpflichtung von Windkraftanlagen** einsetzen.

- Wir begrüßen, dass **genossenschaftliche Ansätze** und Vorhaben mit enger **Beteiligung der Bürger vor Ort** beim Ausbau der erneuerbaren Energien besonders berücksichtigt werden. Wir wollen solche Zusammenschlüsse unterstützen.

- Wir wollen die **Eigenstromerzeugung** und private Speicherlösungen voranbringen. **Mietstrom- und Contractingmodelle** wollen wir erleichtern.

- Das **Solarkataster** werden wir dauerhaft kostenfrei bereitstellen, um Bürgern die Entscheidung für eine Solaranlage zu erleichtern. Um landwirtschaftliche Flächen für die Nahrungsmittelproduktion zu erhalten, werden wir auch weiter keine großflächigen Solaranlagen zulassen.

- Wir setzen uns für eine behutsame Nutzung der **Wasserkraft** im Einklang mit der Wasserrahmenrichtlinie und dem Schutz der Fischfauna ein. Besonders die alten Mühlen wollen wir erhalten.

- Die **Biomassenutzung** ist eine wichtige Säule der nachhaltigen Energieversorgung und dient Landwirten als zusätzliche Einnahmequelle. Wir wollen, dass unsere Landwirte weiterhin Energie produzieren.

Sparsamer Umgang mit Energie

- Die **Reduzierung des Energieverbrauchs** bleibt auf allen Ebenen weiter im Fokus. Hierzu wollen wir technische Potenziale nutzen und die breite Umsetzung modernster Techniken und Verfahren unterstützen. Wir wollen dabei die Energieberatung von Bürgern und der kleinen und mittleren Unternehmen fortsetzen und insbesondere besser über vorhandene Fördermöglichkeiten informieren.

- Wir wollen das **Energiesparen auf dem privaten Wohnungsmarkt** durch finanzielle und steuerliche Anreize, etwa für energetische Sanierungen, fördern.

- Einen besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der **Unterstützung von Rechenzentren** beim Energiesparen, deren Energiebedarf deutschlandweit der Erzeugungskapazität vier mittlerer Kohlekraftwerke entspricht.

Lösungen für Speicherung und Verteilung

- Wir bekennen uns zur Notwendigkeit des **Ausbaus der Stromleitungen auf allen Spannungsebenen**, um die Verlässlichkeit der Stromversorgung jederzeit sicher zu gewährleisten. Die Möglichkeit, Leitungen als Erdkabel zu verlegen, ist regelmäßig zu prüfen. Die vom Leitungsbau betroffenen Grundeigentümer sollen einen **angemessenen Ausgleich** erhalten.

- Wir setzen uns für eine **Optimierung des Bestandsnetzes** zur Sicherung der Netzstabilität ein. Gleichzeitig wollen wir für den Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen eintreten, da so in Teilen auf Netzneu- bzw. ausbau verzichtet werden kann.

- Wir setzen uns dafür ein, dass beim notwendigen **Ausbau der SuedLink-Leitung** die beste und effizienteste Variante gewählt wird. Wir unterstützen dabei die Einschätzung der zuständigen Bundesnetzagentur, wonach die durch Thüringen verlaufende Trasse die wirtschaftlich effizienteste und ökologisch verträglichste Ausbauvariante ist.

- Die Erprobung intelligenter Netze („**Smart Grids**“) auf regionaler und kommunaler Ebene werden wir weiter unterstützen und diese Technik weiter voranbringen. Gleichzeitig dürfen die Möglichkeiten des digitalen Lastmanagements nicht zu verbindlichen Einschränkungen der Stromverfügbarkeit für Privathaushalte oder Wirtschaftsbetriebe werden.

- Der Verbesserung von **Speicherkapazitäten** für Wind- und Sonnenstrom werden wir uns ebenso widmen wie der Batterieforschung, da beides bei der schwankenden Strombereitstellung aus erneuerbaren Energien für eine jederzeit sichere Stromversorgung von enormer Bedeutung ist.

- Die innovative **Power-to-Gas-Technologie** bietet die Möglichkeit, überschüssigen Strom aus Erneuerbaren-Anlagen in „grünes Gas“ umzuwandeln und so zu speichern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, günstige Rahmenbedingungen für die Nutzung dieser Technologie zu schaffen. Diese Maßnahmen sollen unter wirtschaftlichen und wettbewerblichen Bedingungen umgesetzt werden.

- Einer geforderten **Sektorenkopplung** werden wir mit der Zusammenfassung des Strom-, Wärme- und Verkehrssektors unter einem energie- und wettbewerbspolitischen Leitprinzip folgen.

- Deutschland muss eine **einheitliche Strompreiszone** bleiben.

.... für die Landwirtschaft

Regionale Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft

- Die Landwirtschaft in Hessen verdient unsere **größte Wertschätzung**. Sie arbeitet nach höchsten internationalen Standards, produziert hochwertige regionale Lebensmittel, prägt unsere Kulturlandschaft und trägt substanziell zu Umwelt,- Arten- und Klimaschutz in Hessen bei. Die mittelständische, familienbetriebene, bäuerliche Landwirtschaft verdient dabei unsere besondere Unterstützung und soll in Hessen weiterhin führend sein.

- Die **hessische Landwirtschaft** befindet sich in einem rasanten Wandel auch im Hinblick auf die globalen Herausforderungen. Die Betriebe haben gezeigt, dass sie dazu bereit sind, sich diesem Wandel zu stellen. Die Politik muss in dieser Situation ein zuverlässiger Begleiter dieses Prozesses sein. Um langfristige Investitionen zu tätigen, brauchen Landwirte zum Zwecke des Vertrauensschutzes **ausreichend Planungssicherheit**. Dies bedeutet, dass neue Auflagen nur für Neu- und Umbauten oder mit ausreichenden Übergangsfristen umgesetzt werden.

- Der „**Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft**“ bleibt Grundlage für unsere Agrarpolitik auch in den nächsten Jahren.

- Die Landwirtschaft steht in der Mitte der Gesellschaft. Wir wollen den landwirtschaftlichen **Berufsstand stärken** und zur gesellschaftlichen Akzeptanz und Anerkennung der Arbeit der Bauern beitragen. Den Tag des offenen Hofes, das Projekt „Bauernhof als Klassenzimmer“ und den „Urlaub auf dem Bauernhof“ werden wir forcieren.

- **Konventionelle und ökologische Landwirtschaft** sind nach unserer Überzeugung gleichwertig. Eine besondere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns dort gerechtfertigt, wo Mehraufwendungen zum konkreten Schutz von Umwelt-, Artenschutz, Boden- oder Wasserschutz getätigt werden. Die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung des ökologischen Landbaus wird aus Gründen der Planungssicherheit der Ökolandwirte und zur Sicherstellung einer echten Wahlfreiheit der Betriebe beibehalten.

- Die Ökomodellregionen werden wir zu **Modellregionen** für die Stärkung der regionalen Vermarktung aller landwirtschaftlichen Produkte ausbauen und flächendeckend umsetzen.

- Um eine artgerechte Tierhaltung und faire Preise für die Landwirte sicherzustellen, setzen wir uns für ein **faires und ausgewogenes Miteinander** von Erzeugern, lebensmittelverarbeitenden Betrieben und Einzelhandel ein.

- Direktvermarktung und die **regionale Vermarktung** wollen wir unterstützen. Die Marketing-Gesellschaft „GUTES AUS HESSEN“ wollen wir dafür stärken und insbesondere mehr private Partner einbinden.

- Damit **regionale Wertschöpfungsketten** erhalten bleiben können, setzen wir uns für eine dezentrale Versorgung mit den notwendigen Verarbeitungsbetrieben ein. Insbesondere wollen wir die Vielfalt der Molkereibetriebe erhalten und wenn möglich ausbauen und aus Tierschutzgründen die vorhandenen Schlachthöfe nach Möglichkeit erhalten und dezentrale kleinere Schlachtstätten fördern.

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gestalten

- Auf der europäischen Ebene werden wir uns für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der **Gemeinsamen Agrarpolitik** einsetzen. Ebenso treten wir für eine drastische Vereinfachung und den Abbau von Bürokratie ein.

- Wir halten am bewährten **Zwei-Säulen-Modell** der Agrarförderung mit Direktzahlungen und Agrarumweltmaßnahmen fest. Die Verschiebung von Geldern von der ersten zur zweiten Säule wollen wir auf dem bisherigen Stand einfrieren.

- Den Überlegungen zur Einführung einer Kappung der gemeinsamen Agrarpolitikzahlung in der ersten Säule für sehr große Betriebe stehen wir offen gegenüber, wenn damit eine bessere **Förderung bäuerlicher Landwirtschaftsbetriebe** möglich wird. Die erhöhte Förderung der ersten ha, sowie die Junglandwirteförderung wollen wir stärken.

- Die **Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete** wollen wir fortentwickeln und die europäischen Öffnungsklauseln soweit wie möglich nutzen, um eine für Hessen sachgerechte Lösung zu implementieren.

- Die **Investitionsförderung** unterstützt die Modernisierung unserer Betriebe, damit sich diese zukunftsfähig aufstellen können. Sie soll auch künftig zentrale Säule der Agrarförderung in Hessen sein. Auch juristische Personen und Vereine, wie z.B. die Maschinenringe, sollen vom Förderangebot profitieren können.

- Wir werden eine möglichst breite Palette von Agrarumweltmaßnahmen anbieten, damit alle Betriebe praxisgerechte Förderangebote finden, um zusätzliche Umweltleistungen an ihrem Hof umsetzen zu können. Bei der Ausgestaltung des Förderprogramms werden wir uns für **Flexibilisierung, Praxistauglichkeit und Entbürokratisierung** einsetzen.

- Die aktuell vorliegenden Vorschläge der EU-Kommission erfüllen diese Anforderungen nicht in ausreichendem Maße. Daher setzen wir uns für deutliche **Nachbesserungen bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik** ein.

Allen Betriebsformen gerecht werden

- Die hessischen **Milchviehbetriebe** wollen wir stärken und gegen künftige Preiskrisen absichern. Hierzu unterstützen wir brancheninterne Lösungen, um eine freiwillige Mengensteuerung voranzubringen. Ebenso unterstützen wir neue Vermarktungswege und die Direktvermarktung von Milch sowie die Stärkung landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber dem Einzelhandel.

- Zur Absicherung von Marktrisiken fordern wir die Möglichkeit einer **steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage**, damit Betriebe Gewinneinbrüche besser abfangen können.

- Die hessischen **Schaf- und Ziegenhalter** wollen wir stärken. Insbesondere setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass auch Schaf- und Ziegenhalter ohne eigene Flächen stärker von der gemeinsamen Agrarpolitik profitieren können.

- Die hessischen **Imker** wollen wir stärker unterstützen. Unter anderem werden wir dazu auch die Kampagne „Bienenfreundliches Hessen“ fortsetzen.

- Der **Weinbau** im Rheingau und an der Bergstraße ist wichtiger Wirtschaftsfaktor und erhält die Kulturlandschaft. Wir sichern und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Absatzchancen der hessischen Weinbaubetriebe, unter anderem durch Unterstützung von Marketingkonzepten, einer Förderung des Steillagenweinbaus und der Reaktivierung von Weinbergsbrachen sowie durch fachliche Beratung, Fortbildung und Forschung.

- Die **Pheromonförderung** durch das Land hat dazu geführt, dass der Einsatz von Insektiziden flächendeckend stark reduziert wurde. Diese Förderung wollen wir beibehalten.

- Im Fall größerer Krisen, die Teile der Landwirtschaft systembedingt durch Extremwetter oder Marktkrisen immer wieder treffen können, werden wir auch in Zukunft mit möglichst **unbürokratischer Hilfe** reagieren, um betroffenen Landwirten in Zeiten der Not zur Seite zu stehen.

Flächenverbrauch reduzieren

- Zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Einhaltung des vereinbarten **Ziels, maximal 2,5 ha pro Tag an landwirtschaftlicher Fläche** zu verbrauchen, wollen wir mit dem landwirtschaftlichen Berufsstand ein Maßnahmenbündel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs vereinbaren. Dazu gehört:
  - Das Prinzip der **Innenentwicklung** wollen wir stärken.
  - Wir wollen den **Flächenverbrauch durch naturschutzrechtlichen Ausgleich** mit Hilfe eines wirkungsvollen Ökopunktehandel**s** und einer Fokussierung auf **produktionsintegrierte Ersatzmaßnahmen und Ersatzgeld** drastisch reduzieren.
  - Die **Flächenschonklausel** des Bundesnaturschutzgesetzes werden wir strikt anwenden.
  - **Ersatzaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen** wollen wir nicht länger zulassen.
  - **Naturschutzrechtliche Restriktionen** der landwirtschaftlichen Produktion werden abgebaut.
  - Für unabwendbare Flächeninanspruchnahmen braucht es sachgerechte **Entschädigungsregeln.**

Zukunftsfähige Betriebe erhalten

- Wir wollen die **Beratungs- und Weiterbildungskapazität** in den Landesbetrieben, den Behörden und den Hochschulen ausbauen, um allen Landwirten fachkundige Beratung zu den agrarpolitischen Herausforderungen der Zukunft zukommen lassen zu können.

- Für die **landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung** wollen wir uns weiterhin engagieren und die Betriebe und die Auszubildenden unterstützen. Ausbildungsinhalte werden wir im Dialog mit dem Berufsstand definieren.

- Wir wollen die **Digitalisierung für unsere Landwirtschaft** nutzbar machen. Moderne IT-Anwendungen nutzen Landwirt, Verbraucher und Umwelt gleichermaßen. Wir wollen daher eine gesonderte Innovationsberatung zur Landwirtschaft 4.0 schaffen und Investitionen über die Investitionsförderung und darüber hinaus über einen Innovationsfonds unterstützen.

- Die **Privilegierungsregeln des Bauens** im Außenbereich halten wir für sachgerecht. Deshalb wollen wir sie beibehalten.

- Die Verfahren zur **Flurbereinigung** werden wir fortsetzen und beschleunigen. Besonders werden wir Verfahren des freiwilligen Flächentausches und Nutzungstausches unterstützen, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

- Wir setzen uns für eine Stärkung von **Versicherungslösungen gegen Extremwetterschäden** in der Landwirtschaft ein. Wir werden mit der Versicherungswirtschaft nach Lösungen suchen. Gerade für Mehrgefahrenversicherungen müssen auf Bundesebene bessere Rahmenbedingungen, unter anderem auch auf Trockenheit, geschaffen werden.

.... für den Wald

- Wir streben einen **multifunktionalen Wald** in Hessen an, der verschiedene Nutzungsansprüche gleichermaßen berücksichtigt. Hierzu werden wir das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Interessengruppen stärken. Insbesondere wollen wir den Dialog zwischen Waldeigentümern und Waldnutzern intensivieren.

- Den **Landesbetrieb Hessen-Forst** wollen wir stärken. Er sorgt für eine ausgezeichnete, nachhaltige und flächendeckende Bewirtschaftung des Waldbestandes in Hessen. Es bleibt unser Ziel, dass Hessen-Forst weiterhin so attraktiv und leistungsstark ist, dass er den größten Teil der hessischen Waldfläche betreut und gerade Wald in Klein- und Kleinstbesitz vom Landesbetrieb bewirtschaftet wird. Das Einheitsforstamt bleibt dabei unser Leitmotiv.

- Wir wollen, dass **Hessen-Forst ein attraktiver Arbeitgeber** für Fachkräfte bleibt und werden hierfür mit dem Landesbetrieb – wo erforderlich – Verbesserungen umsetzen. Das Personalentwicklungskonzept des Landesbetriebs wollen wir weiterhin umsetzen. Dazu zählt auch die nachhaltige Ausbildung forstlicher Fachkräfte.

- Die **Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit der Forstbewirtschaftung** in Hessen wird umfassend gewährleistet, um unseren Wald als wertvollen Lebensraum für Flora und Fauna zu erhalten und zu schützen. Insbesondere durch eine moderne Naturschutzleitlinie, eine im Dialog erneuerte Richtlinie zur Bewirtschaftung des Staatswaldes (RiBeS 2020) und eine Zertifizierung nach PEFC-Standard werden wir eine besonders nachhaltige Bewirtschaftungsform sicherstellen. Die Zertifizierung des Staatswaldes nach FSC-Standard wird überprüft und evaluiert.

- Auf weitere **Stilllegungen forstlich genutzter Flächen** wird verzichtet. Auch nicht mehr für die Holzproduktion genutzte Waldflächen sollen weiterhin für die Allgemeinheit zugänglich sein.

- **Der Wald bleibt ein wichtiger Wirtschaftsraum**. Wir legen hierbei Wert darauf, dass eine ausreichende Rohstoffversorgung der hessischen Sägewerke und holzverarbeitenden Industrie aus heimischen Wäldern gewährleistet bleibt. Die nachhaltigen Nutzungspotenziale sollen ausgeschöpft werden. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Wertschöpfung im ländlichen Raum. Dabei unterstützen wir ausdrücklich die unternehmerische und erwerbswirtschaftliche Ausrichtung der Bewirtschaftung des hessischen Staatswaldes.

- Beim Umgang mit den Vorgaben des **Bundeskartellamtes zur Bewirtschaftung und Vermarktung von Holz** in Hessen streben wir eine Lösung an, die
  - den betroffenen Privat- und Kommunalwaldbesitzern eine **erfolgreiche Vermarktung** ermöglicht,
  - das **Einheitsforstamt** erhält,
  - **Hessen-Forst** weiterhin eine tragende Rolle bei der Bewirtschaftung aller hessischen Waldflächen einräumt,
  - für die **Beschäftigten des Landesbetriebs** eine zukunftssichere Lösung garantiert, die ihnen Planungssicherheit gibt,
  - dabei die **Eingriffe in bewährte Strukturen** möglichst gering hält und
  - neu **zu gründende Vermarktungsorganisationen** bei der Aufnahme ihrer Arbeit – auch finanziell – unterstützt.

.... für die Jagd

- Wir wollen die **Zusammenarbeit mit der hessischen Jägerschaft** intensivieren und die Selbstverwaltungsverantwortung des Landesjagdverbandes stärken.

- Das Hessische Jagdgesetz hat sich bewährt und wird nicht verändert. Die geltende **Jagd- und Schonzeitenverordnung** werden wir im Dialog mit der Jägerschaft und streng an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert überarbeiten. Insbesondere werden wir
  - zum besseren Schutz von Bodenbrütern und Singvögeln die Schonzeiten für Fuchs und Waschbär aufheben und angemessene Jagdzeiten für die Prädatoren (wie Baummarder, Iltis, Wiesel usw.) vorsehen,
  - im Sinne der Schadenverhütung und Bestandsregulierung die Jagdzeiten für Federwild (Gänse, Rabenkrähe, Elster) erweitern und
  - zum Schutz vor der Schweinepest und zur Prävention vor Schäden in der Landwirtschaft das Schwarzwild ganzjährig bejagen lassen.

- Wir werden alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um eine Ausbreitung der **Afrikanischen Schweinepest** auf Hessen zu verhindern. Die deutliche Reduzierung der Schwarzwildbestände ist dafür unerlässlich. Mit der Jägerschaft werden wir die hierfür notwendigen Schritte einleiten und prüfen, ob dazu auch eine Abschussprämie und der pilotweise Einsatz von Nachtzielgeräten gehören kann.

- Wir treten für die Beibehaltung des **einheitlichen Reviersystems** ein und werden alle Anstrengungen unternehmen, soweit grundrechtlich möglich keine jagdrechtlich stillgelegten Gebiete zuzulassen. Die Jagdausübung in stillgelegten Waldflächen wird nicht eingeschränkt.

- Für zurückkehrende oder neu angesiedelte Tierarten in Hessen werden wir besondere Verantwortung übernehmen. Insbesondere werden wir für Schäden in der Landwirtschaft durch **Wolf, Luchs und Biber** entsprechende Entschädigungsregeln erstellen und Prävention sowie Schadensregulierung unbürokratisch regeln.

- Die **Wolfsmanagementpläne** wollen wir beibehalten und praxistauglich ausgestalten. Dazu kann auch der Abschuss gehören.

- Wir werden die **Jagdverwaltung** stärken. Dazu wollen wir eine Fachdienststelle für jagdkundliche und jagdbiologische Forschung einrichten, die für die Jäger fachkundiger Ansprechpartner für Fragen der Wildpopulation oder -hege und der Wildschadens- und Wildseuchenprävention ist.

- Die Mittel der **Jagdabgabe** sollen ausschließlich für jagdliche Belange eingesetzt werden. Wenn die Jägerschaft künftig auf die Förderung aus dieser Abgabe verzichten möchte, werden wir sie abschaffen. Die **Jagdsteuer** als Bagatellsteuer lehnen wir weiterhin ab. Wir werden daher bei den zuständigen Landkreisen dafür werben, auf die Erhebung einer Jagdsteuer zu verzichten.

- Die Fischer und Angler in Hessen leisten einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Artenschutz in und an unseren Gewässern und erfahren deshalb unsere besondere Unterstützung. In der **Fischereipolitik** setzen wir auf einen engen Dialog und größtmögliche Freiheit und auf das Selbstverwaltungsrecht der Fischer. Insbesondere wollen wir
  - die Erwerbsfischerei in Hessen weiter stärken,
  - die Fischereivereine stärken,
  - Maßnahmen zur Gewinnung von Jungfischern unterstützen und
  - eine Regelung zur Regulierung der Kormoranbestände in Hessen treffen, die auch die Fischfauna und die Erwerbsfischerei schützt.

.... für den Verbraucherschutz

- Die **Verbraucherberatung** werden wir im bewährten Zusammenspiel von Verbraucherzentrale und Deutschem Hausfrauenbund (DHB) fortsetzen und die institutionelle Förderung mindestens stabil halten. Damit bieten wir Verbrauchern dezentralen Zugang zur Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Wir werden prüfen, ob auch der Verband der Hessischen Landfrauen in diese Förderung einbezogen werden kann.

- Um eine **flächendeckend gute Lebensmittelkontrolle** im Sinne der Verbraucher sicherzustellen, werden wir die kommunalen Kontrollbehörden weiter stärken und auf eine ausreichende Personalausstattung drängen. Zu diesem Zweck werden wir auch die Zuständigkeitsverteilung zwischen kommunaler Ebene und Landesebene in den Blick nehmen.

- Eine staatlich verordnete **Lebensmittelampel** lehnen wir ab und setzen auf freiwillige und praxistaugliche Lösungen der Branche.

- Wir wollen eine **Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Lebensmittelsicherheit** einführen.

- Die in Hessen **vorhandenen Laborkapazitäten** im Bereich der Lebensmittelsicherheit werden wir nachhaltig weiter entwickeln und das Landeslabor Hessen auf modernstem Standard erhalten.

- In den Bereichen des **Seuchenschutzes** und damit verbundener „Katastrophenfälle“ werden wir zum Zwecke einer effizienten Seuchenabwehr eine stärkere Weisungskompetenz des Landes einführen.

- Wir werden die Vermittlung von **Alltagskompetenzen**, insbesondere in den Bereichen Ernährung, Digitales und Finanzen, besser in die Curricula der hessischen Schulen einbringen.

- Wir wollen die **Werkstatt Ernährung, den Bauernhof als Klassenzimmer und die Umweltschulen** beibehalten und weiterhin unterstützen.

- Wir werden uns besonders im **digitalen Verbraucherschutz** engagieren. Dies gilt insbesondere für die Vollendung des europäischen digitalen Binnenmarktes sowie eine Regulierung des „Internets der Dinge“. Hierzu gehört auch den Markt für Online-Glücksspiel zu regulieren. Falls hierzu keine zufriedenstellende Regelung bei der Neuregelung des Glücksspielstaatsvertrages mit den anderen Ländern erzielt werden kann, werden wir für Hessen mit anderen regulierungswilligen Ländern selbstständig regeln.

- Das Angebot der **Online-Schlichtungsstelle** zur außergerichtlichen Streitbeilegung beim Einkauf im Internet wollen wir beibehalten und bei Bedarf ausbauen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucher alle Verträge auf die gleiche Art beenden können wie sie Verträge eingegangen sind („**smart contracts**“).

... für Umwelt und Naturschutz

Sauberes Wasser für alle

- Den umfassenden **Zugang zu sauberem Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen** für alle Hessen werden wir sicherstellen.

- Wir setzen uns für einen gerechten **Ausgleich zwischen wasserliefernden ländlichen Räumen und wassernutzenden urbanen Räumen** ein.

- Das überregionale Wasser-Leitungsnetz wollen wir stärken und modernisieren, damit die verlässliche Wasserversorgung dauerhaft gesichert bleibt. Wir wollen, dass hierfür erforderliche Investitionskosten der Wassergewinnung und Wasserverteilung von den Kartellbehörden anerkannt werden.

- Alle Kommunen sollten bei der Ausweisung von Wohn- Gewerbe- und Industriegebieten den Bau eines **Zweileitungssystems** aus Trink- und Brauchwasser prüfen.

- Wir werden weiterhin **keinen „Wassercent“** erheben.

- Beim Schutz der Gewässer wollen wir dem Vorsorgegedanken konsequenter als bisher Rechnung tragen und den Fokus auf **Eintragsvermeidungsstrategien** legen. Wir werden einen vielschichtigen Ansatz verfolgen, Schwerpunkte von Rückstandsaufkommen ermitteln und dort ansetzen.

- Die eingeleiteten Maßnahmen zur Unterstützung der Entsorgung salzhaltiger Abwässer durch das Unternehmen **Kali+Salz** werden wir fortsetzen und landesseitig die erforderlichen Schritte unternehmen. Die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung bei gleichzeitiger Einhaltung der erforderlichen Umweltstandards bleibt dabei das zentrale Ziel.

- Wir bekennen uns zu den **Arbeitsplätzen in der hessischen Rohstoffindustrie** und werden das Unternehmen dabei unterstützen, sein Ziel – den wirtschaftlichen Abbau von Kalisalzen im Werratal bis in das Jahr 2060 – zu erreichen.

- Die **Sanierung der Waldbestände im Hessischen Ried** entsprechend der Ergebnisse des Runden Tisches wird vorangetrieben. Im Fokus soll hierbei vor allem der Waldumbau stehen.

- Zur **Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie** werden die vielfältigen Anstrengungen fortgesetzt. Insbesondere werden wir die hohe Förderung für Gewässerrenaturierung durch das Land beibehalten und hierzu mit den betroffenen Eigentümern und Kommunen im engen Dialog bleiben.

- Die Belastung unserer Gewässer mit Nitrat und Phosphor wollen wir weiter minimieren. Zur Umsetzung der neuen **Düngeverordnung** wollen wir die sogenannten „roten Gebiete“ mit besonderen Belastungen sachgerecht und auf wissenschaftlicher Grundlage definieren. Die Länderöffnungsklauseln werden wir nutzen, um gemeinsam mit unseren Landwirten praxisgerechte Lösungen zur Reduzierung des Schadstoffeintrags in die Gewässer zu finden. Dazu nehmen wir auch andere Schadstoffemittenten (insbesondere Kläranlagen) in den Blick. Bei nötigen Investitionen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben werden wir die Landwirte im Rahmen der Investitionsförderung unterstützen.

Luftverschmutzung und Lärm vermindern

- Die **Qualität der Luft in Hessen**, insbesondere in unseren Städten und Ballungsräumen, wollen wir nachhaltig verbessern. Wir wählen dabei einen ganzheitlichen Ansatz und werden gemeinsam mit den Kommunen alle Maßnahmen umsetzen, die nachhaltig und verhältnismäßig zur Verbesserung der Luftqualität beitragen.

- Wir werden weiterhin auf allen Ebenen an der **Reduzierung der Lärmbelastung** der hessischen Bevölkerung arbeiten und behalten dabei Verkehrslärm von Auto, Schiene und Flugverkehr besonders im Blick.

- Ein besonderer Schwerpunkt liegt darin, die von **Schienenlärm** belastete Bevölkerung, insbesondere im **Mittelrheintal und an anderen hochfrequentierten Bahnlinien**, signifikant zu entlasten. Hierzu werden wir den Dialog mit der Deutschen Bahn intensivieren und insbesondere die schnelle technische Umrüstung des Güterverkehrs einfordern. Bei Neu- und Ausbau von Schienenwegen sind die modernsten und effizientesten Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen. Für das Mittelrheintal setzen uns weiter mit Nachdruck für den Bau einer Alternativtrasse ein, auf die der Güterzugverkehr aus dem Rheintal verlagert wird.

- Die **Reduzierung des Fluglärms** um den Flughafen Frankfurt/Rhein-Main bleibt eine Daueraufgabe. Wir bekennen uns zum Mediationsergebnis und zum Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr. Technische Möglichkeiten zur Reduzierung der Lärmemissionen auf aktiver und passiver Seite werden wir auch künftig nutzen. Mit der Allianz für Lärmschutz haben wir bereits spürbare Entlastungen umsetzen können. Insbesondere werden wir die partnerschaftlichen Vereinbarungen zu Lärmpausen und Lärmobergrenzen weiterführen und Anreize für eine möglichst leise Abwicklung der Flugbewegungen und zur Nutzung möglichst leiser Flugzeuge schaffen bzw. weiterentwickeln.

Klimaschutz mit Augenmaß

- Die seitens der Hessischen Landesregierung beschlossenen **Ziele zur Reduzierung von Klimagasemissionen** werden wir einhalten. Wir setzen dabei vor allem auf Information und Anreize für Bürger und die Wirtschaft.

- Wir wollen Klimaschutz mit Augenmaß. Politische Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen müssen immer verhältnismäßig sein und ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichberechtigt berücksichtigen. Wir lassen und dabei von den **Grundprinzipien Marktwirtschaft und Technologieoffenheit** leiten.

- Der in der vergangenen Legislaturperiode von der Landesregierung beschlossene Integrierte **Klimaschutzplan Hessen 2025** mit 140 konkreten Maßnahmen werden wir konsequent umsetzen.

- Im weiteren Ausbau des Angebots eines **leistungsstarken und bedarfsgerechten Öffentlichen Personennahverkehrs** sehen wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Mit innovativen Maßnahmen wie dem erfolgreichen Schülerticket und dem Landesticket für alle Landesbeschäftigten haben wir den ÖPNV bereits für viele Personen attraktiver gemacht. Mit vielfältigen Maßnahmen werden wir diesen Weg fortsetzen. Die Förderung eines klimafreundlichen Verkehrs in den ländlichen Regionen gehört untrennbar dazu.

- Wir werden weiter **klimafreundliche und emissionsarme Fahrzeuge und Mobilitätsangebote** – insbesondere im ÖPNV und im Güterverkehr – fördern.

- Das Projekt der **CO2-neutralen Landesverwaltung** werden wir weiter forcieren, um das Land beim Klimaschutz in allen Bereichen zum Vorbild und Vorreiter zu machen – von der Gebäudestruktur über Mobilitätsangebote bis zur Beschaffung.

- Eingeleitete Maßnahmen zur **Stärkung der Klima-Bildung** und der Vermittlung von Informationen und Kompetenzen zum Klimaschutz und Klimawandel werden wir fortsetzen und zu gegebener Zeit evaluieren.

- Wir wollen Hessens Rolle als **Vorreiter in der Klimaanpassungsforschung und Klimaentwicklung** stärken. Die Aufgabe der Anpassung an veränderte Umweltbedingungen erfordert in vielen Gesellschaftsbereichen Anpassungsmaßnahmen, die wir wissenschaftlich fundieren und Schritt für Schritt umsetzen werden. Die bereits vorhandenen Forschungsstellen wollen wir besser vernetzen und zum zentralen Anlaufpunkt für intelligente Klimaanpassung machen.

- **Landesplanerische Maßnahmen zur Klimaanpassung**, wie z.B. der klimagerechte Aus- und Umbau der Infrastruktur (ÖPNV, Gebäudeinfrastruktur, öffentliche Räume, Hochwasserschutz usw.), wird eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre sein. Wir wollen hier als Land vorangehen und private Investoren unterstützen.

- Wir unterstützen unsere **Land- und Forstwirtschaft** darin, ihre Produktionsmethoden **an ein verändertes Klima in Hessen zukunftsfähig anzupassen** und die Chancen, die sich hieraus ergeben, zu nutzen.

- Mit dem Finanzplatz Frankfurt wollen wir Möglichkeiten für **Versicherungslösungen von Klimafolgenschäden** entwickeln, die weltweit dabei helfen können, die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels abzufedern.

- Auf **gesundheitliche Risiken durch veränderte Klima- und Wetterbedingungen** und deren Folgen (z.B. durch die Ansiedlung neuer Krankheitsüberträger) werden wir durch Intensivierung unserer Unterstützung der damit betrauten Forschungseinrichtungen und umfassende Vorsorgepläne reagieren.

Ressourcen nutzen und Abfall vermeiden

- Wir setzen uns für eine **nachhaltige Abfallpolitik** und möglichst geschlossene Wertstoffkreisläufe ein. Wir werden daher unter anderem die Umsetzung der Wertstofftonne und eine Weiterentwicklung des Dualen Systems vorantreiben.

- Den Engpass an **Deponiekapazitäten** werden wir mit potentiellen Deponiebetreibern angehen und möglichst neue Kapazitäten, insbesondere zur Entsorgung von Baustellenabfällen, schaffen.

- Zu alternativen **Verwertung von Klärschlamm** werden wir insbesondere Maßnahmen zur Klärschlammveredelung und zur Verbrennung mit Phosphorrückgewinnung vorantreiben und wissenschaftlich begleiten.

- Wir wollen die **Kampagne „Sauberhaftes Hessen“** ausweiten und werden insbesondere die **Vermeidung von Plastikmüll** noch stärker ins Bewusstsein rücken.

- Lebensmittel sind kostbar. Noch immer werden auf allen Produktions- und Verbrauchsebenen zu viele Lebensmittel verschwendet. Wir werden in einer neuen Initiative dafür werben, das **Wegwerfen von Lebensmitteln** in allen Verarbeitungs- und Verbrauchsschritten zu vermindern.

- Wir begrüßen, dass im südhessischen Bereich wieder Öl- und Gasvorkommen nachhaltig gefördert werden. Unkonventionelle Gasförderung („**Fracking**“) wird es auch in Zukunft in Hessen nicht geben.

- Wir wollen, dass die hessische Wirtschaft ressourcenschonend arbeiten kann. Dazu werden wir die **Ressourcenschutzstrategie** fortsetzen und die Unternehmen unter anderem mit einer Fortsetzung des Förderprogramms „PIUS“ und der Hessischen Initiative für Energieberatung im Mittelstand‘ („HIEM“) bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Ressourcenschutz unterstützen.

- Die perspektivisch **abbaubaren Rohstoffvorkommen** in Hessen wollen wir langfristig sichern und von konkurrierenden Nutzungen freihalten.

- Die Einführung einer **Abgabe auf den Abbau heimischer Rohstoffe** wie Kies, Sand und Gesteine lehnen wir ab, weil sie die Wertschöpfung verteuern und hessische Unternehmen im Wettbewerb benachteiligen und am Ende dem Verbraucher zusätzliche Kosten aufbürden würde.

Moderne Technologien vernünftig nutzen

- Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass der **Anbau genveränderter Pflanzen** in Hessen nicht stattfindet, weil dies dem ganz überwiegenden Wunsch der Verbraucher und der hessischen Landwirte entspricht. Wir setzen uns hierbei für eine bundeseinheitliche Lösung ein, werden, wenn nötig aber auch landesseitig die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

- Forschung, Entwicklung und Nutzung der **so genannten weißen und roten Gentechnik** in Industrieprozessen und der Medizin werden wir weiterhin positiv unterstützen, damit in Hessen die Chancen modernster Biotechnologie genutzt werden können.

- Die **Technologielinie „Hessen-Nanotech“** der Hessen-Agentur und die Vernetzung der Akteure wollen wir stärken, damit Hessen Leitstandort für Forschung und Entwicklung in der Zukunftstechnologie „**Nanotechnik**“ sowie in den Bereichen „**Photonik**“, „**Robotik**“ und „**Bionik**“ wird. Auch an der Erarbeitung der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen werden wir uns an führender Stelle einbringen.

- Den starken Sektor der **Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie** wollen wir weiter unterstützen und Hessen zum Leitmarkt ausbauen. Wir unterstützen die bestehenden Cluster und Verbünde.

- Beim schnellstmöglichen **Rückbau des Kernkraftwerks Biblis** werden wir den Betreiber unterstützen und stellen eine schnelle Bearbeitung der erforderlichen Genehmigungen sicher.

- Wir werden Maßnahmen ergreifen, **kerntechnisches „Know-how“** in Hessen sowohl auf Ebene der Forschung als auch auf Ebene der staatlichen Kontrolle zu erhalten.

Großprojekte mit Vorbildwirkung

- Die **bestehenden Naturschutzgroßprojekte** werden weiter vorangetrieben und die Einwerbung europäischer Fördermittel verstärken. Insbesondere erfahren der Nationalpark Kellerwald-Edersee, das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön, das „Grüne Band" an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, das „Naturschutzgroßprojekt Vogelsberg" und das LIFE+-Projekt „Lebendige Lahn" unsere fortdauernde Unterstützung.

- Das Vorhaben der Einrichtung einer **UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden-Rheingau-Mainspitze** wird auf Grundlage der Ergebnisse der beauftragten Machbarkeitsstudie im Dialog mit den Betroffenen begleitet, wenn dies in der Region breite Unterstützung findet.

- Die hessische **Biodiversitätsstrategie** werden wir weiter umsetzen und bei der Schaffung eines Biotopverbundes auf freiwillige Maßnahmen und die Vernetzung von Lebensräumen durch Vertragsnaturschutz setzen.

Moderne Naturschutzverwaltung

- Wir wollen den **Vertragsnaturschutz** weiter stärken und so freiwilligem Natur- und Umweltschutz weiter zum Durchbruch verhelfen. Hierzu sollen die nötigen Mittel im Landeshaushalt und in den entsprechenden Landesstiftungen bereitgestellt werden.

- Die Maßnahmenpläne im Rahmen der **NATURA2000- und FFH-Flächen** werden gemeinsam mit den Flächeneigentümern vorrangig im Hinblick auf ihre freiwillige Umsetzbarkeit überprüft.

- Im **naturschutzrechtlichen Ausgleich** wollen wir dem Thema „Ökopunkte" einen breiten Raum einräumen. Wir werden den Ökopunktehandel und die Vereinnahmung von Ersatzgeld weiter stärken und flächenschonenden Ersatzmaßnahmen Vorrang einräumen. **Ersatzgelder** sollen ausschließlich in produktionsintegrierte und flächenschonende Ausgleichsmaßnahmen fließen.

- Den Einsatz von Ökopunkten wollen wir fachlich und räumlich weiter flexibilisieren, um die Nachfrage nach Ökopunkten zu steigern. Der Einsatz vorhandener Ökopunkte muss bei allen Vorhabenträgern Vorrang vor neuen flächenintensiven Maßnahmen haben, damit landwirtschaftlicher Flächenverbrauch vermieden wird.

- Im Rahmen von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen und landwirtschaftlicher Förderung werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf die **Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Insekten** (insbesondere bestäubende Insekten) legen. Freiwillige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Anlage von Blühstreifen, werden verstärkt unterstützt.

- Um das Miteinander verschiedener Nutzungsgruppen zu stärken, werden wir flächendeckend auf Landkreisebene **Landschaftspflegeverbände** gründen.

- Wir wollen **betriebliches Umweltmanagement** und den Austausch zwischen Unternehmen stärken. Die Umweltallianz wollen wir daher wieder verstärkt beleben und Umweltmanagementpläne auch in kleinen und mittleren Unternehmen fördern.

Vorreiter beim Tierwohl

- Der **Runde Tisch zur Steigerung des Tierwohls in der Nutztierhaltung** hat erfolgreich gearbeitet und viele Verbesserungen gebracht. Diese Arbeit wollen wir fortsetzen und damit weiterhin gemeinsam mit den Landwirten und Verbänden für Verbesserungen für die in Hessen gehaltenen Nutztiere sorgen, ohne durch hessische Sonderwege die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Tierhalter zu gefährden.

- Die Praxis des regelhaften **Tötens männlicher Eintagsküken** wird im Laufe der kommenden Legislaturperiode in Hessen beendet.

- Die **ganzjährige Anbindehaltung von Rindern** wollen wir nach einer angemessenen Übergangszeit in Hessen beenden.

- Die hessischen **schweinehaltenden Betriebe** werden wir darin unterstützen, die neuen Vorgaben zur **schmerzfreien Kastration** und zur **Kupierung der Schwänze** von Mastschweinen praxistauglich umsetzen zu können. Außerdem treten wir für eine bundesweit einheitliche Regelung zur Vorgabe für die **Kastenstandhaltung** bei der Ferkelproduktion ein, die den Vertrauensschutz der Landwirte mit vernünftigen Übergangsregeln vollumfänglich sicherstellt.

- Zur **Reduzierung von Tierversuchen** setzen wir weiterhin auf die konsequente Umsetzung des „3R-Prinzips“ – also auf die Vermeidung, Verringerung und Verbesserung von Tierversuchen. Die in Hessen hierzu eingerichteten Hochschullehrstühle haben dabei eine besondere Bedeutung. Die dort erarbeiteten Vorschläge werden wir konsequent vorantreiben.

- Ein **Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen** lehnen wir ab, weil damit keine Verbesserungen des Tierwohls, aber eine drohende Belastung der Gerichte und eine Verzögerung von Genehmigungsverfahren verbunden wäre.

- Wir unterstützen, dass die Bundesregierung **Einbrüche in Tierställe** als Straftatbestand effektiv ahnden will.

- Die Situation der hessischen **Tierheime** wollen wir weiter verbessern, ohne die Finanzierungsverantwortung der Kommunen abzulösen. Zur Beseitigung baulicher Investitionsbedarfe wollen wir die Stiftung Hessischer Tierschutz finanziell besser ausstatten und ein Sonderprogramm „Tierheimmodernisierung“ auflegen.

- Wir werden weiterhin für eine freiwillige Steigerung des Anteils der **gechipten und registrierten Hunde und Katzen** in Hessen werben.

- Die **Kampfhundeverordnung** zum Schutz von Mensch und Tier hat sich bewährt und wird beibehalten.

Wie wir Hessen bürgernah und modern gestalten

Hessen ist seit über 70 Jahren eine stabile Demokratie, die wir bewahren und verteidigen werden. Voraussetzung dafür ist eine vielfältige Medienlandschaft, die wir schützen und stärken wollen. Dazu gehören auch starke Kommunen, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich als erster Ansprechpartner der Bürger die Probleme vor Ort am besten lösen können. Als Partner unserer Kommunen haben wir ihnen in den letzten fünf Jahren die Rekordsumme von mehr als 30 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und gleichzeitig Verwaltungsprozesse auf allen Ebenen noch bürgernäher und transparenter organisieren. Die Digitalisierung wird hier ein entscheidender Baustein sein. Auf internationaler Ebene kämpfen wir für ein starkes Europa, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentriert, damit wir alle davon profitieren.

Ohne Demokratie ist alles nichts

Demokratie ist die Grundlage unserer Gesellschaft und hat eine erfolgreiche Entwicklung unseres Landes in den letzten 70 Jahren ermöglicht. In einigen Teilen der Welt sehen wir allerdings, dass gerade auch demokratische Strukturen verwundbar sind. Demokratie wird aus Mut gemacht – Ängste bringen Diktaturen hervor. Wir wenden uns gegen jede falsch verstandene Form der so genannten „political correctness“ und dagegen, dass Menschen Angst davor haben müssen, ihre Meinungen zu sagen. Wir müssen demokratische Strukturen und das Vertrauen in diese Form des Staates stärken. Dazu gehört die Bürgerbeteiligung. Sie bereichert und ergänzt die Demokratie und macht politisches Handeln transparent.

Medien sichern Meinungsvielfalt und Demokratie

Demokratie lebt davon, dass man sich informieren und eine Meinung bilden kann. Die Grundlage dafür sind unabhängige und vielfältige Medienangebote. Deshalb wollen wir regionale Zeitungen und kleine Radiosender erhalten, wo immer das möglich ist. Die Rahmenbedingungen, die wir dafür schaffen können, wollen wir setzen. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine Säule unserer vielfältigen Medienlandschaft, die wir nicht in Frage stellen, auch wenn Fehlstrukturen abgebaut und Effizienzsteigerungen angestrebt werden müssen.

Hessen setzt auf starke Kommunen

Städte, Gemeinden und Kreise bilden die Basis und das Fundament unseres Landes. Was dort vor Ort in den Kommunen am besten erledigt werden kann, soll grundsätzlich dort angesiedelt sein und weitestgehend eigenverantwortlich gestaltet werden können. Mit der Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs, den Kommunalen Investitionsprogrammen, dem Kommunalen Schutzschirm und der Hessenkasse haben wir in den vergangenen Jahren die kommunalen Finanzen gemeinsam mit unseren Kommunen zukunftsfähig gemacht. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen wollen wir unterstützen und noch attraktiver machen. Die kommunale Familie hat besondere Bedeutung für das Funktionieren unserer Gesellschaft und daran richten wir unser Handeln aus – auch in Zukunft.

Verwaltung: Bürgernah, leistungsfähig, digital

Vor Ort in den Kommunen, aber ebenso beim Land muss Verwaltung auf der Höhe der Zeit sein. Digitale Angebote machen das Leben leichter – für den Bürger ebenso wie für den Staat. Wir müssen sie deshalb ausbauen mit dem Ziel, möglichst viele staatliche Leistungen und Angebote in digitaler Form bürgerfreundlich zur Verfügung zu stellen. Bürgernähe schafft Vertrauen und deshalb wollen wir unsere Verwaltungen als Ansprechpartner der Bürger stärken, das Personal angemessen an der allgemeinen Lohnentwicklung beteiligen und dadurch den öffentlichen Dienst auch als Arbeitgeber in Zeiten eines zunehmenden Kampfes um Fachkräfte attraktiv halten.

Datenschutz im Interesse der Menschen
Deutschland hat mit die schärfsten Datenschutzregeln auf der ganzen Welt. Hessen war und ist dabei Vorreiter. Wir wollen das hohe Niveau sichern. Datenschutz ist jedoch kein Selbstzweck und muss daher immer auf seine Praktikabilität und Sinnhaftigkeit überprüft werden. Dies muss auch bei der sogenannten Datenschutzgrundverordnung gelten. Der Schutz der persönlichen Daten gehört zum Schutz der Persönlichkeit und ist ein Menschenrecht. Das gilt für uns gegenüber dem Staat und gegenüber internationalen Konzernen gleichermaßen. Deshalb wollen wir auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene Regelungen, die den Menschen in den Fokus stellen, Unternehmensdaten schützen und „Made in Germany“ auch beim Datenschutz zur Marke machen.

Europa ist alternativlos – bei allem Handlungsbedarf
Hessen gehört zu den internationalsten Standorten in Europa. Wir begreifen diese Internationalität als Chance und Auftrag. Europa und die EU sehen sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber, die wir meistern müssen. Europa ist unsere Zukunft. Als exportorientiertes, vernetztes Land im Herzen des Kontinents und als Standort wichtiger europäischer Institutionen wollen wir uns auch in Zukunft in die Debatten um die Zukunft der EU einbringen. Wir begreifen uns als wichtigen europäischen Partner und werden unsere Interessen auf der europäischen Ebene weiterhin offensiv vertreten. Gleichzeitig müssen wir den Menschen Europa wieder besser erklären. Wir wollen die Europaschulen stärken und Beratungen für europäische Förderangebote in allen Bereichen ausbauen.

Partnerschaft mit der Welt
Auch als Standortland der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat sich Hessen bereits in der Vergangenheit in der Entwicklungshilfe und im Dialog mit Staaten auf der ganzen Welt engagiert. Hier werden wir in Zukunft noch mehr tun müssen. Nicht nur im Hinblick auf die Bekämpfung von Fluchtursachen ist es unsere Pflicht als starkes Land, gemeinsam mit dem in diesem Bereich eigentlich allein zuständigen Bund den Menschen auch in anderen Teilen der Welt – z.B. in Afrika – Perspektiven, Hoffnung und eine Zukunft im eigenen Land zu geben.

Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für Demokratie und Bürgernähe

- **Freiheit und Verantwortung** gehören in der Demokratie zusammen. Deshalb werben wir bei Wahlen nicht nur um Vertrauen, wir sind auch weiterhin bereit Regierungsverantwortung zu übernehmen.

- Wir stehen zu den **unverletzlichen Freiheitsrechten** unserer Verfassung. Die Meinungsfreiheit zählt dabei zu den höchsten Gütern. Genauso wichtig ist uns der Einsatz der Bürger für diese Demokratie.

- Wir unterstützen die Volksabstimmung zur **Modernisierung der hessischen Verfassung**, die auch die direkte demokratische Mitwirkung der Bürger stärken wird.

- Wir werden die finanzielle Förderung der zahlreichen Initiativen weiter gewährleisten und gleichzeitig weiter alle Projektträger **demokratiefördernder Maßnahmen** dazu verpflichten, für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen.

- Unsere Geschichte hat gezeigt, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Indem wir uns mit unserer jüngeren deutschen Geschichte befassen, lernen wir den Wert der demokratischen Ordnung schätzen. Wir sehen daher den Erhalt von **Gedenkstätten und Grenzmuseen** als unerlässlich an und wollen diese verstärkt für Kinder und Jugendliche zugänglich machen.

- Wir werben dafür, dass Schüler, Studenten und Auszubildende **kostenlosen Eintritt** für sämtliche Dokumentationszentren und Museen erhalten.

- **Der Landeszentrale für politische Bildung sowie den kommunalpolitischen Akademien und 14 Bildungswerken** und ihrem parteiunabhängigen Auftrag kommt bei diesen demokratiefördernden Maßnahmen insbesondere für junge Menschen große Bedeutung zu. Wir werden ihre wertvolle Arbeit weiter unterstützen mit dem Ziel, vor allem **junge Menschen für Politik** zu **begeistern** und für ein kommunalpolitisches Engagement zu gewinnen.

- Für uns hat das **Petitionsrecht** eine hohe Bedeutung, da es Jedermann ermöglicht, sich mit Bitten und Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Petitionen müssen an der Sache orientiert und ohne politische Instrumentalisierung bearbeitet werden. Dabei ist die Wahrung der Vertraulichkeit im Petitionsverfahren von besonderer Bedeutung.

.... für die Medien

- Neben der kulturellen Vielfalt bleibt es unser Ziel, in unserem Land auch die **Medienvielfalt sowie die Presse- und Meinungsfreiheit** zu sichern. Die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen wollen wir nutzen, ohne die Risiken auszublenden.

- Wir wollen eine funktionsfähige **duale Rundfunkordnung** mit privaten Rundfunkveranstaltern und einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der mit politischen und tagesaktuellen Informationen die publizistisch-kulturelle Grundversorgung in unserem Land sichert.

- Wir **bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk**. ARD, ZDF und Deutschlandradio obliegt es, einen besonders hohen qualitativen Standard moderner Massenkommunikation anzubieten und die mediale Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen.

- Die **Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien** ist für private Radio- und Fernsehanbieter und für Mediendienste in Hessen zuständig. Sie sorgt dafür, dass der Allgemeinheit ein möglichst vielfältiges Medienangebot zur Verfügung steht und die Inhalte den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Wir stehen zur eigenständigen, regional verankerten Hessischen Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien.

- Nach unserer Überzeugung agieren die **Medienanbieter selbstverantwortlich** und die Politik reguliert Jugend- und Verbraucherschutz nur dort, wo präventive Maßnahmen nicht ausreichend vorhanden sind.

- Wir unterstützen **gesellschaftliche Bündnisse zur Förderung der Medienkompetenz.** Gemeinsam mit Partnern aus den Kommunen, Kreisen, Kammern, aus Wirtschaft und Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen sowie Seniorenorganisationen wollen wir neue medienpädagogische Bildungschancen und -anreize auch für alle Generationen schaffen.

.... für die Kommunalpolitik

- Wir stehen zur **kommunalen Selbstverwaltung**. Für uns hat das **Subsidiaritätsprinzip** hohe Bedeutung: Aufgaben, die vor Ort in den Kommunen am besten erledigt werden können, sollen grundsätzlich dort angesiedelt sein und weitestgehend eigenverantwortlich gestaltet werden können.

- Mit einem **Standarderprobungsgesetz** wollen wir Kommunen auf Antrag ermöglichen, bestimmte Rechtsvorschriften für bestimmte Zeiten als Pilotprojekt modifiziert anwenden zu dürfen, um insbesondere mögliche Entbürokratisierungschancen zu erproben.

- Wir werden in enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie die **Hessische Gemeindeordnung** überarbeiten. Wir wollen dem erkannten Regelungs- und Optimierungsbedarf und den verschiedenen Interessen der unterschiedlichen Ebenen Rechnung tragen. Hierbei werden wir auch das Thema kommunale Sicherheit stärker verankern.

- Wir wollen erreichen, dass bei den Kommunalwahlen rechtssicher eine **prozentuale Hürde** für den Einzug in kommunale Gremien eingeführt werden kann. In diesem Zusammenhang werden auch die anderen Auszählungsverfahren zu prüfen sein.

- Um die **finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen** auch zukünftig zu erhalten, werden wir die vorhandenen Instrumente zur Unterstützung generationengerechter Finanzen im notwendigen Umfang zusammen mit der kommunalen Familie in partnerschaftlichen Umgang weiterentwickeln.

- Unsere Städte, Gemeinden und Kreise benötigen eine auskömmliche und sichere Finanzausstattung. Dies gilt insbesondere für die kommunalen Investitionen. Wir werden mit Fortführung der erfolgreichen vier Bausteine **Kommunaler Schutzschirm, Kommunaler Finanzausgleich, Kommunalinvestitionsprogramme und Hessenkasse** sowie der **Schaffung weiterer Finanzinstrumente** die finanziellen Spielräume für die hessischen Kommunen sichern.

- Wir werden uns auch künftig für ausgeglichene Haushalte und den Schuldenabbau sowie die Stärkung der Investitionstätigkeit der Kommunen einsetzen. Zur weiteren Verbesserung der Schulinfrastruktur werden wir ein weiteres Kommunalinvestitionsprogramm zur Förderung von Investitionen in kommunale Schulgebäude und insbesondere die Modernisierung von Schultoiletten (**KIP macht Schule 2.0**) auflegen.

- Wir wollen auch zukünftig die Herausforderungen im ländlichen Raum durch **finanzielle Zuschläge im Kommunalen Finanzausgleich** besonders berücksichtigen.

- Durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird die sog. **erhöhte Gewerbesteuerumlage** frei. Wir wollen die Mittel in Höhe von ca. 400 Millionen Euro jährlich weiter nutzen und zu 100 Prozent zu Gunsten der Kommunen einsetzen: Ein Drittel soll den betroffenen Kommunen zur freien Verfügung verbleiben, 50 Millionen Euro stecken wir in ein Investitionspaket “Zukunftsinvestition Bevölkerungszuwachs“, das Kommunen, die wegen der wachsenden Bevölkerung zusätzlich in Infrastruktur wie Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen investieren müssen, unterstützt. Mit den verbleibenden Mitteln werden wir den kommunalen Finanzausgleich so ergänzen, dass Kinder bis zum sechsten Lebensjahr quasi doppelt gezählt werden, um die Aufwände für die frühkindliche Bildung und Erziehung noch besser abzugelten.

- Um künftige Schieflagen kommunaler Haushalte frühzeitig zu erkennen, werden wir im engen Schulterschluss mit den Kommunen die Finanzaufsicht von einem reaktiven System zu einem **Frühwarnsystem** weiterentwickeln. Dieses soll die Rechtsaufsicht und die kommunalen Akteure dabei unterstützen, Risiken zu erkennen, um entsprechende Gegenmaßnahmen rechtzeitig einleiten zu können.

- Im Zuge der mit den Finanzinstrumenten einhergehenden Analysen hat sich gezeigt, dass die Finanzaufsicht bei den unteren Aufsichtsbehörden höchst unterschiedlich wahrgenommen wurde. Wir streben daher an, bei der **Kommunalaufsicht** über die kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Zweckverbände zu einer Vereinheitlichung, größeren Effizienz und mehr Objektivität zu kommen.

- Die erfolgreiche **Beratung der Kommunen** in Fragen der Haushaltswirtschaft wird fortgeführt und intensiviert.

- Wir befürworten eine ausgeprägte **Interkommunale Zusammenarbeit**. Sie reduziert Kosten, verbessert die Qualität und erhöht die Auslastung der kommunalen Einheit. Daher werden wir die Interkommunale Zusammenarbeit weiter stärken und fördern. Dies spart Steuermittel und sichert gute Dienstleistungen für die Bürger.

- Wir werden **rechtliche Hindernisse**, die eine interkommunale Zusammenarbeit erschweren bzw. ihr entgegenstehen, beseitigen und dazu die praxistaugliche Weiterentwicklung und Überarbeitung des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit angehen.

- Sofern auf kommunaler Ebene mit Zustimmung der Bürger der Wunsch nach **kommunalen Fusionen** besteht, werden wir diese unterstützen und positiv begleiten. Das Beratungsangebot des Landes werden wir weiter ausbauen, damit Kommunen unterstützt werden und von den bisherigen Fusionen profitieren können.

- Hessen ist bundesweiter Vorreiter in Sachen kommunale Sicherheit. Seit 2017 bringt die **Sicherheitsinitiative KOMPASS** Kommunen, Polizei, Bürger und weitere gesellschaftliche Akteure an einen Tisch. Diese erfolgreiche Initiative wollen wir weiter ausbauen und möglichst jede Stadt und Gemeinde gewinnen, sich zu zertifizieren und damit die Sicherheit vor Ort und damit die unmittelbare Lebensqualität weiter zu verbessern.

- Unsere Innenstädte stehen in Zeiten einer unvermindert hohen Bedrohungslage u.a. durch den internationalen Terrorismus vor einer permanenten Herausforderung. Um neuralgische Stellen wie öffentliche Plätze oder Fußgängerzonen zu schützen, sollen das **polizeiliche Beratungsangebot für Städte fortgeführt und Fördermaßnahmen** für intelligente Schutzmaßnahmen in den Innenstädten **ausgebaut werden**.

- Zur Stärkung der örtlichen Demokratie sollen Städte und Gemeinden ihren **Ortsbeiräten zusätzliche Kompetenzen** gewähren können, um beispielsweise über Verschönerungsmaßnahmen im Orts- bzw. Stadtteil und Geschenke für Jubiläen von Ortsbewohnern selbstständig verfügen zu dürfen.

- Zur Weiterentwicklung der dörflichen Kerngebiete wollen wir die kommunalen **Handlungsspielräume im Denkmalschutz** erweitern.

- Wir werden gemeinsam mit der kommunalen Ebene prüfen, in wie weit **digitale Elemente zur Vereinfachung und Erleichterung von Gremiensitzungen** möglich sind und welche rechtlichen Voraussetzungen dafür notwendig sind.

- Das Land wird sich gemeinsam mit den Kommunen der Fachkräftegewinnung stellen. Land und Kommunen stehen hierbei vor den gleichen Herausforderungen. Wir wollen daher eine **gemeinsame Fachkräfteausbildung für die Verwaltung** schaffen.

.... für die Verwaltung

- Wir werden die **Landesverwaltung** weiterhin modernisieren und eine hohe Effizienz ebenso sicherstellen, wie Bürgernähe und Serviceorientierung. Dabei werden wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um Verwaltungsprozesse weiter zu optimieren und das Serviceangebot für die Bürger auszubauen. Die Schaffung eines gemeinsamen Bürgerportals mit dem Bund hat dabei Priorität.

- Viele bisherige **Behördengänge** werden zukünftig durch einfache und anwenderfreundliche Online-Services und Telefon-Beratungsangebote entbehrlich. Dennoch wird es auch künftig möglich sein, Behördenangelegenheiten persönlich in den Ämtern zu erledigen. Die Aufgabe der Digitalisierung soll in der künftigen Landesregierung einen besonderen Schwerpunkt bilden.

- Als einen weiteren zentralen Erfolgsfaktor wollen wir eine umfassende **personelle Stärkung und Professionalisierung** der mit der Digitalisierung betrauten Mitarbeiter in der hessischen Landesverwaltung erreichen.

- Mit der Digitalisierung steigen die Erwartungen an die öffentliche Verwaltung, den Bürgern und Unternehmen elektronische Dienste zu eröffnen. Die Effizienz der Verwaltungsprozesse sowie die Akzeptanz und Nutzerfreundlichkeit der IT-Anwendungen sind mittlerweile unverzichtbare Elemente der Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung. Wir werden **Rahmenbedingungen schaffen** und eine innovative Verwaltung gestalten, die den sich wandelnden Bedürfnissen in Zeiten der Digitalisierung gerecht wird. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Hessen sollen in Zukunft rund um die Uhr **online, barrierefrei und auch mobil auf Verwaltungsdienstleistungen zugreifen** können.

- Die **Zusammenarbeit der Verwaltungen von Land, Bund und Kommunen** wollen wir ausbauen, um die Verwaltungsprozesse für die Bürger zu vereinfachen und im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuermitteln Effizienzpotentiale zu nutzen.

- Wir wollen so viel Verwaltung wie nötig, aber so wenig wie möglich. Die Organisation der Landesverwaltung werden wir deshalb regelmäßig auf **Optimierungspotentiale** hin überprüfen, Doppelstrukturen vermeiden und die Landesverwaltung laufend weiterentwickeln. Unnötige Bürokratie wollen wir abbauen.

- Innerhalb der Landesregierung wollen wir das zentrale **Finanz- und Fördermittelcontrolling** ausbauen, um die Kosten der Aufgabenwahrnehmung transparent zu machen. Ziel ist es, Effizienzpotentiale aufzudecken und die Landesverwaltung auf dem Weg zur Effizienzsteigerung mit konkreten Vorschlägen zu unterstützen. Auch die Digitale Strategie des Landes kann genutzt werden, die damit verbundenen Einsparpotentiale zu realisieren.

- In Bereichen, in denen es sinnvoll und wirtschaftlich ist, werden wir insbesondere mittelständische **Unternehmen einbinden**, um eine kostengünstige Aufgabenerledigung zu erreichen und zugleich den Wettbewerb zu fördern. Dies gilt insbesondere für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) bei Bauprojekten.

- Eine übersteigerte Verwendung der sog. **„gendergerechten Sprache“** durch die öffentliche Verwaltung lehnen wir ab.

Als Arbeitgeber attraktiv bleiben

- Wir wollen, dass das Land auch zukünftig ein **attraktiver Arbeitgeber** ist, der neben sicheren Arbeitsplätzen auch weiterhin gute Arbeitsbedingungen anbietet. Wir werden uns auch in Zukunft durch besonders familienfreundliche Rahmenbedingungen auszeichnen.

- Wir wollen möglichst wohnortnah interessante Arbeitsgelegenheiten anbieten und dadurch unnötige Pendlerwege vermeiden sowie den ländlichen Raum stärken. Deshalb werden wir unsere **Strukturreform der Landesverwaltung** fortführen, mit der wir bereits Arbeitsplätze gezielt im ländlichen Raum geschaffen haben, und darüber hinaus weitere Behörden und Ämter sowie Aufgabenbereiche der Landesverwaltung in ländlichen Regionen, zum Beispiel in sogenannten „Hessenbüros“, ansiedeln. Ein Masterplan zur Neuunterbringung von Verwaltungseinheiten soll den ökologischen Aspekten, den Anforderungen der Digitalisierung und denen der Mitarbeiter Rechnung tragen.

- Wir setzen uns für eine **leistungsgerechte Bezahlung** nach objektiven Kriterien ein und wollen die Leistungsanreize ausbauen. Die eigene Tarifhoheit des Landes hat sich bewährt und nützt vor allem den Beschäftigten.

- **Unbefristete Arbeitsverhältnisse** geben Sicherheit für die persönliche Lebensplanung und sollten der Regelfall sein. Damit der öffentliche Dienst hier seine Vorbildfunktion erfüllt, wollen wir in der Landesverwaltung so weit wie möglich auf sachgrundlose Befristungen verzichten.

- Den konstruktiven und erfolgreichen Dialog des Landes mit den Gewerkschaften bei den **Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst** wollen wir fortsetzen.

- Mit dem **LandesTicket** Hessen hat die Hessische Landesregierung allen Landesbediensteten seit 1. Januar 2018 freie Fahrt mit dem ÖPNV – nicht nur zur Arbeit – ermöglicht. Das ist bundesweit einmalig, spart den Landesbediensteten Geld und schont die Umwelt. Wir wollen das Ticket in den Verhandlungen zur nächsten Tarifrunde verstetigen und für die Beamten beibehalten.

- Wir wollen die **Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege** bei allen Mitarbeitern der Verwaltung weiter fördern und eine flexible Arbeitszeitgestaltung sowie Teilzeit- und Telearbeitsangebote im notwendigen Umfang zur Verfügung stellen.

- Den wechselseitigen **Austausch zwischen Unternehmen und dem Öffentlichen Dienst** wollen wir ausbauen. Dazu kann die Einrichtung regelmäßiger Praktika in der freien Wirtschaft für Angehörige des Öffentlichen Dienstes auf freiwilliger Basis einen wichtigen Beitrag leisten.

- Ein **Konzept für Online-Personalratswahlen** werden wir in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausarbeiten.

.... für Europa

- Die **Europäischen Union** ist das größte Friedensprojekt der Weltgeschichte und hat gerade uns im Herzen des Kontinents in den letzten Jahren viel Wohlstand gebracht. Wir setzen deshalb auf die weitere Förderung eines nachhaltigen Wachstums in Europa durch solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung, Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen.

- Wir wollen uns für einen **besseren Zusammenhalt in der EU** einsetzen. Ferner setzen wir uns für ein gerechtes Europa ein.

- Die **Einhaltung der Verträge** ist dabei erste Voraussetzung für das Funktionieren und gleichzeitig für die Akzeptanz der EU als Rechtsgemeinschaft.

- Zum Wohle Deutschlands und Hessens und unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und der damit verbundenen **Kompetenzgliederung** von unten nach oben wollen wir weiter daran mitarbeiten die EU zu stärken und zu vertiefen.

- Einen zentralen Baustein dafür stellt unsere **Hessische Landesvertretung in Brüssel** dar. Sie wollen wir als Anlaufstelle für Bürger, Kommunen, Unternehmen, für Verbände sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen weiter stärken. Das Konzept des Mehr-Regionen-Hauses hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

- In allen Teilen der **Landesverwaltung** wollen wir die **Europakompetenz** stärken, damit wir umfassend hessische Interessen auf europäischer Ebene einbringen können.

- Als starkes Land im Herzen Europas werden wir **unsere Interessen** in europäischen Angelegenheiten gegenüber Europäischen Kommission, dem Europaparlament und dem Europäischem Rat auch zukünftig weiter geltend machen (z.B. beim künftigen Finanzrahmen, GAP, Kohäsion und Forschung, bei den EU-Förderprogrammen und ebenso bei allen für unser Land bedeutsamen EU-Fachpolitiken, wie z.B. Wirtschafts-, Außen- und Sicherheits- oder Sozial- und Umweltpolitik).

- Nach dem Vorbild anderer Länder wollen wir eine Serviceeinheit aufbauen, die allen Interessierten vom Bürger über die Unternehmen bis hin zu Universitäten bei der **Beantragung europäischer Fördermittel** mit Rat und Tat zur Seite steht; hierin sollen auch die Beratungsangebote des Landes aufgehen.

- Wir bedauern die Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen. Hessen wird alles dafür tun, um die mit dem **Brexit** verbundenen Nachteile zu minimieren. An unseren erfolgreich etablierten Strukturen halten wir dabei fest. Wir unterstützen und beraten Unternehmen, die ihren Firmensitz nach Hessen verlagern wollen. Für Schüler aus Großbritannien stehen zweisprachige Schulangebote bereit.

- Kommunale Partnerschaften mit Großbritannien werden weiterhin unterstützt und gefördert. Insgesamt wollen wir die **Städtepartnerschaften** in allen Teilen unseres Landes weiterhin fördern. Ein besonderes Augenmerk werden wir darauf richten, auch die jüngere Generation für solche Partnerschaften zu begeistern.

- Wir werden die Partnerschaftsvereine bei ihrer Vernetzung unterstützen und haben dazu in den letzten Jahren erfolgreich das **Europanetzwerk Hessen** aufgebaut. Dieses wollen wir finanziell stärken und gleichzeitig die Angebote ausweiten.

- Wie schon in der Vergangenheit werden wir uns weiter mit Nachdruck für die Gleichbehandlung der **deutschen Sprache** gegenüber dem Englischen und Französischen innerhalb der Institutionen der EU einsetzen, zumal nach dem Ausscheiden Großbritanniens der Anteil deutschsprechender Menschen in der EU prozentual noch höher sein wird.

- Unsere **Partnerregionen in der Europäischen Union** sind uns eng verbunden. Daher haben Pflege, Ausbau und Vertiefung der bestehenden Partnerschaften mit der Emilia-Romagna (Italien), der Wielkopolska (Polen) und der Nouvelle-Aquitaine (Frankreich) hohe Priorität.

- In diesem Zuge wollen wir auf den **Sprachunterricht an hessischen Schulen** in Französisch, Italienisch und Polnisch ein besonderes Augenmerk legen und diesen stärken.

- Wir wollen ein **Lehrer-Austausch-Programm** ins Leben rufen. Lehrern aus den hessischen Partnerregionen soll ein mehrmonatiger Aufenthalt an hessischen Schulen ermöglicht werden. Im Gegenzug soll hessischen Lehrern ein Studienaufenthalt in den Partnerregionen ermöglicht werden.

- Wir unterstützen die Maßnahmen der Europäischen Union im Hinblick auf die Einführung eines **Free-Interrail-Tickets.** Damit soll nicht nur die Völkerverständigung, sondern auch die Identifikation mit der Europäischen Gemeinschaft gestärkt werden.

- Die Türkei und Deutschland verbindet eine historische Freundschaft. Die Partnerschaft zwischen der **Provinz Bursa** und Hessen existiert schon seit vielen Jahren. Wir wollen und werden diese Partnerschaft auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie und gegenseitigem Respekt aufrechterhalten und weiterführen.

- Einen **Beitritt der Türkei zur Europäischen Union** lehnen wir nach wie vor ab.

- Nachdem der Hessische Landtag bereits eine Partnerschaft mit der serbischen Provinz Vojvodina geschlossen hat, streben wir auch eine **Partnerschaft des Landes mit der Vojvodina** an, um einen Beitrag zu leisten bei der Annäherung des West-Balkan an die Europäische Union.

- Das Potenzial **grenzüberschreitender Zusammenarbeit,** z.B. der zuständigen Innen-, Justiz- und Steuerbehörden bei der Kriminalitätsbekämpfung, muss besser genutzt werden, sowohl bei bereits bestehenden Vereinbarungen als auch durch noch zu schaffende Regelungen, soweit sich ein erkennbarer Bedarf ergibt. Ebenso ist eine stärkere Vernetzung europäischer Polizeibehörden unter der Leitung von Europol und die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft denkbar.

- Schulden dürfen nicht vergemeinschaftet werden, daher lehnen wir **Eurobonds** kategorisch ab.

- Europa ist ein **Raum der Freiheit**. Dem Abkommen von Schengen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Unerlässliche Voraussetzung ist allerdings, dass die EU-Außengrenzen verlässlich geschützt werden. Wenn dies erforderlich ist, werden wir uns mit hessischen Einsatzkräften am Schutz der Europäischen Außengrenzen beteiligen.

- Wir wollen, dass das Land Hessen mit anderen Partnern Gespräche aufnimmt, um ein gemeinsames **„Europa-Haus“ in Frankfurt** zu schaffen. Dort soll in einer Dauerausstellung über die Europäische Union und die Stellung Hessens innerhalb Europas informiert werden. Im „Europa-Haus“ sollen regelmäßige Informationsveranstaltungen stattfinden, es soll aber auch offen sein für kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen.

- Wir werden Hessische Städte dabei unterstützen, sich als **Europäische Kulturhauptstadt 2025** zu bewerben.

- Die **deutsche EU-Ratspräsidentschaft** in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 werden wir im Sinne der Strategie für Weltoffenheit und Europaorientierung unterstützen und begleiten und werden Hessen auch als Ausrichter internationaler Konferenzen anbieten.

.... für die Internationalität unseres Standorts

- Wir werden Hessen als i**nternationalen Standort** weiter stärken. Die Ansiedlung weiterer internationaler Unternehmen und ihrer Europazentralen in Hessen, die hier Arbeitsplätze schaffen und in Forschung, Technologie und Innovation investieren, macht den Standort attraktiv und wirtschaftsstark.

- Ebenso wollen wir unseren **Konsularstandort Hessen** ausbauen, der schon heute einer der größten in ganz Deutschland ist, um direkte Ansprechpartner auch für die hier ansässigen Ausländer, Mitbürger und Gäste zu bieten.

- Wie in der Vergangenheit unterstützen wir die **amerikanischen Streitkräfte** beim Ausbau des Europahauptquartiers in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem größten US-Generalkonsulat außerhalb der Vereinigten Staaten sowie der weiteren in Hessen stationierten Truppen der europäischen Verbündeten.

- Unsere Partnerschaften mit Wisconsin (USA) und Jaroslawl (Russland) sowie die **Wirtschaftskooperationen des Landes in der ganzen Welt** sind ein Grundpfeiler der internationalen Zusammenarbeit, die wir weiter vertiefen wollen.

- Wir werden die landeseigenen Mittel für **wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe** im Zuge der überall zu beobachtenden Anstrengungen anheben, um auch in diesem Bereich unserer internationalen Verantwortung gerecht zu werden.

Impressum

Herausgeber
CDU Hessen

Verantwortlich
Generalsekretär Manfred Pentz MdL
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden

Tel.: 0611/1665-0
E-Mail: info@cdu-hessen.de

Gestaltung
GURU: Institute for Moving Content

Fotos

Titel:	© marcociannarel – www.shutterstock.com
	© travelview – www.shutterstock.com
	© www.pixabay.de
Seite 3	© Laurence Chaperon
Seite 6	© CDU Hessen
Seite 7	© Matej Kastelic – www.shutterstock.com
Seite 25	© Christian Horz – www.shutterstock.com
Seite 43	© Hero Images – GettyImages
	© railway-station – www.pixabay.de
Seite 61	© r.classen – www.shutterstock.com
Seite 77	© Monkey Business Images – www.shutterstock.com
Seite 89	© www.pixabay.de
Seite 101	© village – www.pixabay.de
Seite 119	© www.pixabay.de
Seite 131	© pure-life-pictures 178 – www.fotolia.com

CDU

Damit Hessen **stark** bleibt.

Beschlossen vom 112. Landesparteitag der CDU Hessen am 8. September 2018